

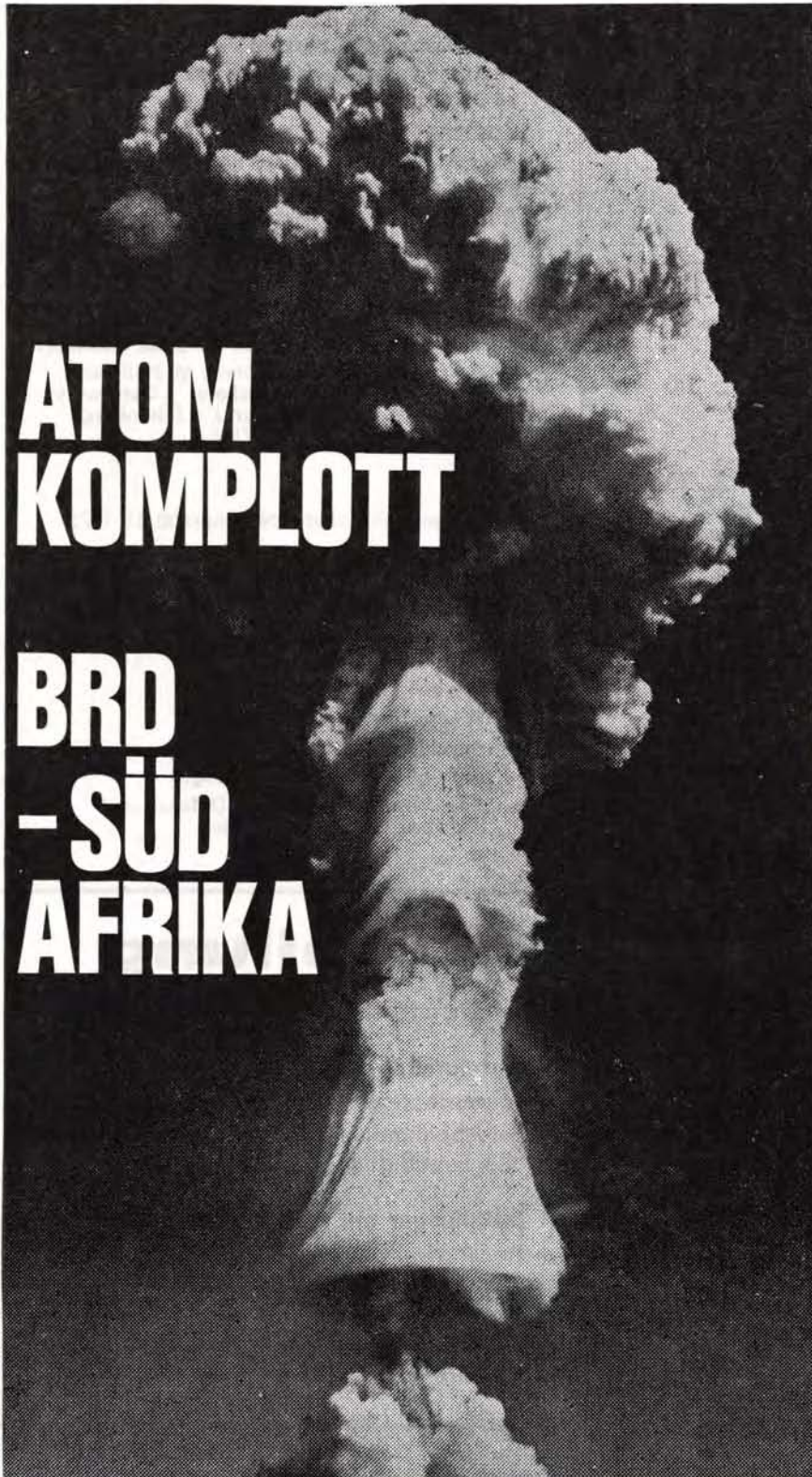


Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

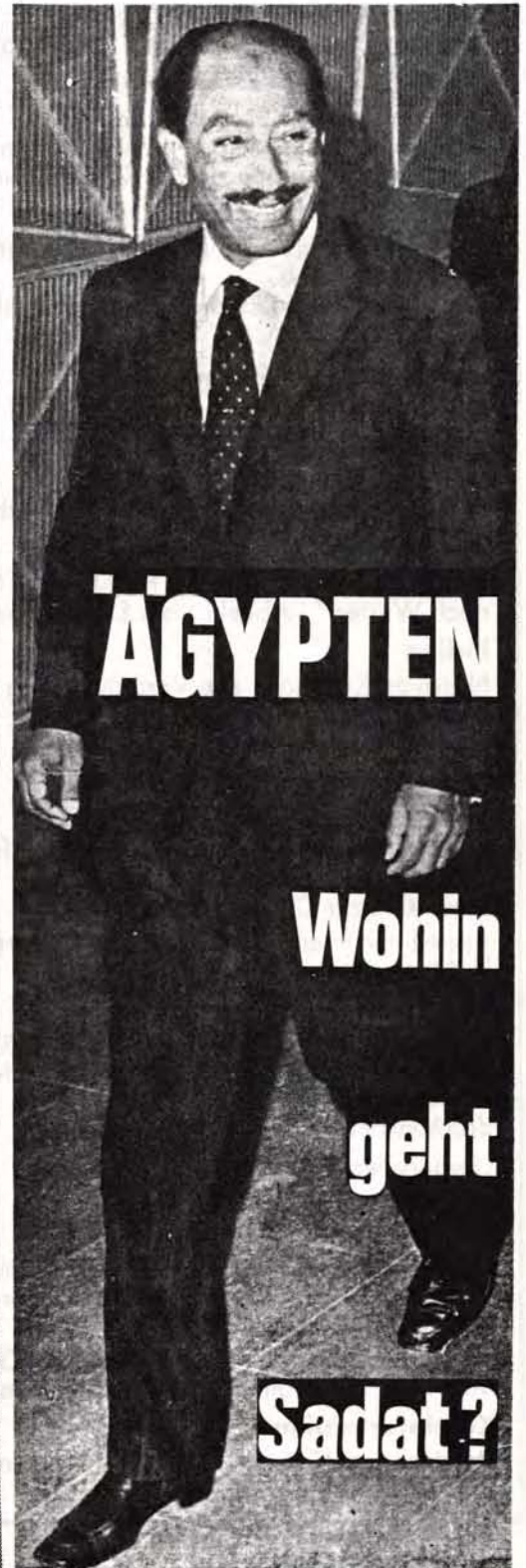
Nr. 11-12 / 1975

3.- DM



**ATOM
KOMPLOTT**

**BRD
- SÜD
AFRIKA**



'ÄGYPTEN

Wohin

geht

Sadat?

Inhalt

AIB-Aktuell: Angola

Agostinho Neto: "Der Sieg ist unser" S. 3 – 4

Basil Davidson: Die historische Bedeutung der Befreiung Angolas S. 4 – 6

Moçambique

Vera Achenbach: Das schwere Erbe S. 7

Republik Südafrika

Jürgen Ostrowsky
Das Komplott Bundesrepublik-Südafrika S. 8 – 14

Dokumentation des African National Congress of South Africa: Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika S. 9 – 13

Namibia

AIB-Interview mit Sean MacBride, UN-Hochkommissar für Namibia: Bonn muß den Aufforderungen der UNO nachkommen S. 15 – 17

Zimbabwe

AIB-Interview mit Saul Ndlovu, Informationssekretär des ANC
Das Votum des Volkskongresses von Zimbabwe S. 17 – 19

Äthiopien

Mamo Zeleke: Ein Jahr danach: Militärregierung zwischen zwei Feuern! S. 20 – 24

Libanon

Lothar A. Heinrich
Religionskrieg oder Klassenkampf im Libanon S. 25 – 30

Ägypten

Wolfram Brönner: Sadats Politik der "Öffnung nach Westen" – Abkehr vom Erbe Nassers S. 30 – 34

Indien

Narayan Krishnan: Die Verantwortung der fortschrittlichen Kräfte Indiens S. 35 – 41

Chile

"Ein Schiff für die Weihnacht der chilenischen Kinder" S. 42

Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/NRW
Resolution zur Chile-Solidarität S. 43 – 44

Appell der internationalen Chile-Konferenz in Athen S. 44

Puerto Rico

Erklärung der internationalen Solidaritätskonferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos September 1975: Die koloniale Unterdrückung Puerto Ricos durch die USA S. 45 – 50

Länderübersicht S. 46 – 47

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

Fritz Rische: Die neokoloniale Expansion der westdeutschen Konzerne und die Bonner Entwicklungspolitik (3. Teil) S. 51 – 56

10. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB - Mai 1975 Kontrolle multinationaler Konzerne S. 57

Kurzinformation

Westsahara, Vietnam, Laos, Argentinien, Zum Tode Luis Alberto Corvalans S. 58 – 60

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner (presserechtlich verantwortlich), Wolfram Brönner, Wolfgang Ritter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M., Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer: W. Becker, D. Fendt, M. Gühne, M. Hellmann, E. Jettka, J. Küster, P. Maaskola, J. Ostrowsky, M. Passolt, B. Pflug, G. Ritter, I. v. Schönberg, B. Schwiening, E. Stein, G. Zilch

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. 11. 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeige und Beilage:

- Spendenaufruf des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK)
- Werbekarte des AIB
- Werbekarte der tat
- Anzeige des Weltkreis-Verlages
- Anzeige des W. Runge Verlages
- Anzeige des International Defence and Aid Fund for Southern Africa

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.



"Im Namen des Volkes von Angola, vor Afrika und der Welt proklamierte ich die Unabhängigkeit Angolas" - mit diesen Worten erklärte Agostinho Neto in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1975 die Unabhängigkeit Angolas und rief vor den zehntausenden auf dem Platz des 1. Mai Versammelten die Volksrepublik Angola aus.

Zum ersten Staatspräsidenten der Volksrepublik wurde am selben Tage Dr. Agostinho Neto ernannt, der seit 1962 an der Spitze der MPLA steht. Die Verfassung der Volksrepublik Angola bestimmt als erstes und vordringliches Ziel "die völlige Befreiung des angolanischen Volkes von den Hinterlassenschaften des Kolonialismus sowie der Fremdherrschaft und imperialistischen Aggression, den Aufbau eines leistungsstarken und demokratischen Landes, das völlig frei von jeder Form der Ausbeutung des Menschen ist."

Die ersten Staaten, die die Volksrepublik anerkannten, waren die engsten Kampfgefährten aus der Zeit des Kolonialkrieges: Guinea-Bissau, Moçambique, Sao Tome und Principe und die Republik der Kapverden.

Ende Oktober/Anfang November dieses Jahres traten die Söldnertruppen von FNLA und UNITA zusammen mit regulären Streitkräften Südafrikas und Zaires zu einer militärischen Offensive an, um die Proklamation der Unabhängigkeit am 11. November zu verhindern bzw. die

junge Volksrepublik zu zerschlagen. UNITA und FNLA riefen des weiteren eine sogenannte Gegenregierung aus, der indessen keine diplomatische Anerkennung beschieden sein sollte, während die VR Angola bereits wenige Tage nach der Unabhängigkeit von 30 Staaten diplomatisch anerkannt war. Sicher ermangelt es den Interventen nicht an hochmodernen Waffensystemen und imperialistischen Geldgebern, mit deren Hilfe sie Angola unter die Knute des Neokolonialismus zu zwingen versuchen; dennoch wird die MPLA - wie ihr Präsident unterstrich - mit Gewißheit "Angola von Cabinda bis Cunene befreien" und den Kampf bis zur völligen Zerschlagung der imperialistischen Aggressoren fortführen.

In unserer nachstehenden, unmittelbar vor der Proklamation der VR Angola verfaßten Erklärung Agostinho Netos wird das politische Selbstverständnis des jungen Staates in den Grundzügen vorgezeichnet, während der Beitrag des britischen Schriftstellers und Afrikaspezialisten Basil Davidson die Anfänge des antikolonialen Befreiungskampfes der MPLA mit ihrem schweren Ringen um die Errichtung eines wirklich unabhängigen Angola nach dem 25. April 1974 verbindet, um damit den historischen Verdiensten dieser seit Jahrzehnten führenden Kraft des angolanischen Volkes eine angemessene Würdigung zu Teil werden zu lassen.

Agostinho Neto

„Der Sieg ist unser“

Eine Unabhängigkeit erkämpft mit dem Blut Tausender Landsleute, errungen durch den unbeugsamen Willen eines Volkes, das niemals hätte geschlagen werden können. Eine Unabhängigkeit, die sicherlich gefeiert werden wird, während der Widerstandskampf gegen die ausländischen Eindringlinge weitergeht, die aber nichtsdestoweniger eine wichtige Etappe auf dem Weg Angolas zu einem neuen Leben darstellt.

Angola, das einen Platz von hoher Bedeutung im südlichen Afrika einnimmt, mit seiner ausgedehnten, reichen und großartigen Küste, mit seinen Bodenschätzen, denen das besondere Interesse der industrialisierten Länder gilt, ist ein afrikanisches Land, das nach einer Periode der Gewalt, die den Kampf um seine Unabhängigkeit charakterisierte, einen neuen Tag vor sich sieht. Nicht nur der portugiesische Kolonialismus streut sich gegen die völlige Unabhängigkeit unseres Landes. Von Anfang an hat der Imperialismus versucht, die einzige patriotische Kraft, die sich für die Befreiung des Volkes von Angola einsetzt - nämlich die MPLA - zu vernichten und sich damit gegen den Willen des angolesischen Volkes gestellt, besonders gegen den Willen der sozialen Klassen, die am stärksten ausgebeutet wurden.



Die Machenschaften, die im Verlauf des ersten Befreiungskampfes aufeinander folgten, sind sattsam bekannt. Alle sind gescheitert, weil das Bestreben des Volkes mit den Zielen übereinstimmt, die im Programm der MPLA formuliert und eindeutig definiert sind: Demokratie, Volksmacht, Wirtschaft im Dienste des Volkes. Heute greift der Imperialismus, über politische Maßnahmen hinaus, zur bewaffneten Aggression mit Hilfe von Invasionstruppen, die aus den nördlichen oder südlichen Nachbarländern kommen; weiterhin beschäftigt er Söldnertruppen, die sich aus portugiesischen Faschisten sowie aus Berufskriegern anderer Nationalitäten rekrutieren.

Gleichzeitig aber ist es der revolutionären Armee des angolanischen Volkes, die sich um ihre Avantgarde, die MPLA, schart, gelungen - und es wird ihr auch in Zukunft gelingen - die Angriffe dieser Armeen, die über eine ungeheure Menge moderner Waffen und kampferfahrener Experten verfügen, zurückzuschlagen. Denn das angolanische Volk ist in seinem Kampf nicht allein. Seit es gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpft, hat es bereits unschätzbare Unterstützung von Seiten der sozialistischen Länder, der afrikanischen Länder und der Solidaritätsgruppen aus allen Ländern der Welt erhalten. Diese fortgesetzte Hilfe wird dem Volk Angolas helfen in seinem Kampf gegen den Imperialismus, für vollständige Unabhängigkeit, für Demokratie und Volksmacht. Das ist der Grund, weshalb unser Volk mit Entschiedenheit seine Gewißheit auf den Sieg bekräftigt.

Die portugiesischen Kolonialisten, geschlagen in Angola, geschlagen von den patriotischen Kräften in Guinea-Bissau, den Kapverden, in Moçambique, Sao Tomé und Príncipe, müssen das Recht der afrikanischen Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennen. Dennoch ist dieses Problem noch nicht geklärt,

sondern verbunden mit einer Fülle von Widersprüchen, die Portugal entzweien und der Grund sind für die Unentschiedenheit der portugiesischen Innen- und Außenpolitik und der Politik im Hinblick auf die letzten noch zu befreienden Gebiete.

Die reaktionären portugiesischen Kreise sind wie schon immer in Alarmbereitschaft, um Angola auf ein neokolonialistisches Gleis zu ziehen. Aus diesem Grund wurden Marionetten-Organisationen bestehend aus Kollaborateuren gegründet und beschützt, deren einziges Ziel es war, die politische Linie der MPLA aufzuweichen.

Das Zögern Portugals, eindeutig die MPLA als einzig legale Repräsentantin des angolanischen Volkes anzuerkennen, ist das Ergebnis einer fehlenden, nicht genau definierten politischen Linie.

Zur gleichen Zeit, gleichgültig ob Portugal es wünscht oder nicht, ob die UNO oder die Organisation für Afrikanische Einheit damit einverstanden sind oder nicht, wird Angola unabhängig. Und zwar unabhängig mit der MPLA.

(Quelle: afrique asie, Paris, Nr. 95/1975)

Basil Davidson Die historische Bedeutung der Befreiung Angolas



Basil Davidson (links) im Gespräch mit A. Neto.

Wenn der Befreiungskampf des angolanischen Volkes für Einheit und Unabhängigkeit unlegbar eines der größten Schauspiele der modernen Geschichte ist, dann aus zweierlei Gründen.

Zum einen sind es offensichtliche, durch Tatsachen bestimmte Gründe: die Länge des Befreiungskampfes, der Heldenmut derer, die kämpften und tot sind und das Märtyrium so vieler anderer, die unglaubliche Grausamkeit

der Armeen der faschistischen portugiesischen Diktatur. Andere Gründe sind tiefergehend und sie verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Während der Jahre des Kampfes hat sich die gesamte Erfahrung der Entkolonialisierung des afrikanischen Kontinents in Angola zusammengefaßt. Und ein Detail trat klar hervor: Es handelte sich um eine Vorstellung von einer anderen Welt und um die Entschlossenheit, diese Vorstellung Wirklichkeit werden zu lassen zu einem Zeitpunkt und unter Bedingungen, die so schwierig waren, daß das kaum möglich zu sein schien. Die Herausbildung des angolanischen Nationalbewußtseins hat diese Vision über alle Hindernisse hinweg und in einem Hagel von Erfolgen für die MPLA konkretisiert, was selbst von den feindlichsten der Beobachter nicht mehr geleugnet werden konnte. Parallel dazu entfalteten sich auf der negativen Seite andere Ereignisse: Verrat, Falschheit, ausländische Interventionen - offen oder nicht -, Opportunismus, der sich hinter "Prinzipien" versteckt, als Vorsicht ausgegebene Feigheit, hinter "Patriotismus" verborgene, pure Infamie.

Die politische Einheit

Gedanke und Handeln, Berechnung und Verrat existierten im Keime gleichermaßen seit Beginn des Kampfes. Die Pioniere des Befreiungskampfes haben gesehen, daß der einzige Weg der der Einheit ist.

Von Beginn an haben sie zu - auf eine geeinte Front sich stützenden - politischen Aktionen aufgerufen, die allein in der Lage wären, alle Teile der angolanischen Bevölkerung zusammenzuschließen. Danach genügte es nicht, der kolonialen Misere Widerstand zu leisten. Vielmehr mußte dieser Widerstand so ausgerichtet werden, daß er durch die zunehmende Beteiligung der Massen ein Mittel zur Errichtung einer neuen Gesellschaft in Angola werden würde. Ihr Argument war: Aus dem Widerstand muß eine neue Nation entstehen, eine im Kampf gegen die Unterdrückung geformte Nation, also eine Nation, die entschlossen ist, frei zu sein.

Das im Dezember 1956 veröffentlichte Programm der MPLA trat ein für die Erreichung der politischen Einheit, um den Widerstand zu beginnen, der zur Gewalt des Kolonialsystems eine Gegengewalt darstellte. Dazu mußte eine Orientierung erarbeitet werden, die eine wachsende Unterstützung des Volkes sichern konnte.

Anfänge des MPLA-Widerstandes

Diese Aufgaben waren schwer aufgrund der sich in den 50er Jahren verschärfenden Repressions- und Terrormaßnahmen der portugiesischen Polizei. Die Nachrichten von außerhalb drangen nur schwer durch, und in den Städten war die Furcht so groß, daß der Verrat ein gängiges Übel darstellte. Zudem war die Erfahrung in der politischen Arbeit gering. Dennoch wurde diese Arbeit angegangen und trug ihre Früchte. 1960 wußten die Pioniere der MPLA, daß die Idee der Einheit im Widerstandskampf gegen das Kolonialsystem über die Sphäre einiger Führer hinausgewachsen war und begonnen hatte, die Herzen und Köpfe einer großen Zahl von Angolanern zu erobern.

Die Portugiesen erkannten die Gefahr und verdoppelten ihre Anstrengungen, um diese Idee und ihre Propagandisten zu vernichten. Jedoch waren sie nicht die einzigen, die in dieser Richtung arbeiteten.

Eine andere Tendenz wurde sichtbar. Sie hatte sich während der 50er Jahre im äußersten Norden Angolas herausgebildet und war aufgrund eines Erbfolgestreites zwischen einem Teil des Bakongo-Stammes und den portugiesischen Behörden entstanden. Diese Unruhe unter den Bakongos der Region von Sao Salvador führte 1954 zur Gründung einer politischen Bewegung

mit Namen UPNA (Union der Völker des Nordens Angolas). Ihre Führer versuchten, für ihre Sache amerikanische Unterstützung zu erhalten und schickten Aufrufe an die Vereinten Nationen. 1958 sandten sie einen Mann, der seit seiner frühesten Jugend in Leopoldville (Zaire) lebte und einer ihrer Führer war - bald der oberste werden würde - zur panafrikanischen Konferenz von Accra. Es war Holden Roberto, der seine Forderungen nach Unterstützung vorlegte. Man erklärte ihm jedoch, daß diese Erbfolge- und Stammesproblematik wenig geeignet sei, das Interesse der von Nkruman zu der Konferenz einberufenen nationalen Parteien auf sich zu ziehen. Nachdem man ihm recht eindeutig diesen Standpunkt zu verstehen gegeben hatte, reiste Holden in die Vereinigten Staaten, wo man ihm - wie es scheint - eine andere ganz unterschiedliche Haltung bestätigte.

Gebrochene Versprechungen

Die zur UPA (Union der angolanischen Völker) gewordene UPNA stellte sich als nationale Bewegung dar, obwohl sie eine Stammesbewegung im Dienste der persönlichen Karriere und Bereicherung von Holden geblieben war. Dennoch fand sie bei denen, die die Realitäten des angolanischen Nationalbewußtseins fürchteten, Unterstützung. Die CIA hatte bereits Mobutu, den aufsteigenden Stern am Firmament des Neokolonialismus in Zentralafrika, auserwählt. Mobutu und Holden sind gute Freunde geworden. Die Führer der MPLA scheinen sich niemals darüber im unklaren gewesen zu sein, woher die Gefahr drohte. Sie versuchten, ihr entgegenzuwirken mit Hilfe von taktischen Einheitsversprechen, die Holden zunächst unterzeichnete, dann aber aufkündigte - so in den Jahren 1960, 1962, 1964 und 1972.

Holden blieb faktisch das Instrument Mobutus. Und Mobutus Position war eindeutig. Gelänge es ihm nicht, sich den angolanischen Nationalismus einzuverleiben, so würde er versuchen, ihn zu zerschlagen. Nach den Massakern der ersten Kampfwochen, als sich die Überlebenden in Leopoldville wiederfanden, hegte die Allianz von Mobutu-Holden und ihren ausländischen Stützen keineswegs den Wunsch, die MPLA überleben zu lassen. Sie verfolgten die Kämpfer und Kämpferinnen der MPLA, indem sie sogar ihren Einheiten befahlen, die Kräfte der MPLA in Angola anzugreifen und auseinanderzutreiben. Im Jahre 1963 wurde es den Führern der MPLA unmöglich, noch länger in Zaire (Leopoldville) zu bleiben. Glücklicherweise war im Norden des Flusses Fulbert Youlon abgesetzt worden. So empfing Massemba-Débat die MPLA in der Volksrepublik Kongo (Brazzaville).

Während der Jahre, in denen der Guerillakampf



Der Traum Mobutos

organisiert wurde, bekräftigte die MPLA ihre Entschlossenheit, eine nationale Bewegung zu entwickeln. Aber ihre Feinde blieben unbittlich. Die portugiesische Armee und Luftwaffe verdoppelten ihre Anstrengungen, um die Kampfeinheiten der MPLA zu vernichten. Sie verschleppten die Bevölkerung in Konzentrationslager und "strategische" Dörfer. Es gelang der MPLA, sie auf diesem Feld zu schlagen. Was ihr nicht gelang, war zum einen, Holden und die UPA-PNLA zu überzeugen, sich dem nationalen Kampf anzuschließen, zum anderen Mobutus Haltung der totalen Feindseligkeit zu verändern. Mobutu war entschlossen, dem nationalen Befreiungskampf noch immer jegliche Hilfe zu verweigern, in der Hoffnung, daß sein Partner und Instrument Holden fähig sein würde, sich auf Kosten derer an die Macht zu bringen, die den Kampf wirklich führten.

Als am 25. April 1974 der portugiesische Faschismus gestürzt wurde, änderten sich die Dinge. Von einem Tag auf den anderen wurde Mobutus Haß gegen die MPLA wirkungslos. Und die MPLA begann, ohne Zeit zu verlieren, ihre politischen Kader in die bevölkerungsreichen Städte des Westens zu schicken. Dort hatte Mobutu der MPLA den Zugang verwehrt, indem er die Grenze geschlossen hatte.

Gangstertum Mobuto-Holden

Dies ist der Beginn der derzeitigen Phase. Schnell bekommt die MPLA massive Unterstützung von der städtischen Bevölkerung. Mobutu-Holden bleibt nur noch das Gangstertum. Sie rekrutieren in Zaire eine "Armee" und versuchen, sie einzusetzen. Jedoch kontrolliert die MPLA - umjubelt von den Massen - in der Mitte des Jahres 1975 den gesamten Westen. So bleiben Holden und seinen "Truppen" nur noch die verlassen Regionen des fernen Nordens. Weitere Ablenkungsmanöver werden ausprobiert. Deren Urheber - Instrumente der internationalen Einmischung - werden aktiv: Savimbi, Chipenda, Angelino Alberto usw. Jedoch ohne großen Erfolg.

Inmitten all dieser Verwirrung hatte die po-

litische Entwicklung der Bewegung Agostinho Neto eine klare, der PAIGC, Frelimo oder den somalischen Revolutionären nahestehende Linie bewahrt, die sich an den konkreten angolischen Realitäten orientiert. Diese politische Linie, die die MPLA aus allen Stürmen rettete, erlaubte es, von reformerischen Gedanken zu denen der Revolution überzugehen. Es war die Linie, die Neto 1970 wie folgt definierte:

"Was wir zu tun versuchen, ist, eine doppelte Revolution zu führen; eine Revolution gegen das Kolonialsystem, aber auch eine Revolution gegen all jene Ideen und Strukturen, die unsere eigene Vergangenheit uns vererbt hat, die aber nicht mehr der Sache des Fortschritts und der Unabhängigkeit dienen."

Angola darf kein zweiter Kongo werden

Alle Etappen des Kampfes der MPLA gegen den Rassismus, gegen den neokolonialen Verrat, gegen die eigenen Schwächen geführt, um die Angolaner zu ihren eigenen Herren zu machen, finden sich wieder in den politischen Verlautbarungen, Dokumenten und Entscheidungen der MPLA im Laufe ihrer 19jährigen Geschichte. Noch mehr überzeugt von der Richtigkeit dieser Linie der schnelle Erfolg, den die MPLA nach dem April 1974 erzielt und die massive Unterstützung, die sie überall im Lande erhält. Und das zählt, auch wenn die Gefahren noch zahlreich sind.

Die portugiesische Kolonialmacht ist für immer verschwunden. Der elende Mobutu ist nur noch ein unnützer Clown. Die Erde erzittert unter seinen Füßen. Und der arrogante Holden, der sich in einem weißen Mercedes mit Chauffeur zur Schau stellt, wird bald diesem Schicksal folgen. Auch die 10 Millionen französische Franc, die der Präsident der französischen Republik, ein Freund Mobutus, kürzlich zinslos an Holden vergeben hat, werden ihm nicht mehr viel nützen können, außer daß sie sein Schweizer Bankkonto aufstocken.

All dies hat nur noch vergängliche Bedeutung. Was tatsächlich zählt, ist, daß Angola nicht ein zweiter Kongo werden darf. Das angolische Volk, die MPLA, die es verstanden haben, aus den Schwierigkeiten die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, werden dies nicht zulassen. Man kann Vertrauen haben in das Volk und in die Bewegung, die sich als fähig erwiesen haben, einen antikolonialen Krieg zu gewinnen, und die sich als fähig erweisen werden, die Agenten und Gangster des direkten oder maskierten Imperialismus hinwegzufegen und in den Volksmassen ein wahrhaftes Verständnis der Notwendigkeit der Einheit und des Fortschritts zu entwickeln.

(Quelle: afrique asie, Paris, Nr. 95/1975)



Vera Achenbach Das schwere Erbe

Mozambique, in dem fast 500 Jahre portugiesische Kolonialisten herrschten, empfing als freie Volksrepublik Mozambique mit einem Begrüßungsspalier seiner siegreichen Befreiungsfront FRELIMO, mit rotbeflaggten Straßen in seiner Hauptstadt Lourenço Marques die Delegierten zur internationalen Konferenz der Solidarität mit den Völkern der ehemaligen portugiesischen Kolonien. Diese Delegierten kamen aus aller Welt: aus den sozialisti-

schen Ländern, aus allen afrikanischen Ländern als Kampfgefährten gegen Kolonialismus und Rassismus, aus kapitalistischen Ländern, wie ich zum Beispiel für das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) der Bundesrepublik. Wir folgten der Einladung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) und der Befreiungsbewegungen FRELIMO (Mozambique), MPLA (Angola) und PAIGC (Guinea-Bissau).

Gebieten Verwaltungsorgane, Schulen, Krankenhäuser und die Volksläden eingerichtet, in denen die Menschen auf Tauschbasis – da Geld bei vielen Stämmen noch unbekannt ist – versorgt werden konnten. Heute wird die gesamte Verwaltung, das Bildungswesen, die Justiz, das ökonomische System, Kultur und Finanzwesen neu organisiert.

Und das fängt nicht – wie die „Welt“ haßerfüllt schrieb – bei „der Verstaatlichung“ der Ärzte an. Wenn man über die Hauptstraße von Lourenço Marques geht, dann sieht man allerdings in Leuchtschrift über der ehemaligen Portugiesischen Überseebank heute „Banco de Moçambique“. In Betrieben – vor allem in den wichtigsten Werken, der größten Zementfabrik und der Erdölraffinerie insbesondere – wirken Betriebskomitees, die aus Mitgliedern der FRELIMO, Sympathisanten, auch aus Portugiesen, bestehen. Im Prozeß des Aufbaus der entwickelten Wirtschaftsbasis wird der Staat auch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen. Das steht im Programm der FRELIMO. Der Weg dahin, das bekräftigt Vizepräsident dos Santos, ist bei der Unterentwicklung der Landwirtschaft – 15 % der Fläche sind gegenwärtig nur genutzt – und der Industrie, bei den riesigen Aufgaben, die in der Erhöhung des Bildungsstandes bzw. überhaupt erst in der Alphabetisierung liegen, sehr schwer. „Wir freuen uns“, so Marcelino dos Santos, „daß Sie als Abgesandte des ASK nach Mozambique gekommen sind. Denn wir begrüßen gerne die Freunde, die immer in unserem harten Kampf an unserer Seite gestanden haben, deren Hilfe nicht berechnend, sondern ehrliche Solidarität war. Wir unterscheiden sehr genau zwischen dem Volk Ihres Landes und seiner Regierung, wir wissen, wie schwer es für die Solidaritätsbewegung in eurem Land ist, zu helfen in den Zeiten, als wir noch um den Sieg kämpften, und dafür danken wir euch.“

(Quelle: elan 12/1975)

Als wir bei strahlendem Sonnenschein, begrüßt von den rhythmischen afrikanischen Trommeln und Tänzen, von Hunderten Menschen umringt, die die internationale Solidarität hochleben ließen, aus dem Flughafengebäude traten, mußte ich an die Greueldmeldungen denken, die Schmierblätter aus dem Springerwald zur Situation in Mozambique gegen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Land verbreiteten: „Lourenço Marques brennt“, es werde gemordet, geplündert, vergewaltigt, seit die Portugiesen dort die Macht an die FRELIMO abgeben mußten. Gemordet, geplündert, vergewaltigt, das haben jahrhundertlang dort die portugiesischen Kolonialisten verübt – erinnern wir uns an das Massaker in dem Dorf Wiryama, das die ganze Welt aufrüttelte. Die FRELIMO, aus deren Mitte die neue Regierung gebildet wurde mit ihrem Präsidenten Samora Machel und dem Vizepräsidenten Marcelino dos Santos an der Spitze, hat ein schweres Erbe zu überwinden. Über 90 % Analphabeten, die leidenden Angestellten, Techniker, Ingenieure wurden von Kolonialregimes in den Betrieben mit Bedacht durch Weiße gestellt. 88 % der Bevölkerung arbeiten in der völlig unterentwickelten Landwirtschaft. 8,1 Millionen Einwohner hat das Land. Das Land ist in weiten Strichen durch Monokultur, Überschwemmungen, Vernachlässigung fruchtbarer Landstriche und durch die nur auf Export orientierte Kultur der europäischen Plantagenbesitzer noch nicht in der Lage, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Das alles schildert mir in eindrucksvoller Klarheit der Vizepräsident der Volksrepublik Mozambique, Marcelino dos Santos, der mich zu einem Gespräch empfangen hat. Auf meine Frage, was jetzt unter den neuen Bedingungen am Cabora-Bassa-Staudamm los sei, der von den Kolonialisten

gemeinsam mit Monopolen aus der BRD zur besseren Ausplünderung der Bodenschätze in den Kolonien, zur Versorgung der Republik Südafrika mit Strom und als Bollwerk gegen die Befreiungsbewegung geplant war (über 1 Million weiße Siedler sollten um den Staudamm herum angesiedelt werden), beantwortet er: „Cabora Bassa wird jetzt ein Eckpfeiler für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Was mit den fleißigen Händen hochqualifizierter Arbeiter geschaffen wurde, wird in den Dienst der arbeitenden Menschen gestellt werden. Er ist nun in den Händen des Volkes.“

Vizepräsident dos Santos brauchte nicht viele Worte, um das Programm und die Aufgaben der FRELIMO zu erklären. Ihr Sieg, ihre Fähigkeit gegenwärtig in Mozambique in so kurzer Frist ökonomische und politische Erfolge zu erreichen, ist auf die große Einheit dieser Befreiungsbewegung, auf ihr klares Programm, im ökonomischen, militärischen, politischen und ideologischen Kampf zurückzuführen. Bereits als die Kolonialisten noch im Lande waren, wurden in den befreiten



Marcelino dos Santos

Jürgen Ostrowsky

Das Komplott Bundesrepublik - Südafrika

Am 9. Oktober 1975 erschien die Frankfurter Rundschau unter der Schlagzeile: "Das Thema Südafrika läßt Bonn keine Ruhe". Damit wurde indirekt zum Ausdruck gebracht, wonach der Bundesregierung angesichts einer Vielzahl von Enthüllungen über den wahren Charakter der Bonner Afrikapolitik der Sinn stand: Ruhe zu bekommen vor weiteren Eröffnungen, Vorwürfen und peinlichen Fragen.

Seit der sogenannten "Rall-Affäre" zu Anfang Oktober 1975 und der Veröffentlichung der Dokumentation "Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika" durch den African National Congress of South Africa (Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika - ANC) hatten sich zur gleichen Zeit Enthüllungen, offizielle Dementis, Ausweich- und Verschleierrungsmanöver sowie neuerliche Enthüllungen belastender Dokumente und Beweisführungen rasch abgelöst.

Enthüllung geheimer Dokumente durch den ANC

Sowohl in der Frage, ob der "Privatbesuch" des Bundesluftwaffengenerals Rall tatsächlich so "privat" gewesen sei, als auch gegenüber dem in der ANC-Dokumentation erhobenen Vorwurf einer seit langem praktizierten äußerst engen Kooperation zwischen BRD-Institutionen und der Republik Südafrika (RSA) auf dem Gebiet atomarer Forschung und Entwicklung sowie militärischer Nutzung der Atomenergie verleg-

te sich die Bundesregierung zunächst auf kategorische Dementis. Drei Artikel in den Magazinen Stern und Spiegel¹⁾ sowie die Veröffentlichung von geheimen Dokumenten gaben jedoch sehr bald Aufschluß:

- Die "Privatreise" des Generals Rall war mit dem Botschafter der Republik Südafrika (RSA), Donald B. Sole, sowie mit dem Bundesverteidigungsminister Leber abgesprochen, einschließlich des Besuchs im südafrikanischen Kernforschungszentrum Pelindaba.
- Ausgedehnte Kontakte zwischen BRD-Stellen und RSA-Regierungs- sowie -Militärkreisen bestanden seit langem und florierten bestens. Zum Beispiel pflegten Bundeswehrverantwortliche ihren südafrikanischen Standskollegen bereitwillig jederzeit über NATO-Interna, technologische Entwicklungen, Operationsplanungen und Bezugsmöglichkeiten für Waffentechnik Auskünfte zu erteilen.
- Die bereits in der ANC-Dokumentation (vgl. die Auszüge in diesem Heft) ausführlich belegte wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des sogenannten Trenndüsenverfahrens zur Urananreicherung (ein Verfahren, das erst die Verwendung von Uran für Atombomben ermöglicht) wurde zusätzlich untermauert: Vor allem die beiden Staatssekretäre Haunschild und Rohwedder aus dem Forschungs- bzw. Wirtschaftsministerium, von Botschafter Sole als engagierte Verfechter der Kontakt- und Kooperationsausweitung benannt, erklärten sich in Briefen sogar bereit, sich nach Kräften in dieser Hinsicht einzusetzen.

Opferung der Sündenböcke

Als aufgrund derartiger Widerlegungen die regierungsamtlichen Zurückweisungen keinerlei Glaubwürdigkeit mehr zu erwecken vermochten, entschlossen sich Bundesregierung und RSA-Partner zur Flucht nach vorn und gingen zur "Opferung von Sündenböcken" über. Zunächst mußte der Versuch aufgegeben werden, die Tarnung der Rall-Visite noch länger aufrechtzuerhalten. Um die Position Minister Lebers zu retten, wurde Rall wegen vorgeblicher Eigenmächtigkeit und "Störung des unablässigen Vertrauensverhältnisses" in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Bereits hierbei war jedoch erkennbar, daß es um mehr als eventuelle Rücktritte von Ministern und Beamten ging: nämlich um die möglichst weitgehende Kaschierung und Aufrechterhaltung der bestehenden militärischen Beziehungen, die neben den politischen und wirtschaftlichen zunehmende Bedeutung gewinnen. Es wurde alles darangesetzt, um die Bundesregierung von dem Vorwurf freizuhalten, der gegen sie und eine Anzahl von



(aus: Berliner Extradienst)



Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika

Dokumentation des
African National Congress
of South Africa

Entstehung atomarer Aktivitäten in Südafrika

Die südafrikanische Atomenergie-Behörde wurde 1949 gegründet, und die erste Uranförderungsanlage des Landes begann 1952 zu arbeiten. Südafrikas Atomprogramm genoss beträchtliche direkte Unterstützung von den USA.

Safari 1, Südafrikas erster Reaktor in Pelindaba (Transvaal) wurde im Rahmen des Programms „Atom für den Frieden“ der USA für 44 Mio DM gebaut. Die US-Atomenergiebehörde bildete die meisten der südafrikanischen Ingenieure und Atomspezialisten aus. Die einheimische Forschung und Entwicklung wurde durch die Einrichtung eines Kernphysik-Forschungsinstituts an der Universität Witwatersrand in Johannesburg 1957 vorangetrieben. 1965 wurde Safari 1 in Betrieb genommen; zwei Jahre später der Reaktor Safari 2. Im selben Jahr wurde ein Gesetz erlassen, das Publikationen von Angaben über Prospektion, Produktion und Preise von Uran verbot.²⁾ Zu dieser Zeit war die Bundesrepublik bereits an Südafrikas atomaren Aktivitäten beteiligt. Der „South African Digest“, der vom Informationsministerium herausgegeben wird, bestätigte die enge Zusammenarbeit und „daß südafrikanische Atomwissenschaftler und Techniker in Forschungsstätten in Westdeutschland ausgebildet worden sind und ausgebildet werden, und andere häufig solche Institutionen bei Überseereisen aufsuchen“³⁾. Doch noch Ende des folgenden Jahres, 1968, war Südafrika ängstlich bemüht, Umfang und Art der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu verschleiern. So warnte der Bot-

schafter des Regimes in Köln seinen Nächster: „Je weniger zu diesem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit über diesen Aspekt unserer Beziehungen mit der Bundesrepublik geredet wird, desto mehr Erfolg können wir hinter den Kulissen erzielen.“

Der „Erfolg“, der damit gemeint war, ist jetzt offenkundig: enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik bei Forschung und Entwicklung der Urananreicherung und Unterstützung bei der Errichtung einer Urananreicherungsanlage in Südafrika — eine Tatsache, die die Nuklearwaffenkapazität des Apartheid-Regimes deutlich vergrößert, indem sie ihm Zugang zu militärisch nutzbarem Kernmaterial ohne internationale Kontrolle verschafft. . . .

Das Urananreicherungsprojekt

Am 11. September 1974 bestellte der südafrikanische staatliche Energiekonzern ESCOM bei der deutschen Firma MAN Kompressoren im Auftragswert von 460 Mio. DM. Sie sind für die Errichtung einer Uranisotopen-Anreicherungsanlage bestimmt. Die Anlage wird auf der Grundlage des in der Bundesrepublik Deutschland entwickelten Trenndüsenverfahrens arbeiten⁴⁾,⁵⁾,⁶⁾,⁷⁾,⁸⁾,⁹⁾,¹⁰⁾. Im Sommer 1975 wird die von der Bundesregierung kontrollierte (vgl. 12) Kapitalbesitz . . .) Firma STEAG, Essen, entscheiden, ob sie sich über die Lieferung des Know-how zur Errichtung der Anlage hinaus auch als Teilhaber und Finanzier der Anlage engagieren wird. Die Anlage, mit deren Bau 1976 begonnen werden soll, kann Uran für zivile¹¹⁾ und militärische¹²⁾ Zwecke anreichern. Südafrika hat den Atomwaffensperrvertrag nicht

unterzeichnet, die Bundesrepublik hingegen gehört zu den Unterzeichnern.

Nach südafrikanischen Angaben soll die Anlage Uran für den Export und den Betrieb eigener Kraftwerke anreichern und Südafrika in die Lage versetzen, eigene Kernwaffen zu produzieren¹²⁾.

Von deutscher Seite wird angeführt, daß durch eine Beteiligung an der Anreicherungsanlage in Südafrika der steigende Bedarf deutscher Kernkraftwerke¹³⁾ unabhängig von den bisherigen Lieferstaaten USA und UdSSR gedeckt werden könne. Der Bezug angereicherter Urans ist laut Atomwaffensperrvertrag aus dem Nicht-Unterzeichner-Staat Südafrika für die Bundesrepublik verboten¹⁴⁾.

Damit beabsichtigt die Bundesrepublik eindeutig, ihre Vertragsverpflichtungen zu verletzen.

Im Gegensatz zu Behauptungen, die von südafrikanischen Politikern und Wissenschaftlern in den früheren Phasen des Projekts aufgestellt wurden, daß ihr Urananreicherungsverfahren „auf einem einzigartigen Konzept beruhe“¹⁵⁾, beweisen die Fakten, daß die von Südafrika benutzte Methode keinesfalls einzigartig, sondern eine Übernahme des westdeutschen Trenndüsenverfahrens ist. . . .

Das Trenndüsenverfahren:

Dieses System wurde von Prof. Becker von der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe erfunden. Prof. Becker arbeitete 1970 in Südafrika. Dr. W.L. Grant, der südafrikanische Spezialist für Anreicherung, hat über dieses Verfahren Literatur veröffentlicht und hat die Bundesrepublik nachgewiesenermaßen 1969 und 1975 besucht. Südafrikanische Wissenschaftler, u.a. Dr. H.J. du T. van der Linde, Dr. W.E. Stumpf, R.J. Schmitt und Wilmot von der Atomenergiebehörde durchliefen 1969/70 eine Spezialausbildung in Karlsruhe. Seitdem ist die Ausbildung südafrikanischer Wissenschaftler fortgesetzt worden, und mindestens sieben südafrikanische Wissenschaftler haben das Kernforschungszentrum — eine Abteilung des GfK — in den Jahren 1973/74 besucht.

Von Anfang an waren offizielle Stellen in der Bundesrepublik an dem Projekt der Errichtung einer Urananreicherungsanlage in Südafrika beteiligt. Der Präsident der südafrikanischen Atomenergiebehörde, Dr. Roux, war von 1972—75 mindestens fünfmal in der Bundesrepublik. Der südafrikanische Minister für Bergbau, Koornhof, führte 1975 Besprechungen über das Projekt mit Regierungsmitgliedern in Bonn und mit dem Vorsitzenden der STEAG, Dr. Bund. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg (CDU), ehemaliger Bundesforschungsminister, erörterte das Projekt 1973 und 1974 in Südafrika in dem Atomzentrum Pelindaba, ebenso wie 1972 Staatssekretär Haunschild vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und 1975 Staatssekretär Rohwedder vom Bundesministerium für Wirtschaft. Der Erfinder des Trenndüsenverfahrens, Prof. Becker (1970, 1974) wie auch die STEAG-Geschäftsleute Dr. Bund, Dr. Schulte, Geppert und Dr. Völcker haben ebenfalls Pelindaba wiederholt besucht, um das Projekt zu fördern.

Vorster hat bekanntgegeben, Südafrika verfüge über eine der drei Urananreicherungsverfahren, die auf der Welt existieren¹⁶⁾, während sowohl Roux als auch Koornhof

Konzernen erhoben wird: die Ausweitung einer Zusammenarbeit mit Südafrika, die völkerrechtswidrig ist und gegen UN-Sanktionen verstößt, und deren Nachweis die bundesdeutsche Afrikapolitik vollends diskreditiert.

Lügen, Dementis, Verleumdung und Diffamierung

Begleitet von weiteren hartnäckigen Dementis²⁾ unterband die Bundesregierung durch ihren Staatsminister Wischnewski eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion³⁾ und brachte es soweit, daß RSA-Botschafter Sole brieflich erklärte, seine Darstellung, Leber habe von der Rall-Reise Kenntnis gehabt, beruhe auf einem Mißverständnis⁴⁾. Gleichzeitig wurde versucht, die politischen Effekte der ANC-Enthüllungen und der damit zusammenhängenden Vorwürfe zu neutralisieren und zu entkräften. Der unter Bundeskontrolle stehende STEAG-Konzern ließ erklären, das von ihm nach Südafrika gelieferte Trenndüsenverfahren sei "militärisch ohne Bedeutung"⁵⁾ - eine Behauptung, die in der ANC-Dokumentation bereits widerlegt wurde. Der CDU-Militärexperte Wörner verfuhr nach der Methode, "das Opfer ist schuld", indem seine einzigen Vorwürfe nicht etwa gegen die aufgedeckten skandalösen Beziehungen Bonns zu Pretoria gerichtet waren, sondern sich auf die "kriminelle Weise" bezogen, in welcher der Stern etwa seine Dokumente beschafft habe⁶⁾.

Bei der Abschirmung der Bundesregierung und der Rechtfertigung der nuklearen Kooperation übernahm die Zeitungspressen wichtige Funktionen. Unbeeindruckt von den veröffentlichten Beweisstücken schrieb z.B. die Frankfurter Rundschau am 7. Oktober 1975:

"Nach dem vorliegenden Informationsstand muß als gesichert gelten, daß es auf Regierungsebene keine Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria im atomaren Bereich gibt."

Für die Frankfurter Allgemeine Zeitung beruhte die gesamte störende Publizität bislang gehüteter Geheimnisse auf Machenschaften linker SPD-Kreise gegen Minister Leber oder allgemein einem "kommunistischen Propagandafeldzug", dessen Ziel lediglich die Sabotage bundesdeutscher Exporte nach Südafrika sei⁷⁾.

Sie fand in Forschungsminister Matthöfer einen berufenen Zeugen, der anlässlich einer Pressekonferenz erklärt hatte, die Auseinandersetzungen seien durch eine "kommunistische Verleumdungskampagne" gesteuert worden⁸⁾.

(Er muß in diesen Vorwurf auch seine Parteigenossin von Bothmer (MdB) eingeschlossen haben, die in einer Erklärung das regierungsoffizielle Dogma, Handel und Politik sollten nichts miteinander zu tun haben, hinsichtlich

der RSA-Beziehungen als "pervertiert und unaufrichtig" bezeichnet hat)⁹⁾.

Den CSU-Bundestagsabgeordneten Alois Rainer inspirierte dies zu der Anfrage:

"Welche Erkenntnisse ... der Bundesregierung über Straftaten von Angehörigen und Beauftragten des 'African National Congress' (ANC) in der Bundesrepublik Deutschland vor(lägen)". 10)

Flucht nach vorne

Von der versuchten Neutralisierung ging Bonn zur Offensive über. Übereinstimmend mit CDU und CSU, die Matthöfers Forderung, Kernkraftwerke nach Südafrika zu liefern, erfreut begrüßten¹¹⁾, sprachen sich auch verschiedene Bonner Offizielle im Sinne der Konzerninteressen für die Aufrechterhaltung der bestehenden Beziehungen zur RSA aus, darunter Staatsminister Moersch vom Auswärtigen Amt und Staatssekretär Rohwedder¹²⁾. In einem Leserbrief an mehrere Tageszeitungen verlangte das CDU-MdB Lenzer, es sei

"höchste Zeit, daß die Diskriminierung Südafrikas durch bestimmte politische Kreise in der Bundesrepublik auf(höre)". 13)

Flankiert wurden diese offenen Forderungen von den bekannten Beteuerungen über die - so Außenminister Genscher - "erfreuliche" Entwicklung der Afrika-Beziehungen der BRD, gekoppelt mit Drohungen an Afrika, "jede Art der Koppelung von Handel und Politik (werde) von der Bundesregierung abgelehnt", so Kanzler Schmidt an ein Afrika-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung¹⁴⁾.

Die Krone setzte die Bundesregierung ihrer Kampagne zur Diskreditierung der ANC-Angriffe durch eine sogenannte "Sprachregelung" für die Bonner Missionen im Ausland auf. In dieser werden erneut alle inhaltlichen Vorwürfe rundheraus abgestritten, dagegen die Behauptung aufgestellt, die Bundesregierung setze "ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika in den Dienst ihrer Bemühungen ..., 'die südafrikanische Regierung zur Revidierung ihrer Rassenpolitik zu bewegen'"; schließlich wird der ANC selbst als "kommunistisch durchsetzt" und "prosojetisch" etikettiert, der sein "Geld von kommunistischer Seite erhalte"¹⁵⁾, die "Auseinandersetzung" mit den Vorwürfen also auf die Ebene der politischen Diffamierung gezogen.

Als hätte es noch irgendeines Beweises für die Haltlosigkeit der Regierungsbehauptungen bedurft, trat am 31. Oktober d.J. eine 31-köpfige Wirtschaftsdelegation aus der BRD unter der Schirmherrschaft des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) eine Südafrika-Reise an. Zu ihren Teilnehmern gehörte neben Banken- und Industriemanagern Ministe-

erklärt haben, daß es sich weder um das Gasdiffusions- noch um das Ultrazentrifugensystem handele^{17), 18), 19)}.

Die Bestätigung, daß es sich bei dem „einzigartigen“ südafrikanischen System um eine Version des Trenndüsenverfahrens handelt, gab Roux 1975, als er zugestand, daß das südafrikanische Verfahren aus dem „Wirbelrohr“ entwickelt worden ist²⁰⁾, das die Ausgangsbasis für das Trenndüsenverfahren darstellt.

In Beantwortung parlamentarischer Anfragen und in Briefen an die westdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung hat die Bundesregierung verneint, daß das Kernforschungszentrum in Karlsruhe oder die Bundesregierung an dem Geschäft zwischen STEAG und der Urananreicherungs-gesellschaft von Südafrika (UCOR) beteiligt ist^{21), 22), 23)}. Die Fakten weisen demgegenüber diese Dementis als unwahr aus:

a) Der Export allen Materials und aller Technologie, die für die Anreicherung von Uran verwandt werden können, bedarf der Zustimmung der Bundesregierung gemäß § 5 II Nr. 0118 des Außenwirtschaftsgesetzes der Bundesrepublik.

b) Die Bundesregierung kontrolliert STEAG, deren Aktien zu 51% der Ruhrkohle AG gehören. Die Bundesregierung besitzt 40% der Aktien der Ruhrkohle AG und lenkt deren Aktivitäten darüber hinaus durch erhebliche Subventionen, die sie der Gesellschaft gewährt.

c) Die Bundesregierung besitzt 90% des Aktienkapitals der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe, und der Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Hans-Hilger Haunschild, ist Vorsitzender ihres Aufsichtsrates.

d) Eine interministerielle Staatssekretärsbesprechung von BMBW, BMWi und AA sowie Bundeskanzleramt gab der Zusammenarbeit von STEAG und UCOR ihre uneingeschränkte Unterstützung. Diese Besprechung fand am 27. September 1973 statt.

e) Ein Briefwechsel über die politischen Aspekte fand zwischen Vorster und Bundeskanzler Brandt statt.

Die GfK teilte wiederholt mit, „daß wir an der Entwicklung des südafrikanischen Anreicherungsverfahrens nicht beteiligt sind“. Sie verweigert aber Auskünfte, wann welche Karlsruher Wissenschaftler in Pelindaba und welche Wissenschaftler aus Pelindaba in Karlsruhe tätig oder zu Informationsbesuchen waren. Auch die gezielten Fragen nach den Besuchen von Roux, Grant, Bekker wollte die GfK nicht beantworten²⁴⁾.

Nukleare Zusammenarbeit

1971/72 konkretisierte sich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika. Bund fuhr Anfang 1972 nach Südafrika. Am 18./19. 4. 1972 hielten sich Staatssekretär Haunschild, der verantwortliche Referent für technologische Forschung und Entwicklung Regierungsdirektor Dr. Frenzel, der verantwortliche Referent für bilaterale Beziehungen Regierungsdirektor Dr. Martin Nettesheimer und Haunschilds persönlicher Referent Dr. Rainer Gerold in Pelindaba auf und besprachen mit Roux das gemeinsame Vorhaben. Haunschild schickte am 12. 7. 1972 eine vertrauliche Expertise an Roux über Möglichkeiten der Geheimniswahrung bei der

Beteiligung deutscher Unternehmen an der Anreicherung in Südafrika.

Vom 11.—13. 1. 1973 besprach dann wieder Bund mit Roux in Pelindaba das Projekt. Roux kam am 12. 3. 1973 zu Haunschild nach Bonn, am 13.—15. 3. 1973 zu STEAG nach Essen und verbrachte einen Teil des 16. 3. 1973 mit unbekanntem Gesprächspartnern in München.

Anfang Mai 1973 führten die STEAG-Direktoren Völcker und Geppert in Pelindaba Gespräche. Anschließend verkündete Koornhof, daß Gelder für den Bau eines Abschnitts einer Anreicherungs-demonstrationsanlage in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden würden. Die darauf basierende Gesamtanlage, die in den frühen achtziger Jahren fertiggestellt würde, solle ca. 3,1 Mrd. DM kosten²⁵⁾.

Am 13. 6. 1973 informierte STEAG telegrafisch Roux, daß STEAG, Haunschild, GfK Karlsruhe dem gemeinsamen Memorandum über die Kooperation zustimmten.

Ende August beschloß die Bundesregierung in Bonn, sich nicht mit subventionierten Exportkrediten für eine Finanzierung der Anreicherungsanlage in Südafrika zu engagieren. Die vielen Proteste gegen die staatliche Finanzierung des Cabora-Bassa-Projektes in Mosambik und die zunehmende Informiertheit der Öffentlichkeit über die bundesdeutschen Waffenlieferungen für Lissabons Kolonialkrieg in Afrika dürften dabei eine Rolle gespielt haben.

Daraufhin sprach am 11. 9. 1973 Newby Fraser, Direktor für Außenbeziehungen im AEB, in Bonn beim BMBW vor. Roux verhandelte am 11. und 12. 9. 1973 bei STEAG in Essen. Am 13. und 14. 9. war er, ohne daß seine Gesprächspartner bekannt sind, in München.

Am 27. 9. 1973 fand eine interministerielle Staatssekretärsbesprechung von BMBW, BMWi, AA und Bundeskanzleramt statt. Beschlossen wurde, die Kooperation STEAG-UCOR unter Verwendung des Know-how der GfK Karlsruhe beizubehalten.

Andere Finanzierungsmöglichkeiten mußten geprüft werden, da Südafrika nicht allein die nötigen Anlagen finanzieren kann. (Südafrika plant außerdem in den nächsten zehn Jahren industrielle Investitionen über 31,5 Mrd. DM²⁶⁾ und ist daher auf ausländische Kredite angewiesen.) Im Oktober 1973 gab der Informationsdienst der südafrikanischen Regierung bekannt, daß das Anreicherungsverfahren noch billiger würde als bisher angenommen, insgesamt nur halb so teuer wie vergleichbare andere Verfahren. Als auch daraufhin niemand Geld geben wollte, vereinbarten STEAG und UCOR am 19. 3. 1974, eine neue Untersuchung über die Wirtschaftlichkeit „beider“ Verfahren durchzuführen²⁷⁾.

Roux berichtete im Juni 1974, daß außer STEAG auch andere überseeische Interessen in das Projekt involviert seien²⁸⁾. Das dürfte ein Hinweis auf eine Zusammenarbeit mit Brasilien sein (s. 8) Die Bundesrepublik unterstützt die Apartheid. Im Dezember 1974 wurden auch mit dem Iran Verhandlungen über die Finanzierung der Anlage in Südafrika und den möglichen Bezug angereicherter Urans für die im Iran geplanten zwei deutschen Kernkraftwerke geführt.

Am 11. 9. 1974 gab die ESCOM bei MAN Nürnberg Kompressoren für 460 Mio. DM

in Auftrag, die für die geplante Urananreicherungsanlage zur Beschleunigung des Uranhexafluorids bestimmt sind.

Im Februar 1975 war Grant bei STEAG in Essen; Roux besprach mit dem Staatssekretär im BMWi Dr. Rohwedder das Projekt in Bonn. Im März 1975 war Roux wieder bei STEAG in Essen. Am 5. 4. 1975 wurde der Prototyp einer Einheit der geplanten Trenndüsenanlage erfolgreich in Betrieb gesetzt²⁹⁾. Mitte April 1975 besuchte Rohwedder Pelindaba. Er führte dort mit dem AEB-Vizepräsidenten Dr. de Villiers und dem stellvertretenden Vorsitzenden der UCOR Dr. Loubser sowie mit Koornhof Gespräche. Koornhof wiederum besuchte ebenfalls im April 1975 Haunschild, Bund und Bundeswirtschaftsminister Dr. Friedrichs in der Bundesrepublik. Mit Bund verabredete er die Entsendung von zwanzig Journalisten aus der Bundesrepublik, die im September für 8 Tage nach Südafrika geschickt werden sollen, um für Apartheid und das Projekt in der deutschen Öffentlichkeit zu werben. Auf der europäischen Konferenz über die friedliche Nutzung von Kernenergie in Paris ließen Roux und Grant am 22. 4. 1975 die Katze aus dem Sack. Ihre Informationen über „ihre“ Anreicherungs-methode wiesen darauf hin, daß das deutsche Trenndüsenverfahren ihr zugrunde liegt^{30), 31)}. Sie versuchten, mit einer Presseerklärung am 23. 4. 1975 diesen Eindruck abzuschwächen³²⁾. Am 2. 5. 1975 besprach der Wissenschaftsrat der Südafrikanischen Botschaft Bonn, Dr. Hellwig, im Institut für Aerodynamik in Göttingen mit dem Spezialisten für Trenndüsenbeschichtung Rammenzweig technische Probleme.

Am 15. 5. 1975 meldete das Handelsblatt, daß die Studie der STEAG über die Urananreicherung positiv ausgefallen sei; es werde jetzt die Beteiligung der STEAG an der südafrikanischen Anlage geprüft.

Am 31. 7. 1975 führte Franz-Josef Strauß in Südafrika ein Gespräch mit Verteidigungsminister P.W. Botha. In der Woche vom 2. bis 9. 8. 1975 sprach er mit Koornhof als offizieller Gast auf einer Farm der südafrikanischen Regierung, der Marais-Farm.

Der stellvertretende Vorsitzende der UCOR Loubser besprach am 1. 8. 1975 bei der Firma Internationale Nickel, Deutschland, in Düsseldorf den Auftrag der UCOR zur homogenen Beschichtung der Trenndüsen mittels Galvanoplastik. Kurz vorher wurde bekannt, daß ein OPEC-Staat der Ruhrkohle AG einen Kredit über eine Mrd. DM zur Verfügung gestellt hat³³⁾. Der Verdacht liegt nahe, daß dieser wohl vom Schah stammende Kredit ebenso wie die Überfinanzierung der deutschen Kernreaktoren für Brasilien für das STEAG-UCOR-Projekt bestimmt sind.

Südafrikas Streben nach Atomwaffen

Südafrika hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und hat eine internationale Überwachung seiner Uranvorkommen und Aufbereitungsanlagen abgelehnt. Die Stellungnahmen des Pretoria-Regimes zu Sinn und Endziel seines Nuklearprogrammes sind widersprüchlich. Selbst Dementis bezüglich militärischer Aspekte des Atomprogramms waren zweideutig und haben immer sorgsam jeden kategorischen Verzicht auf Atomwaffen vermieden. . . .

rialdirigent Schüssler aus dem Wirtschaftsministerium. Zu ihren Besuchsobjekten zählte - das Atomforschungszentrum Pelindaba¹⁶⁾.

Die BRD - politischer, wirtschaftlicher und militärischer Partner der RSA

Aus dem bisherigen Gang der Auseinandersetzung um die Enthüllungen des ANC sowie den folgenden Belegen in verschiedenen Presseorganen ergibt sich zwingend: Alle Dementis und Ablenkungsmanöver haben nicht nur nicht vermocht, die vorgetragene Beweise zu entkräften, sondern sie vielmehr bestätigt. Der Beweis ist angetreten worden - nachdem bereits seit Jahren wiederholt derartige Vorwürfe formuliert worden waren -, daß die Bundesrepublik Deutschland seit langem systematisch und eng mit der Republik Südafrika auch auf militärischem, speziell nuklearem Gebiet zusammenarbeitet. Zur Rolle der BRD als größtem Handelspartner der RSA und zweitgrößtem Auslandsanleger sowie als getreuem politischem Partner des Rassistenregimes ist das militärtechnologische und -strategische Engagement getreten und hat bereits bedrohliche Ausmaße angenommen.

Die Gründe für diese Entwicklung sind im Wesen des BRD-Imperialismus zum einen, in der Bedeutung Südafrikas zum anderen zu suchen. Die BRD ist heute die nächst den USA weitestentwickelte imperialistische Macht, in der innerhalb der vergangenen Jahre rasch ein gewaltiger militärisch-industrieller Komplex entstanden ist. Die weltweiten Interessen der BRD-Monopole sind sowohl ökonomischer als auch zunehmend globalstrategischer Natur - Der Spiegel betitelte seine Nr 1/1975 "Deutschland - WELTMACHT wider Willen". Das weltweite wirtschaftliche Engagement der BRD-Konzerne, deren Kapitalexport rasant ansteigt, verlangt zunehmend auch nach Wahrnehmung der militärstrategischen Konsequenzen aus der ökonomischen Expansion; diese ergänzen sich mit den globalstrategischen Interessen des NATO-Blocks. Zugleich drängt die weit über die "Bedürfnisse" der Bundeswehr hinausgewachsene Rüstungsproduktion der BRD auf den Weltmarkt. Derzeit findet - wiederum publizistisch eingeleitet durch eine Spiegel-Titelstory: "Waffen für die Welt? Deutsche Rüstungsindustrie"¹⁷⁾ - in der BRD eine politische Kampagne mit dem Ziel statt, die noch bestehenden Rüstungsexportschranken endlich auch offiziell zu beseitigen.

Zu den meistinteressierten Abnehmern bundesdeutscher Waffenexporte zählt dem Spiegel zufolge die RSA, die seit dem Sommer 1974 eine gewaltige Aufrüstung betreibt. Die Zielsetzung dieser Militarisierung ist eindeutig:



Atomforschungszentrum Pelindaba

Sie besteht in erster Linie im Aufbau des Unterdrückungsapparates gegen die afrikanische und farbige Bevölkerungsmehrheit. Darüber hinaus erfüllt die Militärmacht Südafrika die Funktion eines Eckpfeilers des "westlichen", gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und auf die Kontrolle strategischer Positionen gerichteten Paktsystems.

RSA - eine Bedrohung für die afrikanischen Staaten

Die friedensgefährdenden Konsequenzen der südafrikanischen Aufrüstung sind vielfältig. Ein Seminar des Weltfriedensrates, das Mitte Oktober 1975 in Brüssel zum Thema "Militarisierung Südafrikas" durchgeführt wurde, kam zu folgenden wesentlichen Schlüssen:

- Die RSA ist weder dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, noch hat sie ausdrücklich jeder Verwendung atomarer Waffen abgeschworen; der Besitz von Atomwaffen seitens Pretorias stellt daher eine existenzielle Bedrohung der Unabhängigkeit afrikanischer Länder dar.
- Südafrika hält nach wie vor eine illegale Okkupation Namibias aufrecht und baut seine militärischen Einrichtungen forciert aus, um sein Konzept der Scheinunabhängigkeit des Landes abzusichern. Zugleich exportiert es Uran aus Namibia, das auch von der bundesdeutschen Urangesellschaft bezogen wird¹⁸⁾, unter flagranter Verletzung von UN-Sanktionen (vgl. hierzu das Interview mit dem UN-Hochkommissar für Namibia, Sean MacBride in dieser Nummer).
- Die RSA hat den Beweis ihrer Aggressivität erst jüngst wieder mit der Invasion in Südafrika und der Verwüstung ganzer Ortschaften in diesem Landesteil an der Seite der reaktionären FNLA- und UNITA-Truppen erbracht; Waffensysteme und operative Systeme entstammen der NATO-Produktion.

Die atomaren Vorhaben können nur mit politischen und militärischen Überlegungen begründet werden. Durch den Besitz von Atommaterial könnte das Regime in Pretoria seine militärischen Verbindungen mit den Westmächten ausbauen, während es selbst sich außerhalb internationaler Kontrollen hielte, und könnte „Freunde“ kaufen, indem es Nicht-Unterzeichnerstaaten mit Nuklearmaterial und -technologie versorgt. Die Entwicklung von Atomwaffen würde benutzt werden, um allen Anhängern im Land zu zeigen, daß das Regime allein der Weltmeinung und internationalen Opposition standhalten könnte. Die herausfordernde Haltung gegenüber Afrika würde noch ausgeprägter. Pretoria, das schon gedroht hat, afrikanischen Präsidenten, die sich „einmischten“, „eins vor den Latz zu geben“, wird nun drohen, störrische oder „unfreundliche“ afrikanische Hauptstädte in Schutt zu legen. Das Regime könnte und würde die Drohung mit seiner atomaren Kraft benutzen, um Boykotte, Embargos und Sanktionen aufzuweichen; es könnte Afrika und die internationale Gemeinschaft dazu erpressen, der Apartheid-Politik zu Hause wie auch der Ausbreitung seines wirtschaftlichen Übergewichts über den ganzen Kontinent tatenlos zuzusehen. Schließlich gibt es nichts in der Geschichte Pretorias als Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das irgendeinen Zweifel daran aufkommen lassen könnte, daß es im Belagerungsfall als verzweifelte letzte Maßnahme Atomwaffen einsetzen würde. . . .

Juli 1971, Roux: „Falls ein Land Kernwaffen herstellen will, dann stellt eine Anreicherungsanlage das konzentrierte Spaltmaterial zur Verfügung, falls das Land das notwendige Natururan besitzt, das in der Anreicherungsanlage aufbereitet werden kann“⁴⁴).

12. 7. 1974, Dr. Louw Alberts, Vizepräsident der AEB, erklärt, Südafrika sei in der Lage, Atombomben herzustellen. „Unser Atomprogramm ist weiter fortgeschritten als das von Indien“⁴⁵). Indien hatte kurz zuvor eine Atombombe gezündet.

Daß Bonn und Pretoria im Bereich ihrer atomaren Zusammenarbeit etwas zu verbergen haben, geht deutlich aus dem erwähnten Schreiben des südafrikanischen Botschafters Uyl, Köln, an seinen designierten Nachfolger vom 19. 12. 1968 hervor und aus dem vertraulichen Memorandum von Haunschild an Roux.

Zeitungen der Bundesrepublik⁴⁶, ⁴⁷), der Pressesprecher der GfK⁴⁸) und der verantwortliche Regierungsbeamte⁴⁹) haben im Zusammenhang mit dem Nuklearvertrag Bundesrepublik-Brasilien geäußert, das Trenndüsenverfahren sei zur hochgradigen Anreicherung von Uran für militärische Zwecke ungeeignet, da dieser Vorgang „zig“ Jahre dauern würde. Diese Angabe ist unwahr. Die geplante südafrikanische Anlage zum Beispiel soll in 16 Stunden auf drei Prozent anreichern⁵⁰). Sie könnte in wenigen Monaten die notwendige Konzentration erzielen durch Wiederholen des Vorgangs. . . .

Bundesrepublik unterstützt die Apartheid

Die südafrikanische Uran-Industrie wurde von den USA aufgebaut und ist daher amerikanischen Berechnungen zugänglich. Le-

diglich das Uran-Vorkommen von Rössing in Namibia ist nach Größe und Gehalt unbekannt. Und da wird auch die Beteiligung der Bundesrepublik deutlich: An seiner Erschließung ist neben den südafrikanischen Gesellschaften IDC (25%), General Mining (25%), der französischen Total (10%), der britischen Rio Tinto Zinc (20 oder 25%) auch die deutsche Urangesellschaft (UG) mit 15 oder 20% Anteil beteiligt. Die UG ist zu je 33% im Besitz der bundeseigenen Veba und der STEAG.

Die deutschen Prospektionskosten für Rössing wurden 1969 und 1970 in Höhe von 6 Mio. DM von der Bundesregierung bezahlt. Seit 1971 wurden dafür offiziell keine Zahlungen mehr geleistet — eine Folge der Proteste gegen die staatliche Cabora-Bassa-Finanzierung. In Wirklichkeit wurden aber nach Aussage von Staatssekretär Haunschild von der Bundesregierung für die Uran-Prospektion in Niger ab 1972 unangemessen hohe Subventionen bezahlt, ohne daß die Uran-Gesellschaft den korrekten Nachweis für die Verwendung der Mittel liefern mußte (ca. weitere 6 Millionen DM). Es ist unwahrscheinlich, daß die Urangesellschaft ohne staatliche Garantien gegen aus politischen Risiken entstehende finanzielle Verluste und ohne staatliche Abnahmeverpflichtungen für die deutsche Bezugsquote aus der Förderung von Rössing (760—1000 t von 5000 t pro Jahr) die Beteiligung an Rössing aufrecht erhalten würde. Die Bundesregierung hat auf eine parlamentarische Anfrage zum Bezug von namibianischem Uran geantwortet, daß die diesbezügliche Entschließung des UNO-Namibia-Rates vom 27. 9. 1974, die unter anderem den Bezug von namibianischen Rohstoffen für illegal und verboten erklärt, unverbindlich sei. (Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/3706, Fragen A 94 und 95.)

Die bundesdeutsche Beteiligung ist auch in einem weiteren Schritt sichtbar. In Rössing wird gleichzeitig eine Extraktionsanlage gebaut. An ihr ist die Firma Nukleare Chemie und Metallurgie (Nukem) aus Wolfgang bei Hanau beteiligt. Nukem erhält bedeutende Subventionen von der Bundesregierung. Die Fluoridierung südafrikanischen Urans erfolgt bisher in Großbritannien. Für die neue Anreicherungsanlage soll aber nach Angabe von Roux⁵¹) eine eigene Fluoridierungsanlage gebaut werden. Damit sind alle Schritte von der Förderung bis zur möglichen Gewinnung von Bombenmaterial internationaler Kontrolle entzogen.

Die Errichtung der Urananreicherungsanlage ermöglicht den Aufbau von Nuklearwaffenpotentialen nicht nur in Südafrika, sondern in weiteren Nichtunterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages, wie zum Beispiel Brasilien. Am 27. 6. 1975 wurde ein Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über Lieferungen für zwei Kernkraftwerke über zusammen 2,2 Mrd. DM unterzeichnet. Der Vertrag verpflichtet die Bundesrepublik auch, angereichertes Uran für den Betrieb der gelieferten Kraftwerke verfügbar zu machen. . . .

Südafrika will in der STEAG-UCOR-Anreicherungsanlage 1250 t angereicherten Urans pro Jahr herstellen. In dem geplanten südafrikanischen Kernkraftwerk Koeberg sollen 100 t pro Jahr verbraucht werden. Es bietet sich daher für Brasilien der Bezug

angereicherten Urans aus Südafrika an — mit Hilfe der Kooperationsbeziehungen Südafrika-Bundesrepublik einerseits und dem neuen deutsch-brasilianischen Vertrag andererseits. Da in dem deutsch-brasilianischen Vertrag die Rückführung des bei der Kernkraftwerksnutzung anfallenden Plutoniums in die Bundesrepublik nicht vorgesehen ist, käme auch Brasilien an Material für Kernwaffen.

Damit würden unter der Beteiligung der Bundesrepublik in Afrika und Südamerika Atomkräfte installiert werden, die den status quo der Unterdrückung garantieren können. Obwohl der US-Kongreß die Lieferungen sensibler Anlagen aus der Bundesrepublik an Brasilien scharf kritisiert hat, sind keine Maßnahmen zur Verhinderung der Beteiligung von amerikanischen Firmen getroffen worden. Selbstverständlich können die USA deutsche Projekte, die ihre eigenen Interessen gefährden, verhindern. General Electric, USA, hält 11% der AEG-Aktien und ist damit größter AEG-Aktionär. Über die Kraftwerksunion (KWU), den Hauptlieferanten, ist sie damit an dem Brasiliengeschäft beteiligt. Obwohl die Bundesrepublik als ausführender Agent auftritt, der dem Pretoria-Regime zu Kernwaffen verhilft, sind die führenden NATO-Mächte aber sicherlich daran beteiligt. Denn alle Teile der Anlage, zumindest die der MAN-Kompressoren, erhalten NATO-Kodifizierungsnummern über die Verteidigungsministerien der Lieferländer. . . .

Anmerkungen

- 1) Handelsblatt, 24.10.1974
- 2) Act 90/1967 Atomic Energy Act
- 3) South African Digest 23.3.1967
- 4) Le Monde (Paris) 24.4.1975
- 5) Neue Zürcher Zeitung (Zürich) 24.4.1975
- 6) Der Spiegel 28.4.1975
- 7) Le Monde 31.7.1974
- 8) Jahrbuch der Atomwirtschaft, Düsseldorf 1974, S. 173
- 9) The Times (London) 20.8.1973
- 10) Nuclear Engineering International, USA, July 1974
- 11) The Star, Johannesburg, 12.4.1975
- 12) The Star 17.4.1971
- 13) Presseerklärung STEAG, Essen, 9.4.1974
- 14) Gerhard Flämig, MdB, SPD-Pressedienst, XXIX 98, 24.5.1974
- 15) B.J. Vorster — House of Assembly Debates Vol. 25, col. 5, 7, 8
- 16) Rand Daily Mail (Johannesburg) 14.8.1971
- 17) The Star 27.3.1971
- 18) Süddeutsche Zeitung 22.4.1975
- 19) Afrika Heute 15.9.1975
- 20) Presseerklärung der Uranium Enrichment Corporation, Paris 23.4.1975
- 21) Brief des BMFT an die Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik, 4.10.1974
- 22) Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage von MdB Müller, 14.3.1975
- 23) Brief des AA an die Anti-Apartheid-Bewegung vom 17.4.1975
- 24) Brief GfK Karlsruhe an die Anti-Apartheid-Bewegung vom 29.7.1975 als Antwort auf die Frage vom 17.7.1975
- 25) „Debattes“, Südafrika, 25.5.1971
- 26) The Star 8.6.1974
- 27) The Star 12.4.1975
- 28) Der Spiegel 28.7.1975
- 29) Nuclear Active, AEB, July 71, S. 4
- 30) The Times 12.7.1974
- 31) Kölner Stadtanzeiger 14.6.1975
- 32) Süddeutsche Zeitung 29.6.1975
- 33) Dr. Körtig, Öffentlichkeitsreferent der GfK für das Trenndüsenverfahren, gab diese Information während einer telefonischen Anfrage gegenüber der Anti-Apartheid-Bewegung am 15.7.1975. Auf genauere Nachfragen korrigierte er sich: „Das kann nicht zitiert werden“

Proteste afrikanischer Regierungen

Die Bundesrepublik unterstützt mit ihrer Politik von jeher die RSA. Die offenkundige militärische und insbesondere die nukleare Kooperation mit dem international geächteten Regime stellt in dieser Linie eine neue Qualität dar, welche in unüberbietbar zynischer Weise ihren Verlautbarungen und vorgeblichen Prinzipien Hohn spricht.

Die Welle von Protesten seitens afrikanischer Regierungen gibt eindrucksvoll die Befürchtungen Afrikas angesichts der aufgedeckten nuklearen Verschwörung wieder, zugleich aber drückt sich in ihr die zunehmende Erkenntnis des wahren Charakters der Bonner Afrikapolitik aus. Der sudanesischer Außenminister Ghandour sprach beziehungsweise vom "Unbehagen" vieler Afrikaner angesichts des "historischen Faktors" bezüglich der Kollaboration BRD-RSA. Der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit, Denis Akumu, warnte die BRD und verwies auf den wahrscheinlichen Zusammenbruch zahlreicher Beziehungen der BRD mit Afrika im Falle einer Fortsetzung dieser Zusammenarbeit mit der RSA. Ähnlich verurteilte die OAU-Gipfelkonferenz Ende Oktober d.J. die Bundesregierung. Der stellvertretende tansanische Außenminister Sepetu erklärte:

"Die fortgesetzte Stärkung des Rassistenregimes in Südafrika durch die BRD bedroht die Sicherheit Afrikas und der gesamten Welt."

Die bisher weitestgehende Maßnahme fordert ein Resolutionsentwurf von über 40 vor allem afrikanischen und asiatischen Staaten im Politischen Sonderausschuß der Vereinten Nationen, der Sicherheitsrat solle Maßnahmen gegen das Atomkomplott zwischen der BRD und Südafrika ergreifen¹⁹⁾. In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative zu stellen, die von Sean MacBride auf dem Brüsseler Seminar vorgeschlagen worden ist: Sie beinhaltet, seitens der Vereinten Nationen eine internationale Untersuchungskommission einzurichten, welche die indirekten und direkten militärischen Beziehungen der RSA mit der NATO untersuchen und deren Rolle bei der Okkupation Namibias sowie der Invasion Angolas überprüfen soll.

Angesichts des Entwicklungsstandes der atomaren Zusammenarbeit zwischen einer ganzen Gruppe von imperialistischen Mächten und reaktionären Regimes - so berichtete Der Spiegel über ein Geheimabkommen zwischen Iran und Südafrika²⁰⁾ - ist die Forderung nach wirksamen und unmittelbaren Gegenmaßnahmen überfällig. Die Unterstützung internationaler Initiativen, die Fortsetzung der Informations-

arbeit und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika ist deshalb mehr denn je ein Gebot der Stunde.

Anmerkungen:

- 1) Der Spiegel, Nr. 41 und 43/1975; Stern, Nr. 41/1975
- 2) Frankfurter Rundschau (FR), 7.10.1975
- 3) Berliner Extradienst, 21.10.1975
- 4) FR, 18.10.1975
- 5) FR, 16.10.1975
- 6) Berliner Extradienst, 21.10.1975
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2., 20. und 22.10.1975
- 8) Handelsblatt, 9.10.1975
- 9) FR, 11.11.1975
- 10) Berliner Extradienst, 21.10.1975
- 11) FAZ, 11.10.1975
- 12) FR, 10.10.1975; FAZ, 11. und 14.10.1975
- 13) FR, 15.10.1975; FAZ, 17.10.1975
- 14) FR, 10.10.1975; FAZ, 11.10.1975
- 15) FR, 22.10.1975
- 16) Unsere Zeit (UZ), 9.10.1975; FR, 1.11.1975
- 17) Der Spiegel, Nr. 38/1975
- 18) Der Spiegel, Nr. 43/1975
- 19) FR, 13.10.1975; Süddeutsche Zeitung, 11.10.1975; Neues Deutschland, 30.10., 23.10. und 3.11.1975
- 20) Der Spiegel, Nr. 43/1975

Unterdrückung und Widerstand



Widerstand gegen die Rassendiktatur im Südlichen Afrika ist das Thema des Internationalen Kalenders 1976 des International Defence and Aid Fund for Southern Africa (London). 16 eindrucksvolle Photographien zeigen wichtige Geschehnisse aus Kämpfen der Völker des Südlichen Afrika um ihre Freiheit; dazu 12 Porträts der Führer der Befreiungsbewegungen. Der Verkaufserlös des Kalenders dient der Arbeit des International Defence and Aid Fund for Southern Africa und kommt politisch und rassistisch Verfolgten in Zimbabwe, Namibia und Südafrika zugute. Der Kalender (Kleinposterformat) kostet DM 10,00.

Bestellungen an:

issa

informationsstelle südliches afrika
53 Bonn, Buschstraße 20

Namibia

Am 30. September 1975 lief das im Mai vom UN-Sicherheitsrat gestellte Ultimatum aus, Südafrika solle seine illegale Besetzung Namibias aufgeben (vgl. AIB Nr. 9/1975). Dieser Aufforderung hat Pretoria nicht Folge geleistet. Es hat im Gegenteil damit begonnen, starke Befestigungen im Norden Namibias zu errichten, wie Der Spiegel unlängst berichtete. Mehr noch: Das Rassistenregime hat von namibischem Territorium aus im September d.J. eine bewaffnete Invasion in das südliche Angola unternommen, angeblich um die Bauarbeiten am Kunene-Staudammsystem zu schützen, in Wahrheit zur Unterstützung der reaktionären UNITA- und FNLA-Bewegungen, welche die wirkliche Unabhängigkeit des Landes unter Führung der MPLA nach wie vor zu verhindern trachten.

Zur propagandistischen Ablenkung sandte das Regime eine Gruppe von Mitgliedern der undemokratisch bestimmten sogenannten Verfassungskonferenz von Namibia auf eine Goodwill-Tournee, die auch Bonn einen Besuch abstattete. Die Bundesregierung blieb damit ihrer gegen die Unabhängigkeit des Volkes von Namibia gerichteten Politik treu, an der auch schönklingende Reden vor den Vereinten Nationen nichts ändern.

Während des Brüsseler Seminars über die Militarisierung Südafrikas, das vom Weltfriedensrat am 18. und 19. Oktober 1975 durchgeführt wurde, hatte das AIB Gelegenheit, Sean MacBride, dem UN-Hochkommissar für Namibia, einige die gegenwärtige Auseinandersetzung um Namibia betreffende Fragen zu stellen. MacBride, früherer irischer Außenminister und Präsident der Organisation Amnesty International, erhielt den Friedensnobelpreis für sein Wirken. Seit einigen Jahren ist er UN-Hochkommissar für Namibia.

AIB-Interview mit Sean MacBride, UN-Hochkommissar für Namibia Bonn muß den Aufforderungen der UNO nachkommen!



Sean MacBride

AIB: Herr MacBride, der 30. September 1975 ist vorüber. Für dieses Datum hat der UN-Sicherheitsrat auf seiner Sitzung Ende Mai d.J. Südafrika ein Ultimatum gestellt, seine illegale Okkupation Namibias zu beenden. Was hat die Republik Südafrika unternommen, um diesem Beschluß nachzukommen?

Sean MacBride: Faktisch hat die Republik Südafrika den Beschlüssen des Sicherheitsrates weder entsprochen noch versucht, ihnen zu entsprechen. Was sie unternommen hat bzw. versucht hat, ist, eine sogenannte Verfassungskonferenz einzuberufen. Dies ist jedoch ausschließlich ein Betrugsmanöver, das dazu dienen soll, die Öffentlichkeit zu überzeugen, man täte etwas. Diese sogenannte Verfassungskonferenz setzt sich nicht etwa aus den gewählten Repräsentanten des Volkes von Namibia zusammen, sondern aus sorgfältig ausgewählten

Vertretern verschiedener Gruppen des Landes, die als Anhänger der Haltung des südafrikanischen Regimes gelten - viele von ihnen werden von der südafrikanischen Regierung ausgehalten oder stehen auf ihren Gehaltslisten. Es handelt sich also in keiner Hinsicht um ein repräsentatives Gremium.

Was die Vereinten Nationen betrifft, so ist ihre Haltung in dieser Frage sehr einfach: Sie haben entschieden, daß es allein dem Volk von Namibia zusteht, Vertreter für eine Verfassungskonferenz zu wählen; weiter, daß die Wahlen zu dieser Versammlung unter Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen durchgeführt werden müssen. Die Aufgabe dieser verfassungsgebenden Versammlung wird es dann sein, über die staatliche Zukunft Namibias zu befinden.

AIB: Was hat die Republik Südafrika auf internationaler Ebene unternommen? Hat zum Beispiel die sogenannte Dialog-Politik die internationale Haltung in der Namibia-Frage in irgendeiner Weise beeinflußt?

Sean MacBride: Nein. Auf internationaler Ebene ist, glaube ich, das Einzige, was die Republik Südafrika unternommen hat, eine Truppe von ungefähr 32 Mitgliedern dieser sogenannten Verfassungskonferenz herumzuschicken. Die südafrikanische Regierung bezahlt diese Reise und hat sie mit Geheimpolizei und Polizeiagenten abgestimmt, die sie nach New York gebracht haben, jetzt nach London und dann noch in die Bundesrepublik Deutschland bringen werden, alles wiederum in der Absicht, die Regierungen und die Bevölkerung dieser Länder glauben zu machen, dies seien Repräsentanten des Volkes von Namibia. Nun, es gibt eine einfache Methode zu überprüfen, ob diese Leute

Vertreter des Volkes von Namibia sind oder nicht, und das ist die Abhaltung von Wahlen, in denen das namibianische Volk seine wirklichen Vertreter bestimmen kann.

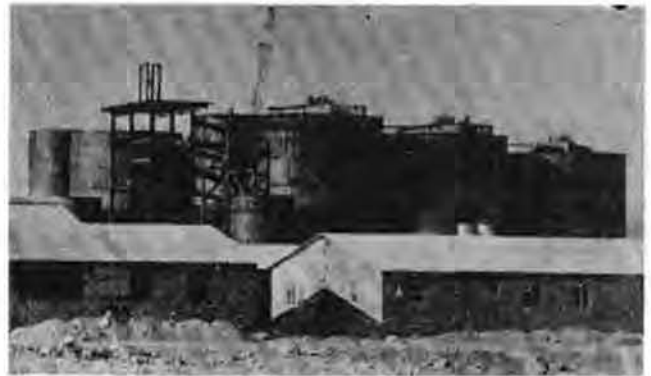
Ich freue mich, mitteilen zu können, daß diese Delegation in den Vereinigten Staaten von keinem verantwortlichen Offiziellen empfangen worden ist; sie ist selbstverständlich auch nicht bei den Vereinten Nationen empfangen worden. Wir hoffen, daß, wenn sie nach Bonn kommt, ihr dort ebensowenig ein offizieller Empfang bereitet wird, der eine Anerkennung dieser "Verfassungskonferenz" bedeutete.

AIB: Der Außenminister der BRD, Genscher, hat seinem südafrikanischen Amtskollegen Muller bei dessen Besuch vor kurzem mitgeteilt, die BRD stehe zu der Forderung, Südafrika müsse sich aus Namibia zurückziehen. Hierin zeigt sich eine neue Akzentuierung. Wie sehen Sie diese Entwicklung, und hat die Bundesrepublik bereits etwas unternommen, um diesen Behauptungen zu entsprechen?

Sean MacBride: Bislang muß festgestellt werden, daß unserer Auffassung nach die Regierung der Bundesrepublik den Aufforderungen der Vereinten Nationen letztlich nicht nachgekommen ist: Sie hält ihr Konsulat in Windhuk aufrecht, ungeachtet der Forderung der Vereinten Nationen; es gibt überdies etwa 42 deutsche Lehrer, die von der Regierung in Bonn bezahlt werden, und die Apartheid-Klassen unterrichten, d.h., ausschließlich weiße Kinder; es ist in jeder Hinsicht unglücklich, daß die Bundesregierung heutzutage offenkundig rassistische Aktivitäten finanziert. Wir sind der Meinung - und dies habe ich der Bundesregierung in aller Deutlichkeit erklärt -, daß in Anbetracht der Tatsache, daß es in Namibia eine große deutschstämmige Bevölkerung von etwa 45.000 Menschen gibt, von denen wiederum ungefähr 10.000 bundesdeutsche Pässe besitzen, der Bundesregierung eine besondere Verantwortung obliegt, diese Leute zu erziehen im Sinne der grundlegenden Menschenrechte, die ja auch in der bundesdeutschen Verfassung enthalten sind. Das heißt, statt Lehrer zu bezahlen, die nach Rassen getrennte Klassen unterrichten, täte die Bundesregierung besser daran, Erzieher zur dortigen deutschen Bevölkerung zu schicken, die ihr verdeutlichen, was heutzutage die grundlegenden Menschenrechte sind. Die Deutschen dort leben, fürchte ich, in der Vergangenheit - sie leben entweder noch in der kaiserlichen Zeit von 1914 oder manche sogar, fürchte ich, in der Nazi-Ära, und sie bringen die Bundesrepublik in Verruf. Es trüge erheblich zur Verbesserung des Ansehens der Bundesrepublik in der Welt bei, wenn die Bundesregierung etwas dafür täte, diese Einstellungen zu verändern, und da-

mit zeigte, daß sie sich in Übereinstimmung mit der Position der Vereinten Nationen befindet.

Wir sind außerdem sehr besorgt über die unständig erreichenden und - ich bedaure, dies sagen zu müssen - überzeugenden Informationen über eine enge Zusammenarbeit zwischen Südafrika und dem bundesdeutschen militärisch-industriellen Komplex bei der Aufrüstung Südafrikas. Dies betrifft insbesondere die Aufbereitung von Uran für atomare Verwendung in Südafrika und unter Verwendung von Uran, das



Uran-Bergwerk Roessing in Namibia

in Namibia abgebaut worden ist. Unserer Ansicht nach liegt hierin eine Bedrohung des Weltfriedens.

AIB: Hinsichtlich der militärischen Kooperation Südafrikas mit der Bundesrepublik und anderen NATO-Mächten hatten Sie vor kurzem ein Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär Joseph Luns. Welches Ergebnis hatte diese Unterredung?

Sean MacBride: Herr Luns verneinte kategorisch, daß es irgendwelche Verbindungen zwischen NATO und Südafrika gegeben habe, seien sie direkt oder indirekt. Ich muß sagen, daß ich es angesichts der vorliegenden Beweise schwierig fand, dies zu glauben, andererseits hatte ich keine andere Wahl als seine Versicherungen entgegenzunehmen. Seither sind jedoch zahlreiche weitere Beweisstücke in meinen Besitz geraten, die es mir äußerst schwer machen zu glauben, es bestünde keine indirekte oder direkte Beteiligung der NATO an derartigen Maßnahmen der südafrikanischen Regierung, mögen sie nun Heer, Marine oder Luftwaffe betreffen. Ich bin der Meinung, daß der einzige Weg zur Klärung dieser Frage eine umfangreiche, gründliche Untersuchung der Beziehungen ist, die zwischen der NATO bzw. Mitgliedsländern oder Organen der NATO und südafrikanischen Stellen bestehen. Eine derartige Untersuchung könnte sehr wohl seitens der Vereinten Nationen durchgeführt werden.

AIB: Welches werden die kommenden Maßnahmen der Vereinten Nationen in der Namibia-Frage sein; wie wird die Rolle der Bundesrepublik hierbei eingeschätzt?

Sean MacBride: Nun, es gibt eine Vielfalt möglicher Maßnahmen, die von den Vereinten Nationen ergriffen werden können, und die vom Sicherheitsrat abhängig sind. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die ganz und gar illegale Invasion Südafrikas nach Angola und die Besetzung von Landesteilen Angolas durch Südafrika eine der Fragen sein wird, welche der Sicherheitsrat zu berücksichtigen haben wird. Abgesehen davon - inzwischen haben die Vereinten Nationen einen Beschluß gefaßt hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Reichtümer Namibias. Durch diesen Beschluß wurde ich ermächtigt, die nötigen Schritte zu seiner Anwendung einzuleiten; wir halten es für notwendig, daß Lieferungen von natürlichen Ressourcen beschlagnahmt werden, die illegal aus Namibia exportiert werden. Das ist nichts Neues im internationalen Recht, es ist allerdings das erste Mal, daß die Vereinten Natio-

nen einen Beschluß gefaßt haben, um seine Anwendung sicherzustellen. Es handelt sich mithin um die Anwendung einer anerkannten Völkerrechtsregel aufgrund der Annahme eines Beschlusses durch die Vereinten Nationen. Soweit mir bekannt ist, sind die Vertreter der Bundesregierung die einzigen, welche die Berechtigung der Vereinten Nationen in Zweifel ziehen, so zu verfahren. Meine Antwort ist schlicht und einfach: Wenn die Bundesregierung nicht bereit ist, die Gültigkeit dieses Beschlusses anzuerkennen, schlage ich vor, daß sie sich an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag wendet, und wir werden eine richterliche Klärung der Frage anstreben, ob die Vereinten Nationen berechtigt sind, diesen Beschluß anzuwenden oder nicht. Ich bin ziemlich sicher, daß wir juristisch einwandfrei gehandelt haben. Wenn die Bundesrepublik ebenso sicher ist, daß ihre Weigerung, sich der Anwendung des Beschlusses zu beugen, rechtlich haltbar ist, dann ist meiner Meinung nach der Internationale Gerichtshof in Den Haag der gegebene Ort, dies zu entscheiden.

Zimbabwe

Seit Ende August - dem Scheitern der sogenannten Victoria-Falls-Gespräche zwischen den führenden Vertretern der Befreiungsbewegung Zimbabwes, des African National Council (Afrikanischer Nationalrat/ANC) und dem Rassistenpremier Ian Smith von "Rhodesien" - ist die bis dahin bestehende politische Struktur des ANC zerbrochen. Seit Beginn des Jahres vermochte der ANC, in dem die anderen drei früher bestehenden Befreiungsorganisationen ZAPU, ZANU und FROLIZI fusioniert waren, sehr bald keine gemeinsame Politik mehr zu formulieren, da sich in ihm partikularistische Tendenzen wieder regten bzw. nicht hatten beigelegt werden können. Die daraus resultierenden Probleme seit Ende August d.J. führten zu den weitverbreiteten Darstellungen, der ANC sei in mehrere Fraktionen zerfallen und nicht mehr fähig, mit einer Stimme zu sprechen. In dieser Situation wurde in Salisbury ein machtvoller Volkskongreß durchgeführt, der Joshua Nkomo (früher Präsident des alten ANC vor 1964, sodann der ZAPU) zum Präsidenten wählte und die politische Linie festlegte. Dieser 'neue' ANC repräsentiert die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der vier bis Anfang 1975 unabhängig voneinander bestehenden Organisationen. Tendenzen, dieses Gebot, den demokratisch gewählten ANC und seine Führung zu unterstützen, zu mißachten und sektiererisch Teilströmungen der Volksbewegung von Zimbabwe hervorzuheben, haben zur Verwirrung beigetragen und sind weidlich ausgenutzt worden, um den ANC zu diskreditieren. Zu einigen die Situation betreffenden Fragen nahm in einem Interview Saul Ndlovu, Informationssekretär des ANC, Stellung. Das Interview fand am Rande des Weltfriedensratsseminars über die Militarisierung Südafrikas am 18./19. Oktober 1975 in Brüssel statt.

AIB-Interview mit Saul Ndlovu, Informationssekretär des ANC Das Votum des Volkskongresses von Zimbabwe

AIB: Genosse Ndlovu, im Mittelpunkt des Interesses steht die Entwicklung des African National Council of Zimbabwe (Afrikanischer Nationalrat von Zimbabwe - ANC) in der letzten Zeit, d.h. die sogenannte "Spaltung" nach dem Gespräch von Victoria-Falls. Welches sind die Hauptursachen für diese Entwicklung?

Saul Ndlovu: Die Ursachen sind darin zu suchen, daß einige Mitglieder der ANC-Führung ihre Zusagen nicht einhalten wollten, die sie gegeben hatten, als wir das Vereinigungsabkommen in Lusaka unterzeichneten. Eine dieser

Vereinbarungen war, daß wir im März dieses Jahres einen Nationalkongreß des Afrikanischen Nationalrates abhalten wollten. Eine solche Bestimmung war übrigens schon von jeher in den Statuten des Nationalrates enthalten, und seit seiner Bildung zu Beginn des Jahres 1972 hatte er jährlich im März Kongresse abgehalten. Einen Monat nach Unterzeichnung des Vereinigungsabkommens, zu dessen Bestand die Abhaltung dieses Kongresses zählt, begannen jedoch drei Führungsmitglieder des ANC, die dieses Abkommen mitunterzeichnet hatten, ihre

Meinung zu ändern und gingen dazu über, sich gegen die Durchführung dieses Kongresses zu stellen mit der Begründung, daß die Unterorganisationen in Zimbabwe ehemalige der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) seien und daher, sollte der Kongreß stattfinden, Nkomo anstelle von Muzorewa gewählt werden würde. Dem hielten wir entgegen, daß wir eine Verpflichtung eingegangen seien, und daß ihnen bewußt sein müsse, daß diese einzuhalten sei. Doch sie antworteten, sich nicht daran halten zu wollen.

Überdies hatten wir bereits früher bemerkt, daß Männer wie Reverend Ndabaninga Sithole grundsätzlich gegen das Vereinigungsabkommen eingestellt waren - obwohl dies kein Grund für die Differenzen hätte sein brauchen. Etwa vier bis fünf Monate nachdem das Abkommen unterzeichnet worden war, und nachdem - wie wir annahmen - alle unsere bisherigen Organisationen völlig aufgelöst waren - wir hatten die ZAPU aufgelöst und gehofft, er habe die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) aufgelöst - reiste Sithole jedoch durch Westeuropa und wurde dort als der Präsident der ZANU empfangen sowie als Mitglied des Exekutivrates des Afrikanischen Nationalrates von Zimbabwe. Dies löste unter uns Verwunderung aus, doch dabei blieb es nicht: Er nahm Geldspenden entgegen - in der Bundesrepublik und Westberlin z.B. etwa 77.000 DM -, die er jedoch nicht etwa mit zurücknahm zum ANC in Sambia oder in Zimbabwe, sondern auf ein Konto in Zürich einzahlte, unter der Bezeichnung "Sithole-Fond". Dies entsetzte uns ziemlich. Dies sind einige der Gründe, welche zur gegenwärtigen Lage geführt haben. Die augenblickliche Situation ist indessen sehr klar: Die Mehrheit des afrikanischen Volkes von Zimbabwe unterstützt unbestreitbar Joshua Nkomo und die Führung, die auf dem Kongreß gewählt worden ist, der am 27. und 28. September 1975 abgehalten wurde.

AIB: Genosse Ndlovu, können Sie einiges Nähere über diesen Kongreß sagen?

Saul Ndlovu: Der Kongreß wurde vom Afrikanischen Nationalrat von Zimbabwe durchgeführt. Wenn ich mich recht erinnere, gibt es im ganzen Land 1.002 Unterorganisationen des ANC, und von diesen, stellte sich heraus, weigerten sich lediglich sieben, Delegierte zu diesem Kongreß zu entsenden. Diese sieben befinden sich im Victoria-Bezirk. Die Mehrheit entsandte jedoch Delegierte, und auch der westlichen Presse zufolge nahmen 5.500 Delegierte am Kongreß teil, nicht gerechnet diejenigen, die nicht als Delegierte, sondern als Beobachter oder Sympathisanten der Partei teilnahmen.



Diese nahmen selbstverständlich nicht an den Beratungen noch an den Abstimmungen teil. Die Delegiertenzahl betrug insgesamt 5.500. Nach den Beratungen wurden die Wahlen durchgeführt und in ihnen wurde Joshua Nkomo zum Präsidenten des Afrikanischen Nationalrates gewählt.

AIB: Treffen Informationen zu, daß im nun gewählten Präsidium des ANC Sitze freigehalten wurden für weitere Führungsmitglieder? Welche Schritte unternimmt die jetzt gewählte ANC-Führung auf eine eventuelle erneute Einigung mit Anhängern der bisherigen ANC-Führer hin?

Sean Ndlovu: Es stimmt, daß einige Sitze freigehalten wurden für einige der Führer des alten ANC, die nach dem Abkommen von Lusaka diese Position innehatten.

Wir vertraten die Auffassung, daß wir nicht dem Beispiel Muzorewas folgen sollten, der gesagt hatte, daß jeder, der dem neuen ANC angehöre, aus dem ANC ausgeschlossen würde. Wir wollten Reife in unserem Denken und Handeln zeigen. Deshalb beschlossen wir, Positionen für diese Personen frei zu lassen und ihnen zu erklären, daß Platz für sie in der Führung des ANC sei und daß, wenn sie grundsätzlich bereit seien, zum bewaffneten Kampf für die Befreiung Zimbabwes beizutragen, sie diese Positionen einnehmen und an der Führung des ANC teilnehmen könnten. Weigern sie sich, so werden sie niemanden dafür verantwortlich machen können. Was Bischof Muzorewa betrifft, so hat sich die Einsicht verbreitet, daß er nicht konsequent gewillt ist, den ANC entschlossen durch den bewaffneten Kampf zu führen. Er verließ Zimbabwe ohne Grund und ohne eine Erklärung abzugeben und befindet sich gegenwärtig in Sambia. Wir können uns nicht vorstellen, was er dort erreichen zu können glaubt, auf jeden Fall wird er nicht mehr als ein Führer angesehen - er wurde abgesetzt und diskreditierte sich. Seine Abwesenheit hat

auf den revolutionären Kampf keinen Einfluß, ausgenommen, daß er Verwirrung in der Weltöffentlichkeit dadurch stiftet, daß er uninformierten Kreisen erklärt, er sei nach wie vor der Führer des African National Council.

AIB: In der westlichen Presse ist vielfach die Rede davon, daß die neugewählte Führung des ANC grundlegende Positionen aufzugeben bereit und insgesamt kompromißwilliger sei, was die zentralen Fragen der Befreiung des Volkes von Zimbabwe betrifft. Wie verhält es sich damit? Welches sind darüber hinaus die nächsten Schritte, die der ANC unternehmen wird?

Saul Ndlovu: Die Politik des African National Council ist kurz gesagt folgende: Wir wollen sofortige Mehrheitsherrschaft. Die Frage der Mehrheitsherrschaft als Voraussetzung der Unabhängigkeit ist kein Verhandlungsobjekt. Dies kann man nicht nachdrücklicher betonen. Zweitens: Wir wollen eine nicht-rassistische Gesellschaftsordnung errichten. Wir haben nie gesagt, daß wir eine Gesellschaft wollen, in der diejenigen, die nicht schwarz oder nicht weiß sind, mehr Privilegien und Rechte besitzen als andere. Wir wollen eine Gesellschaft aufbauen, in welcher vollkommene Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz herrschen wird. Drittens haben wir in unzweideutiger Weise erklärt, daß wir bereit sind, die Verfahrensfrage der Machtübergabe von dem weißen Minderheitsregime an die Mehrheit des Volkes zu erörtern, Mehrheit verstanden als Resultat des 'ein Mann - eine Stimme'-Prinzips. Hierüber gibt es keine Verhandlungen. Wir können nicht hingehen und erklären, wir wollten noch keine 'ein Mann - eine Stimme'-Regelung für fünf, zehn oder soundsoviel Jahre. Das Prinzip 'ein Mann - eine Stimme' gilt. Damit stehen oder fallen wir!



Welche Strategie planen?(aus:Newsweek)

Ich möchte hier noch einmal betonen, daß wir - wie Joshua Nkomo am Ende des Kongresses feststellte - bereit sind, diese Fragen mit dem Smith-Regime zu beraten, daß es jedoch am Smith-Regime selber ist, die Initiative zu ergreifen und sich mit der Führung der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit von Zimbabwe in Verbindung zu setzen und seine Bereitschaft zur Neueröffnung von Verhandlungen zu erklären. Er selbst war es schließlich, der die Verhandlungen auf der Victoria-Falls-Brücke über den Sambezi abgebrochen hat, die am 25. August 1975 begonnen hatten. Wenn er den Wunsch hat, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, so weiß er, wohin er sich zu wenden hat. Die Frage der Mehrheitsherrschaft ist dabei freilich absolut undiskutabel, und sollte Smith nicht bereit sein, unverzüglich die Macht an die afrikanische Mehrheit abzutreten, wird die Verstärkung des bewaffneten Kampfes unausweichlich notwendig sein.

AIB: Worin sieht der ANC gegenwärtig die Hauptaufgaben und Möglichkeiten der internationalen Solidaritätsbewegung?

Saul Ndlovu: Unser Hauptanliegen besteht natürlich in materieller Unterstützung - Transportmittel, Kleidungsstücke, medizinische Ausrüstungen und Nahrungsmittel; desgleichen in Form von Geld. Dies trüge beträchtlich zur Verstärkung unserer Kampfanstrengungen bei. Wir sind uns bewußt, daß namentlich in Westeuropa kaum weitergehende Möglichkeiten der Unterstützung bestehen. Wir möchten jedoch gleichzeitig betonen, daß, soll Moçambique uns wirkungsvoll unterstützen können, Moçambique selbst nachdrücklich von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden muß. Man könnte es so ausdrücken: Moçambiques Unterstützung für uns wird abhängen von der Unterstützung Moçambiques durch die Weltöffentlichkeit - durch die Vereinten Nationen, die Organisation für Afrikanische Einheit, einzelne Solidaritätsgruppen in Europa, Asien und Lateinamerika usw. Die Fortsetzung solidarischer Hilfe darf nicht durch die Tatsache behindert werden, daß Moçambique jetzt ein unabhängiger Staat ist. Solange es Hilfe erhält, solange wird es uns unterstützen können; wird es nicht unterstützt, wird es sich in einer zu schwachen Position befinden, um sich gegen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Druck zu behaupten, der von Rhodesiens Ian Smith und Südafrikas Johannes Vorster ausgeübt werden wird. Wir hoffen, daß wir mit dem Rückhalt dieser internationalen Solidarität in der Lage sein werden, den Befreiungskampf in Zimbabwe zu verstärken und Zimbabwe in kürzerer Zeit zu befreien, als wenn wir diese Hilfe nicht hätten.

Äthiopien

Am 12. September 1975, dem 1. Jahrestag des Sturzes Kaiser Haile Selassies (siehe AIB Nr. 10/1974 und 3/1975) und der Machtergreifung des äthiopischen Militärates, demonstrierten Hunderttausende durch Addis Abeba. Ihr gemeinsames Anliegen: Unterstützung der eingeleiteten fortschrittlichen Umgestaltungen und deren konsequente Fortführung. Forderungen zur Durchsetzung der Bodenreform und zur schnellstmöglichen Formierung einer politischen Massenorganisation beherrschten die Szene. Man nahm den Militäratt (DERG) beim Wort, der am 20. Dezember 1974 die baldige Beteiligung des Volkes an der Macht so versprochen hatte: "Auf politischem Gebiet muß es eine Organisation geben, die die Teilnahme des Volkes an der Regierung sichert, als Instrument zur ... Kontrolle der Regierung dient. Es ist daher notwendig, eine nationale politische Partei zu haben, die alle fortschrittlichen Kräfte in einer Einheitsfront zusammenbringt." In derselben Erklärung hatte der DERG auch Äthiopiens Weg zum Sozialismus als ähnlich dem Kubas, Chinas und Tansanias, d.h. als "frei von jeder Ausbeutung", vorgezeichnet. Beides bekräftigte denn auch der Militärattvorsitzende, General Benti, in seiner Ansprache zum 1. Jahrestag auf dem Revolutionsplatz in Addis Abeba.

Indessen liegen die wirtschaftlich-sozialen Übergangsschritte und die politische Programmatik dieses "äthiopischen Sozialismus" noch weitgehend im Unklaren; bleibt eine zögernde, uneinheitliche Haltung des DERG bei der praktischen Anwendung seiner Reformvorhaben ebenso vorherrschend wie ein zwiespältiges, distanzierendes Verhältnis zu den Aktivitäten und Organisationen der werktätigen Massen. Diese widersprüchliche Haltung der Militärregierung schildert Mamo Zeleke, äthiopischer Korrespondent der französischen Zeitschrift *afrique asie*, anhand der Haltung des DERG gegenüber dem Gewerkschaftsbund CELU, den Bauern und den nationalen Minderheiten.

Mamo Zeleke

Ein Jahr danach: Militärregierung zwischen zwei Feuern!

Nach einem Jahr der Machtausübung sieht sich Äthiopiens "Provisorischer Militärischer Verwaltungsrat" (DERG) mit einer Reihe schwerer Probleme konfrontiert und die Situation in Äthiopien erscheint in einem eher dunklen Licht. Das verdeutlichen bereits die folgenden wenigen Streiflichter.

Eine gespannte Atmosphäre

Im Süden des Landes sehen sich arme Bauern und Landbesitzer einem verschleierte Bürgerkrieg ausgesetzt. Die Hungersnot wütet im hilflosen Ogaden ebenso wie in anderen Provinzen des Südens. Während Eritrea weiterhin in Schutt und Asche gelegt wird, dauert der offene Krieg gegen die Afaren (Nomadenstamm nahe Djibouti, d.Red.) von Haoussa weiter an. Erdöl fehlt in Addis Abeba und der Wirtschaftskrieg, der von den Großhändlern gegen den DERG geführt wird, hat einen großen Mangel an Zucker in den Provinzen heraufbeschworen.

Die Prozeßangelegenheit, in der die Regierenden von Addis Abeba dem Äthiopischen Gewerkschaftsbund (CELU) gegenüberstehen, ist noch schwerwiegender geworden nach einem von den Busfahrern ausgelösten und trotz der Verhaftung zweier ihrer Führer fortgesetzten Streik. Die Kluft, die den DERG von der studentischen Jugend trennt, vertieft sich: Mehr als 1.000 Studenten und "Zematchoch" (Bezeichnung für die an der Kampagne zur Alphabetisierung und Politisierung, genannt "Zematcha",

beteiligten jungen Intellektuellen) werden in Militärlagern gefangengehalten.

Das Problem der unterdrückten Minderheiten verschärft sich zusehends - das zeigt die nationalistische Agitation, die in den Oromolands aufgebrochen ist und das Erscheinen nationalistischer Zeitungen wie *Billisuma* (Befreiung). Im Norden sind zahlreiche Regionen, darunter Gojjam, zu regelrechten Festungen geworden, in denen Elemente der extremen Rechten eine Rebellion nach der anderen anstiften, um die Reformen des DERG zum Scheitern zu bringen.

Wenn auch der letzte Versuch eines Staatsstreiches wie durch ein Wunder vereitelt worden ist (20 Offiziere und 2 Zivilisten wurden hingerichtet), so kursieren doch in der Hauptstadt weiterhin Gerüchte über eventuell bevorstehende neue Komplote. Und es ist unbestreitbar, daß eine drückende Atmosphäre, die aus unruhigem Erwarten und Mißtrauen resultiert, in Äthiopien und besonders in Addis Abeba herrscht.

Der Sturz Haile Selassies - Resultat von Massenkämpfen

Beansprucht man, über ein erst vor einem Jahr gebildetes Regime - das daher auch noch nicht die Zeit gehabt hat, Bedeutendes zu vollbringen, - ein abschließendes Urteil zu fällen, so wäre das zumindest ein Wagnis. Wohl aber dürfte ein Jahr genügen, um einige allgemeine Tendenzen anzugeben. Auch wollen wir diese Tendenzen bevorzugt dadurch herauszuarbeiten



Die "3 starken Männer" des äthiopischen Militärregimes: Mengistu, Benti und Atnafu (v.l.) und Demonstranten am 1. Jahrestag der Revolution in Addis Abeba.

versuchen, daß wir die Praxis des Militärregimes mit seinen eigenen Versprechen konfrontieren und indem wir seine Haltung gerade zu jenen Bevölkerungsschichten überprüfen, die eine entscheidende Rolle beim Aufstand vom Februar 1974 und beim Sturz der Feudalherrschaft gespielt haben.

Denn man darf nicht vergessen, daß der DERG nicht durch eine von ihm selbst genährte Verschwörung, sondern getragen von jener breiten Bewegung an die Macht kam, die die Mehrheit der äthiopischen Massen erfaßte. Diese politische Lage hat die Manövrierfähigkeit des DERG von vornherein eingeschränkt. Sie drückte dem Militärregime ihren Stempel auf und drängte sie zur Einleitung bestimmter Maßnahmen, denen es zunächst reserviert, wenn nicht sogar unverhohlen feindlich gegenüberstand.

Das „Provisorium“ scheint von Dauer

Bei der Übernahme der Regierungsgewalt mußte der DERG, da die Massen Äthiopiens die politische Bühne betreten hatten und da sie sich entschlossen zeigten, dort zu bleiben, den Schutz und die Weiterführung der Februarrevolution versprechen. Desgleichen konnte der DERG nicht beanspruchen, daß seine Regierung mehr als "provisorisch" sei.

All die Probleme, die sich heute dem DERG stellen - die Bekanntmachung und die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seiner Reformvorhaben, die Bürgerkriegssituation in den ländlichen Gebieten - sind von den äußeren

Umständen seiner Machtergreifung nicht zu trennen.

Zum damaligen Zeitpunkt wurde energisch die Bildung einer provisorischen Volksregierung von den Massen Äthiopiens gefordert und zwar: vom Gewerkschaftsbund, den Studenten, der Lehrerschaft, den Beamten und auch von den in bestimmten südlichen Regionen geschaffenen Bauernkomitees. Diese Forderung hat der DERG mit der Verhaftung von Gewerkschaftsführern und Beamten beantwortet, begleitet von wiederholten Versicherungen des DERG, daß seine Rolle "provisorisch" sei und daß er die Macht an das Volk übergeben wolle, "sobald die Situation sich stabilisiert haben wird". Aber ein Jahr danach scheint alles darauf hinzuweisen, daß der DERG beabsichtigt, auf unbestimmte Zeit im Amt zu bleiben. (...)

Revancheakte der Feudalreaktion

Nach einjähriger Erfahrung kommt man nicht umhin zu konstatieren, daß die Verweigerung demokratischer Freiheiten und die repressiven Maßnahmen seitens des DERG die reaktionären Kräfte keineswegs an der Organisation konterrevolutionärer Gegenbewegungen zu hindern vermochte. Vielmehr haben die konterrevolutionären Kräfte ständig Revancheakte verübt und vor allem gegen die Volksmassen losgeschlagen.

Man kann auch nicht leugnen, daß in Äthiopien der DERG oder genauer die sieben "starken" Männer, nämlich der Oberst Atnafu, die Majore

Mengistu, Kiros, Sisaya, Fiseha Desta, Merid und der Hauptmann Moges, eine unumschränkte Herrschaft ausüben. Außerdem sieht man, daß der Sicherheitsapparat Haile Selassies nicht nur beibehalten, sondern noch ausgeweitet wurde (durch Personal und Finanzmittel); eine einzige Änderung wurde vorgenommen: Statt "Öffentlicher Sicherheitsdienst" nennt er sich heute "Öffentlicher Wohlfahrtsdienst"!

Im Zentrum der Widersprüche zwischen Militärregime und Volksmassen begegnet man Problemen, die der Struktur, dem Klassencharakter und der politischen Rolle des DERG innewohnen - was von Anfang an in der Lähmung radikaler, von ihm selbst erlassener Reformvorhaben sichtbar wurde.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen DERG und Arbeitern ist in dieser Hinsicht von Bedeutung.

Der DERG und die Arbeiter

Anfänglich war das Verhältnis - wenn auch durch beiderseitiges Mißtrauen geprägt - durch eine Tendenz zur Annäherung gekennzeichnet. Das erste Zerwürfnis trat bereits zum Zeitpunkt der Machtergreifung des DERG im September 1974 zutage. Der Gewerkschaftsbund, der damals gerade einen Kongreß abhielt, hatte eine Resolution verabschiedet, die Forderungen nach demokratischen Freiheiten und nach der Bildung einer provisorischen Volksregierung enthielt. Der DERG übte sofort Druck aus und versuchte, eine Abänderung dieser Resolution durchzusetzen. Und als die CELU sich weigerte zu gehorchen, wurden drei ihrer Führer verhaftet (sie sind immer noch im Gefängnis).

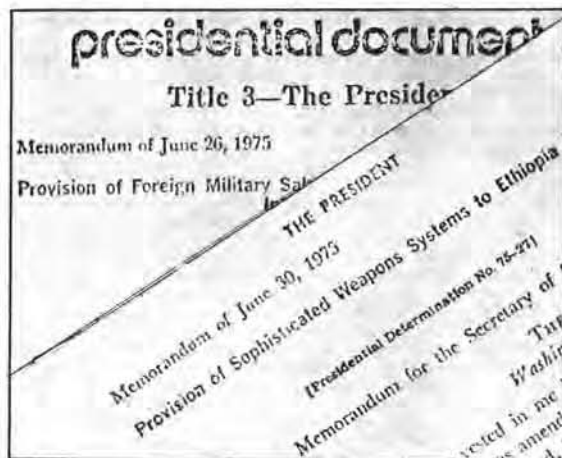
Die Kluft vertiefte sich noch, als der DERG versuchte, Betriebskomitees zu gründen und zu leiten, in denen Arbeiter und Unternehmer sich Seite an Seite fanden und deren Aufgabe es sein sollte, den "sozialen Frieden" in den Fabriken aufrechtzuerhalten; und als er sich gleichzeitig bemühte, die CELU zu "unterwandern", indem er sich besonders auf einige ihm ergebene Führer, darunter Alem Abdi, stützte. Infolge dieser Manöver wurde das Erscheinen der "Stimme der Arbeiter", der kämpferischen Zeitung der CELU, eingestellt.

Kraftprobe mit dem Gewerkschaftsbund CELU

Aber die Unzufriedenheit unter den Arbeitern hat sich vergrößert. Anlässlich des 1. Mai 1975 gingen sie zur Offensive über, als sie auf ihren Manifestationen die Absetzung Alem Abdis forderten, während ein Teil von ihnen sogar so weit ging, Rufe wie "Nieder mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus" anzustimmen.

US-Präsenz in Äthiopien

Faksimiles von Dokumenten des US-Präsidenten. Gerald Ford fordert Kredite und „F 5“-Flugzeuge für den DERG.



Memoranden des US-Präsidenten Ford:
"Beschaffung von hochentwickelten Waffensystemen für Äthiopien"

Wenn Zweifel in bezug auf die antifeudalen Zielsetzungen des DERG angebracht scheinen, so besteht noch größerer Anlaß, die Politik des Antiimperialismus, die das neue Regime für sich beansprucht, anzuzweifeln. Nachdem die USA im November 1974 nach der Hinrichtung Aman Andoms einige Vorbehalte gegenüber dem DERG äußerten, verbergen sie nun nicht mehr ihr Interesse, dem Militärregime in Addis Abeba Waffen zu liefern (worauf die Abbildung des obigen US-Dokumentes hinweist). Es ist sicher kein Zufall, daß die Weltbank dem DERG ein Darlehen von 81 Millionen Dollar bewilligt hat und beabsichtigt, diesen Kredit für das Jahr 1976 zu erneuern; und es ist auch kein Zufall, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe für Äthiopien denselben Umfang erreicht hat, wie zu den Zeiten, da die Beziehungen zwischen Washington und Haile Selassie zum besten standen.

Als Gegenleistung hat der DERG jeden Angriff auf den US-Imperialismus in Funk, Fernsehen oder Presse untersagt. Außerdem hat er sein Versprechen, alle ungleichen Verträge zwischen Washington und Haile Selassie zu respektieren, eingehalten. Diese Verträge berechtigen die USA u.a. dazu, Militärbasen auf äthiopischem Territorium zu errichten sowie Häfen und Flughäfen des Landes für militärische Zwecke zu benutzen. Die amerikanischen Militärberater und CIA-Agenten befinden sich in Addis Abeba noch immer auf ständigem Posten und der DERG hat eine große Anzahl seiner Offiziere in die USA - insbesondere in die Washington Police Academy - geschickt, um sie mit den Methoden des Kampfes "gegen Aufständische und Kommunisten" vertraut zu machen. Trotz der Verstaatlichungen, von denen amerikanische Gesellschaften nur teilweise betroffen wurden, ist die Wirtschaftspolitik des DERG auf die Ermunterung ausländischer Investitionen in den strategischen Sektoren gerichtet sowie auf die Schaffung von Kapitalgesellschaften mit ausschließlich ausländischer Beteiligung oder von gemischten Gesellschaften mit Staatsbeteiligung.

Die Arbeiter griffen zu noch schärferen Mitteln, indem sie Alem Abdi und einige seiner Freunde in ihre Gewalt brachten und in den Büros des neuen Sitzes der CELU einsperreten. Diese Kraftprobe wurde vorläufig beendet,

indem die Armee den Sitz der CELU plünderte, Alem Abdi befreite und schließlich mit der Zusage des DERG, die Organisierung neuer Gewerkschaftswahlen zu erlauben. Dann aber hielt der DERG dieses Versprechen nicht ein und kündigte stattdessen das Verbot der CELU an unter dem Vorwand, daß "die internen Machtkämpfe der Motor für Unruhen wären" und daß der Gewerkschaftsbund überhaupt ein Instrument des Imperialismus sei - was früher einmal richtig war, aber seit 1975 nicht mehr zutrifft.

Dieser Herausforderung wurde postwendend begegnet von den Studenten, die in Addis Abeba und in verschiedenen ländlichen Gebieten demonstrierten, und von zahlreichen Gewerkschaften, darunter von Organisationen der Lehrer, die ein Dokument publizierten, das den DERG scharf angriff - während die CELU zum Generalstreik für den 30. Mai 1975 aufrief.

Alles schien darauf hinzuweisen, daß die Front des Volkes aus den Februartagen des Vorjahres im Begriff war, wiederzuerstehen.

Gestärkte Position der CELU

Der DERG wich mit Bedacht einen Schritt zurück. Er rehabilitierte die CELU. Wahlen wurden organisiert, bei denen die wirklich aktiven Mitglieder in die Leitung der neuen CELU Eingang fanden. In ihrer ersten Resolution verlangte die CELU-Führung die Respektierung der demokratischen Freiheiten, die Freilassung aller eingekerkerten fortschrittlichen Kräfte ebenso wie die Nationalisierung des Bodenbesitzes im städtischen Bereich. Nach diesem Sieg der CELU bleibt das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftern und dem DERG angespannt. Ein neuer Konflikt wurde durch einen Streik der Transportarbeiter des öffentlichen Dienstes in der Provinz und durch die Verhaftung zweier ihrer Gewerkschaftsführer ausgelöst. Schließlich trägt auch die vor kurzem erfolgte Verhaftung eines der stellvertretenden Sekretäre der CELU, der wegen politischer Äußerungen gegenüber der Zematchoch angeklagt ist, nicht zur Entspannung des Klimas bei.

So ist auch absehbar, daß sich die Widersprüche zwischen dem DERG und den Arbeitern aufs Neue zuspitzen und in eine Kraftprobe von noch größerem Ausmaße einmünden werden. (...)

Stand der Agrarreform ...

Die Agrarreform, die der DERG unter dem Druck der Volksmassen vornahm, hat den Klassenkampf auf dem Lande noch verschärft.

Die Bauern haben begonnen, Ländereien der Feudalherren zu besetzen und, mit Hilfe der

Zematchoch, Kampfkomitees zu gründen. Da sie die Agrarreform als den Anfang eines offenen Krieges gegen die Großgrundbesitzer ansahen, richteten sie - was auch als Ausdruck eines hohen politischen Bewußtseins zu werten ist - an die Regierung die Forderung nach Zuteilung von Waffen. Denn unter dem Druck der Massen hat der DERG zwar theoretisch - d.h. auf dem Papier - die Feudalherrschaft abgeschafft, die Bauernmassen hingegen verlangen, daß die Revolution in die Praxis umgesetzt wird. Der DERG, der mit einer derartigen Entwicklung nicht gerechnet hatte, steht jetzt vor einem echten Dilemma.

Die heutigen Verhältnisse in den ländlichen Gebieten der nördlichen Provinzen zeigen wohl, daß die Agrarreform dort keine Fortschritte zeitigt.

Mit Appellen an die religiösen, regionalistischen und nationalistischen Gefühle versuchen die Großgrundbesitzer fortwährend, die Bauernschaft gegen das neue Regime zu mobilisieren. Andererseits trägt der DERG mit seiner Weigerung, die gegen die Feudalherren kämpfenden Bauern zu bewaffnen, mit seiner Unschlüssigkeit in der Durchführung radikaler Maßnahmen gegen die Feudalherren (bei gleichzeitiger Repression gegen aufständische Leibeigene), selbst objektiv dazu bei, daß hinsichtlich seiner antifeudalen Absichten Zweifel aufkommen.

In den südlichen Provinzen, wo Pachtverhältnisse typisch sind und die Unterdrückung der nationalen Minderheiten tagtäglich stattfindet, verschärft sich der Klassenkampf zwischen Landeignern und armen Bauern.

Zweifel in der Bauernschaft

Zahlreiche wehrlose Bauern wurden durch die Feudalherren und ihre Handlanger ermordet (so geschehen in Kaffa, Sidamo, Illubabaor, Wollega oder Shoa). In anderen Bezirken organisierten sich die Bauern, indem sie Gerichte und bewaffnete Komitees schufen. So besetzten sie Ländereien und entwaffneten die Großgrundbesitzer (in Wollamo, Sodo, Sidamo usw.), die in den Provinzstädten Jima, Maki Wolliso, Lekemt oder Awasa Zuflucht suchten. Solche Ereignisse haben einige Beobachter veranlaßt zu erklären, das Land befände sich in einem Zustand des Bürgerkrieges.

Wichtiger ist aber die Tatsache, daß - besonders innerhalb der Bauernschaft - viele Äthiopier die Ziele des DERG anzweifeln. Trotz des Gesetzeserlasses über die Agrarreform und trotz der antifeudalen Erklärungen wird deshalb auch häufig der Schluß gezogen, daß die Militärregierung der Bewegung zur Befreiung

der Bauernschaft feindlich gesinnt sei. In verschiedenen Teilen des Landes vertreten manche Zematchoch sogar die Meinung, daß die Agrarrevolution nur im Kampf gegen die Militärregierung und ihre Bürokratie erfolgen könne.

Abgesehen davon, ob eine solche politische Haltung berechtigt ist, muß man gestehen, daß es nicht an Gründen fehlt, die solche Zweifel an den antifeudalen Absichten des DERG hervorrufen können.

So hat die Regierung beispielsweise im Gegensatz zu ihren früheren Erklärungen für die Bauern, die sich bei den Streitkräften verpflichtet haben, nur Vergütungen bewilligt, die niedriger als die allgemeinen Solderrhöhungen (von 125 bis 200 Dollar für einen einfachen Soldaten) liegen. Mindestens 21 Besitzgüter (awrajas) sowie Ländereien von Ausländern wurden, dem DERG zufolge, vom Nationalisierungserlaß "vorläufig" ausgenommen...

Ein Jahr nach dem Sturz Haile Selassie herrscht in den ländlichen Gegenden Äthiopiens ein Zustand sozialer Gärung. Durch seine Weigerung, die Landarbeiter zu bewaffnen, durch seine Unterdrückungsaktionen gegen letztere und die Zematchoch, durch sein Zögern, rasche Maßnahmen gegen Feudalherren und Landeigner zu treffen, hat der DERG das Vertrauen der Bauernmassen eingebüßt. Diese Situation, deren Gefährlichkeit nicht zu übersehen ist, wird zweifellos für das Schicksal der Militärregierung und die Zukunft Äthiopiens von vorentscheidender Bedeutung sein.

Ungelöste Nationalitätenprobleme

Was das Problem der unterdrückten Nationalitäten angeht, so bringt die Politik des DERG ebenfalls keine zufriedenstellende Lösung, was der brutale Krieg dokumentiert, der Eritrea verwüstet.

Die Unfähigkeit des Militärregimes, die Agrarfrage im Süden zu lösen, ist von seinen chauvinistischen Ansichten in der Nationalitätenfrage nicht zu trennen. Der DERG hat die Realität der Unterdrückung der Nationalitäten geleugnet und auf verantwortungslose Weise die Losung des "Vereinigten Äthiopiens" (einstige demagogische Parole Kaiser Haile Selassie, d.Red.) benutzt. Seine Unterdrückungsaktionen gegen Nationalisten wie Tadesse Biru hat Verbitterung hervorgerufen, das nationalistische Bewußtsein und die nationalistischen Forderungen noch verstärkt. Das Erscheinen von Anti-DERG-Zeitungen, wie Billisuma, deren Inhalt rein nationalistischen Charakter hat, sind

ein Beweis dafür.

Ebenso hat die Repression in den Gebieten der Afaren die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungssteilen Äthiopiens geschürt. So muß man ein Jahr nach seiner Machtübernahme feststellen, daß der DERG ein Land regiert, das genauso uneins ist wie früher.

Die instabile allgemeine Lage trägt zur Verschärfung der Machtkämpfe innerhalb des DERG bei, in dem die rechten Elemente wie Major Sisaye ihre Position gefestigt haben. Die Umsturzversuche häufen sich und die Säuberung innerhalb der Armee von "radikalen Elementen" wird systematisch durchgeführt, insbesondere in Eritrea, wo sowohl Offiziere als auch einfache Soldaten wegen "Ungehorsam" hingerichtet wurden. (...)

Die Fesseln des „äthiopischen Sozialismus“

Angesichts der Vielfalt der angehäuften Probleme, angesichts der inneren Instabilität des DERG und seiner Unfähigkeit, das Vertrauen der Massen zu gewinnen, neigt die Militärregierung immer mehr dazu, die Gewalt als Überzeugungsmittel anzuwenden.

Während die von ihr verabschiedeten, an sich radikalen Reformen Zustimmung unter den Massen finden, rufen ihre bürokratischen Methoden und die zögernde Haltung bei der Anwendung der Reformvorhaben Mißbilligung und Verzweiflung hervor. Wenn die ehemaligen Eigentümer der verstaatlichten Banken als Direktoren derselben unter dem Vorwand, sie hätten dem "äthiopischen Sozialismus" zugestimmt, eingesetzt werden, hat das Volk Grund zur Beunruhigung. Wenn die Volksmassen zusehen, wie ihnen jedes Recht und jede Beteiligung an der Machtausübung vorenthalten wird, ist es dann verwunderlich, wenn sie häufig die Meinung vertreten, die Verstaatlichungen würden ausschließlich der Bourgeoisie und der neuen Bürokratie zugutekommen?

Der "äthiopische Sozialismus" vermochte die Herzen der Massen noch nicht zu erobern. Ein Jahr danach befinden sich alle Volkskräfte, die den Sturz des Regimes Haile Selassie mit herbeiführten, obzwar mit verschiedenen Abstufungen, in Opposition zum DERG. Diese Regierung, die isoliert und mit gebundenen Händen dasteht, hat wiederholt erklärt, der "äthiopische Sozialismus" orientiere sich nicht an einem ausländischen Vorbild. Welchen Weg aber wird er gehen? Die Erfahrungen dieses ersten Jahres liefern hierfür keine ermutigenden Anzeichen.

(Quelle: *afrique asie*, Paris, Nr. 93 und 94/1975)

Adressenänderung bitte rechtzeitig bekanntgeben!

Lothar A. Heinrich

Religionskrieg oder Klassenkampf im Libanon?



Am 13.4.1975 überfiel ein Kommando der faschistischen Kataeb-Partei einen vollbesetzten Bus, der Mitglieder und Familienangehörige der Arabischen Befreiungsfront (ALF) von einer Gedenkfeier zurückbrachte. Bei diesem Anschlag im Beiruter Christenviertel Ain el-Roumaneh wurden 28 Palästinenser, unter ihnen Frauen und Kinder, getötet und viele weitere schwer verletzt¹⁾. Dieses Verbrechen löste die bis heute andauernden Kämpfe in Beirut, aber auch in anderen Teilen des Libanon, aus. In den bürgerlichen Medien der BRD wird der Konflikt allzuhäufig vordergründig als Religionskrieg, nämlich zwischen Christen und Muslims, dargestellt. Dabei werden jedoch Form und Inhalt der Auseinandersetzung verwechselt.

Die historischen Wurzeln des „Religionskrieges“

Der Libanon ist das einzige arabischsprachige Land, in dem ein nennenswerter Anteil der Bevölkerung christlich ist. Die Maroniten, die heute die stärkste christliche Kirche im Libanon sind, sind dem Vatikan unterstellt, ha-

ben aber einen eigenen Patriarchen²⁾. Während der Kreuzzüge verbündeten sie sich mit ihren Glaubensbrüdern und wurden daher in der Folgezeit - also nach der Zerschlagung aller christlichen Staaten im Nahen Osten - von der muslimischen Staatsmacht als Fremdkörper betrachtet und entsprechend schlecht behandelt. Das sollte sich erst grundlegend mit der Errichtung des französischen Protektorats im Libanon und in Syrien ändern. Allerdings kennt die libanesische Geschichte schon frühere konkrete Beispiele von Auseinandersetzungen, die nicht dem konfessionellen Muster folgten. Von großer Berühmtheit ist hier die Geschichte der "Kommune von Kasrawan". Im Jahre 1858 brach die erste bekannt gewordene Bauernrevolte in der libanesischen Geschichte aus, in der sich die christlichen Bauern gegen ihre ebenfalls christlichen Sheikhs der Al-Khazen Familie erhoben und eine plebejisch-republikanische Regierungsform schufen. Die christlichen Feudalherren wandten sich an die Feudalherren der südlibanesischen Drusen, einer muslimischen Sekte, um

Unterstützung. Schließlich gelang es ihnen im Jahre 1860, die Kommune mit der Hilfe der Drusen, der Osmanen (Türken) und der europäischen Kolonialisten im Blut zu ersticken³⁾. Hier wurde also schon deutlich, daß die Klassegegensätze im Endeffekt die Oberhand über konfessionelle Gegensätze behalten, obwohl diese von den Osmanen intensiv geschürt wurden, um die lokalen Feudalherren gegeneinander auszuspielen und so gegenüber der "Hohen Pforte" (Regierung des osmanischen Reiches in Konstantinopel) zu schwächen.

Das Eindringen des französischen Imperialismus

Mit dem Eindringen des europäischen - vor allem des französischen - Imperialismus in den Libanon änderte sich die gesellschaftliche Stellung der Christen wesentlich. Der Libanon wurde vom französischen Imperialismus, der das Land zwischen 1918 und 1943 als Mandatsmacht verwaltete, zum Finanz- und Handelszentrum des Nahen Ostens ausgebaut. Dabei stützte sich die Mandatsmacht vor allem auf den christlichen Bevölkerungsteil - damals über 50% der Gesamtbevölkerung - dessen herrschende Klasse sich zur Kompradorenbourgeoisie entwickelte, ohne dabei allerdings ihren zumindest politisch feudalen Charakter aufzugeben.

Die bis heute wirkende Kombination des Feudalismus mit dem Konfessionalismus geht auf das Ende des 19. Jahrhunderts von den europäischen Mächten dem Libanon aufoktrozierten Regierungssystem des "Nizam al-Mutassarifijja" zurück. Damals erhielt der Libanon eine innere Autonomie von den Osmanen und wurde von einem Regenten zentralistisch regiert. Dieser unterstand der Kontrolle eines 12köpfigen Rates, dessen Mitglieder erstmalig nach dem - im wesentlichen noch heute bestehenden - konfessionellen Proporz gewählt wurden. Die wählenden waren die "za'im", die feudalen Führer. Der Feudalismus wurde also mit den Institutionen eines modernen Staatswesens verbunden. Obwohl später, unter französischer Herrschaft 1922, das erste libanesische Parlament gewählt und vier Jahre darauf das erste Kabinett gebildet wurde, hat die geschilderte Struktur bis heute überdauert⁴⁾. Entsprechend sind auch heute die meisten Parlamentarier "za'ims" ihrer überwiegend konfessionellen Gemeinschaft. Das gilt durchweg für die rechten christlichen Politiker, das gilt aber auch für den Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei, den Drusenführer Kamal Djumblatt.

Der gegenwärtige Proporz, der vom annähernden zahlenmäßigen Gleichgewicht zwischen Christen und Muslims ausgeht, beruht auf der unge-

schriebenen "Charta von 1943". Er sieht für alle Staats- und Regierungsinstitutionen ein Verhältnis von 6 Christen zu 5 Muslims vor. Im Parlament sind entsprechend 54 der 99 Abgeordneten Christen. Der Präsident soll ein maronitischer Christ sein, der Ministerpräsident ein sunnitischer Muslim, der Parlamentsvorsitzende ein schiitischer Muslim usw.⁵⁾. Das hier zutage tretende Zahlenverhältnis fußt jedoch auf der Volkszählung von 1932.

Der deutlich werdenden vorrangigen Machtstellung des christlichen Bevölkerungsanteils entspricht aus den genannten Gründen in weit stärkerem Maße seine wirtschaftliche Stärke. Charakteristisch für den Libanon, die sogenannte "Schweiz des Nahen Ostens", ist die Dualität eines hochentwickelten Finanz- und Banksystems, das in der Hauptstadt Beirut zentriert ist, und die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit im Bereich der Landwirtschaft und Industrie. Diese Dualität wird noch durch die krassen regionalen Gegensätze verschärft. Dabei sind die von den Muslims bewohnten Gebiete im Süden, Norden und Osten die rückständigsten des Landes.

Die „Schweiz des Nahen Ostens“

Der Finanzsektor dient im wesentlichen als Umschlagplatz zur Abwicklung von Geschäften zwischen den imperialistischen Ländern und den wohlhabenden arabischen Ländern der Golfregion. Nach den Schätzungen einer Beirut Bank profitiert das Land jedoch von mehr als der Hälfte der finanziellen und kommerziellen Transaktionen kaum⁶⁾. Die daraus folgende Unterentwicklung zeigt sich im Anteil des industriellen und landwirtschaftlichen Sektors am Bruttonationalprodukt, der zusammengenommen weniger als 30% beträgt, obwohl in diesen Sektoren 40-45% der Bevölkerung beschäftigt sind⁷⁾. Ein liberales Wirtschaftssystem, das von der Washington Post als "nahöstliche Karikatur von Dickenschem Frühkapitalismus" bezeichnet worden ist⁸⁾, hat eine Einkommensverteilung aufrechterhalten und weiter gefördert, bei der die meist christlichen "200 Familien", das sind knapp 5% der Bevölkerung, sich über 50% des Nationaleinkommens aneignen - gegenüber 12-15% für das gesamte ländliche und städtische Proletariat⁹⁾. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der libanesischen Bourgeoisie beschränken sich fast ausschließlich auf unproduktive Sektoren mit kurzfristigen enormen Gewinnchancen. Beispielhaft hierfür ist die Boden und Wohnungsspekulation. So kostete der Quadratmeter Boden im Beirut Hamra-Viertel 1967 ca. 240 DM, Anfang 1975 allerdings schon 19.000 DM. In gewissen Bergorten, in



Falange-Führer P. Gemayel im Kreise seiner Leibgarde

die sich die Bourgeoisie im Sommer zurückziehen beliebt, versechsfachte sich der Preis im Laufe von zwei Jahren¹⁰⁾. Die daraus entstehenden Gewinne kommen voll und ganz den Eigentümern zugute, die praktisch keine Steuern zu zahlen brauchen.

Eine besondere Stellung innerhalb der herrschenden Klasse nimmt die Maronitische Kirche ein. Sie besitzt 20% des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens, 85% aller Schulen, 90% der Hospitäler und Polikliniken und eine überaus große Zahl von Immobilien. Dieses Vermögen wird von einem kleinen Kreis von Prälaten verwaltet, deren uneingeschränkter Herr der Bischof Charbal al-Khassis ist¹¹⁾.

Die Auswirkungen der Krise

Dieser auch noch extrem protzig auftretenden parasitären Bourgeoisie steht die Masse des libanesischen Volkes, Christen ebenso wie Muslims, gegenüber. Die ärmste Bevölkerungsgruppe sind die zum größtenteil schiitischen Muslims aus dem Süden des Landes. Im Zuge der Flucht vor den israelischen Terrorangriffen auf diese Region, aber auch im Rahmen der allgemeinen Landflucht haben sich gerade von ihnen viele in den Elendsquartieren rund um Beirut angesiedelt. Durch die allgemeine kapitalistische Krise hat sich das Los des libanesischen Proletariats und auch der Kleinbourgeoisie noch weiter verschlechtert. Der Sekretär des Zentralkomitees der Libanesischen Kommunistischen Partei (PCL), Nadim Abdel Samad, faßt die Auswirkungen dieser Krise folgendermaßen zusammen:

"...rasches Ansteigen der Arbeitslosenzahl und Verstärkung der Inflation, wachsendes Zahlungs- und Handelsbilanzdefizit, ungeheuerliche Ausmaße zunehmender Bodenspekulation, ständig

fortschreitende Steigerung der Preise für Massenbedarfsgüter, Erhöhung der Mieten und Pachtzinsen, chronische Stagnation im Handel, im Dienstleistungsbereich und Bauwesen, Rückgang der Transportleistungen im Transitverkehr, Verheimlichung der Profite und Steuerhinterziehung der Kapitalisten sowie zahllose Finanzaffären und ungesetzliche Geschäfte beschleunigen das Herannahen der Krise... Mehr noch - Libanon ist im Begriff, seine Rolle als einziger und wichtigster Finanzmarkt der Region zu verlieren, erstens infolge der Konkurrenz Irans und Kuweits, zweitens infolge der nun schon acht Jahre andauernden Aggression Israels gegen die südlichen Bezirke Libanons und drittens infolge der immer labiler werdenden innenpolitischen Lage". 12)

Die zwei antagonistischen Lager

Vor diesem Hintergrund müssen die Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die jetzt offensichtlich einem Höhepunkt zustreben, gesehen werden. Das innenpolitische Kräftefeld wird von zwei antagonistischen Lagern bestimmt: denen, die das alte System erhalten wollen, und ihren Gegnern. Die erste Gruppe ist aus den genannten Gründen mehrheitlich christlich. Die ideologischen Auswirkungen der sozioökonomischen Rückständigkeit und die Anheizung von Emotionen durch die unmittelbare Erfahrung des Bürgerkrieges bewirken, daß sich hier auch ein großer Teil von Christen einfindet, die ihrer objektiven Klassenlage zufolge auf Seiten der Linken stehen müßten. Auf der Gegenseite finden sich entsprechend nicht nur proletarische Kräfte, sondern auch muslimische "za'ims", die genötigt sind, ihre längerfristigen Klasseninteressen zurückzustellen, um nicht ihre Basis völlig zu verlieren.

Die Hauptprotagonisten der christlichen Rechten sind der Präsident der Republik, Soleiman Frangié, der Innenminister und Vorsitzende der National Liberalen Partei, Camille Chamoun, unter dessen Regierung 1958 US-Marines die Herrschaft der Kompradoren und Feudalherren retteten, und schließlich die als bewaffneter Stoßtrupp 1932 nach Mussolinis Vorbild gegründete faschistische Kataeb-Partei (Falange) unter Pierre Gemayel.

Auf der Gegenseite steht vor allem die Front der demokratischen Kräfte. Zu ihr gehören die Sozialistische Fortschrittspartei (PSP) Kamal Djumblatts, der auch der Führer der Front ist, die PCL und die OACL (Organisation der kommunistischen Aktion Libanons), die sich als links von der PCL stehend wähnt und vor allem mit der palästinensischen Organisation FDPLP zusammenarbeitet¹³⁾.

Auf der Seite der progressiven Kräfte stehen ferner die Nasseristen und die pro-syrischen bzw. pro-irakischen Baathisten. Eine nicht unwesentliche, wenn auch tendenziell zentristische Position nimmt die schiitische Bewe-



N. Hawatmeh (PLO)

K. Djumblatt

gung der Entrechteten des Imam Sadr ein. Auch die Gewerkschaftsbünde CGT und mehr noch die FENASOL sind hinzuzurechnen.

Die Rolle der Milizen

Wie die libanesische Zeitung An-Nahar am 22.8.1975 berichtete, bestanden damals insgesamt 15 offizielle Milizen, die zusammen 150.000 Mann unter Waffen hatten und über ca. 300.000 Feuerwaffen verfügten¹⁴⁾. Hinzu kommt allerdings eine nicht genau bekannte Zahl rein privater Milizen und solche religiöser Gruppen. Zu ihnen gehören die Leibgarden der genannten Politiker, aber auch die noch rechts von der Kataeb stehenden Geheimbünde Front der Verteidiger der Zeder und die Miliz der Maronitischen Liga. Beide werden vom Orden der maronitischen Mönche, deren Führer der erwähnte Al-Khassis ist, finanziert. Über die älteste und bislang auch wohl bestgerüstete Miliz verfügt die Kataeb. Demgegenüber hat beispielsweise die Kommunistische Partei erst als Reaktion auf den von den Rechten ausgelösten Bürgerkrieg eine Miliz gebildet. Ihre Mitglieder sind größtenteils Arbeiter und - außerhalb Beiruts - z.T. Pächter auf den Lati-fundien. Die Miliz der Kataeb rekrutiert sich demgegenüber in erster Linie aus dem Kleinbürgertum. Die rechten Gruppen schicken ihre Kader zur Ausbildung in westeuropäische und konservative arabische Staaten. Darüber hinaus werben sie Söldner mit einschlägigen Erfahrungen, so z.B. den ehemaligen Fremdenlegionär René Gaudet, der die Privatarmee (ca. 200 Mann) des mit den Chamounisten verbündeten Geschäftsmannes Henri Sfeir befehligt¹⁵⁾. Mitte September wurde ein Ausbilder der Kataeb, das ehemalige OAS-Mitglied und späterer Söldner im Jemen und in Angola, Jean Kay, erschossen¹⁶⁾. Laut El Moudjahid tauchten im

Mai d.J. ca. 90 westdeutsche und amerikanische als Touristen eingereiste Bürgerkriegsspezialisten im Land unter¹⁷⁾. Die Waffen der rechten Kräfte stammen daher auch überwiegend aus westlichen Ländern und natürlich auch aus Israel¹⁸⁾. So berichtete das Zentralorgan der PCL, An Nida, Ende April 1975, daß ein westdeutsches Schiff im Hafen von Joûnié Waffen für die Kataeb gelöscht habe¹⁹⁾.

Die Milizen der progressiven Parteien werden in erster Linie von den verschiedenen palästinensischen Organisationen ausgebildet und ausgerüstet, erhalten aber wohl auch Unterstützung von arabischen Staaten, wie Libyen, und den sozialistischen Ländern²⁰⁾.

Das Reformprogramm der fortschrittlichen Parteien

Der Klassencharakter der antagonistischen Parteien macht deutlich, daß die Auseinandersetzungen in erster Linie innerlibanesischen Charakter haben und die sozioökonomische Struktur des Landes betreffen. Entsprechend liegen hier die hauptsächlichen Forderungen der progressiven Parteien. Obwohl sich das konfessionelle Zahlenverhältnis inzwischen eindeutig zugunsten der muslimischen Bevölkerung verschoben hat (ca. 60%), fordern diese in der demokratischen Front zusammengeschlossenen Parteien in ihrem Mitte August 1975 vorgelegten Reformprogramm nicht etwa die Umkehrung des Proporz, sondern seine Aufhebung und grundlegende demokratische, soziale und politische Reformen für die Mehrheit der Bevölkerung ohne Ansehen der Religionszugehörigkeit.

Diese zentralen Forderungen werden von der rechten Bourgeoisie völlig abgelehnt. Stattdessen bringt sie ein anderes Problem in die Diskussion, das der Anwesenheit der ca. 300.000 Palästinenser und ihrer Organisatio-

nen auf libanesischem Boden. Obwohl die palästinensischen Organisationen, vor allem die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, immer wieder erklärt haben, daß sie an innerlibanesischen Konflikten nicht teilzunehmen wünschten, haben sich die Terrorangriffe der libanesischen Reaktion im allgemeinen zunächst gegen sie gerichtet. Daher überschrieb El Moudjahid am 16.4.1975 einen Artikel "Der palästinensische Widerstand steht vor einem neuen Komplott - Die Falangisten auf den Spuren Husseins". In der Tat zeigt das zeitliche Zusammenspiel von israelischen Terrorangriffen auf die Zivilbevölkerung im Südlibanon, ihre materielle Unterstützung für die Kataeb und die - laut Time - aktive Beteiligung israelischer Agenten an den Kämpfen in Beirut mit der Passivität der Armee bei der Verteidigung der Staatsgrenze und mit den Überfällen der Kataeb das Interesse der Israelis und der libanesischen Reaktion an einer Neuaufgabe des "schwarzen Septembers". Allerdings liegen hierbei die unmittelbaren Interessen der Komplizen auf verschiedenen Ebenen.

Terrorangriffe gegen den palästinensischen Widerstand

Während Israel an der Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes an und für sich interessiert ist und sich dafür der lokalen Reaktion der arabischen Länder bedient, ist die libanesische Rechte in erster Linie an ihrer sozioökonomischen Herrschaft im Lande interessiert. Diese Herrschaft sieht sie durch den nicht zuletzt ideologischen Einfluß des palästinensischen Widerstandes bedroht. Hat der nationale Pakt von 1943 die politische Absonderung des Libanon von den arabischen Ländern verfestigt, so hat die Existenz des palästinensischen Widerstandes und der unmittelbare Kontakt mit ihm vor allem den muslimischen Teil der libanesischen Bevölkerung in einer tendenziell sozialrevolutionären Weise mit der arabischen Nation verbunden. Aus naheliegenden Gründen muß das sowohl die aktive Feindschaft der libanesischen Reaktion als auch des Imperialismus und des von ihm finanzierten zionistischen Israel mit sich bringen. Die Reaktion versucht dabei einerseits, einen Keil zwischen die libanesische Bevölkerung und die Palästinenser zu treiben, indem sie diesen die Schuld an den israelischen Terroranschlägen gibt. Da das jedoch weniger denn je gelingt, löst sie bürgerkriegsähnliche Zustände aus und fordert gleichzeitig das Eingreifen der Armee, um eben diese Zustände zu beenden. Da die Armee jedoch in ihrer Führung christlich ist und ihren antinationalen Charakter in der Vergangen-

heit bewiesen hat, indem sie zwar nie versucht hat, die israelischen Überfälle zu vereiteln, stattdessen aber des öfteren im Interesse der "200 Familien" gegen die werktätige Bevölkerung vorgegangen ist, lehnen die progressiven und muslimischen Kräfte das Eingreifen dieser Bürgerkriegstruppe bisher mit Erfolg ab. Es bleibt allerdings zu erwähnen, daß seit Beginn des Bürgerkrieges ein Regiment mit Zustimmung des Präsidenten Frangié - natürlich geheim - auf Seiten der Kataeb kämpft²¹⁾. Ein offenes generelles Eingreifen würde jedoch heute die Einheit der Armee in Frage stellen, da viele Soldaten Muslims sind.

Kritik an der Position Sadats

Die augenblickliche Situation stellt sich folgendermaßen dar: Trotz der vielfältigen Bemühungen seitens der progressiven und nationalen Kräfte, der PLO, zentristischer Kräfte, wie dem Führer der christlichen Nationalpartei, Raymond Eddié und dem Ministerpräsidenten Karamé und auch der syrischen Regierung, ist es bisher nicht gelungen, die Kämpfe für längere Zeit zu unterbrechen. Die militärische Situation der linken Kräfte im Verbund mit den Palästinensern hat sich verbessert. Gleichzeitig ist die Wirtschaft des Landes - vor allem in Beirut - völlig ruiniert. Von palästinensischer Seite, vor allem vom Führer der Saika, Zouheit Mohsen, wird in diesem Zusammenhang die Haltung des Präsidenten Sadat in Frage gestellt. In der Zeitung der libanesischen pro-syrischen Baathisten Al Chark wirft er der ägyptischen Regierung vor, Drahtzieher des libanesischen Bürgerkrieges zu sein, um so einerseits die Aufmerksamkeit vom verräterischen Sinai-Abkommen abzulenken und andererseits die Bedingungen dafür zu schaffen, daß Kairo Beiruts Stellung als Umschlagplatz des internationalen Kapitals übernehmen kann²²⁾. Es läßt allerdings aufhorchen, wenn Sadat Pierre Gemayel als "wahren patriotischen Araber" bezeichnet²³⁾. Die Schwächung der Position der Rechten hat schließlich in jüngster Zeit in diesen Kreisen zu Spekulationen über eine Teilung des Landes in konfessionelle Kleinststaaten geführt. Aus wirtschaftlichen, aber auch politischen Gründen ist eine solche - offiziell von allen namhaften Parteien abgelehnte - "Lösung" jedoch mehr als unwahrscheinlich. Es ist auch kaum einsichtig, daß Israel und damit die USA an einer solchen Lösung interessiert sein könnten, würde doch damit ihre 5. Kolonne, die libanesische Reaktion, ihre Funktion verlieren. Was demgegenüber von Israel und seinen Verbündeten gewünscht wird, ist

die Beibehaltung eines prekären Gleichgewichtes, das die fortschrittlichen Kräfte - vor allem die PLO - von ihrer Hauptaufgabe abhält. Eine Zerschlagung dieser Kräfte wäre selbstredend noch besser.

Niederlagen der Rechten

Inzwischen verlieren die Rechten aber immer mehr Rückhalt. Davon zeugten nicht nur die gewaltigen Demonstrationen für den Frieden Ende Oktober d.J. in allen Städten des Landes, an denen sich Hunderttausende Christen und Muslims beteiligten. Davon zeugt vor allem auch das rapide Anwachsen der Kommunistischen Partei.

Aber auch bourgeoise Kräfte, die bislang auf die Kataeb gesetzt hatten, sehen nun, daß sie durch deren Aktionen in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden. Da 90% der Bankeinlagen des Libanon aus arabischen Ländern stammen, tritt diese Bourgeoisie gegen alle Teilungspläne auf, die die Beziehungen zu diesen Ländern in Frage stellen könnten²⁴⁾. Die weitere Entwicklung wird wesentlich von der des Kräfteverhältnisses im gesamten nahöstlichen Raum bestimmt werden. Die Zeiten der "Schweiz des Nahen Ostens" sind jedoch vorüber.

Anmerkungen:

- 1) Freies Palästina, Nr.1/Juli 1975 und AIB Nr. 7-8/1975, S. 45
- 2) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr.9/1975, S. 1272
- 3) Palästinensische Revolution, Nr.9/1970, S. 28f
- 4) ebenda, S.30
- 5) Neue Zeit, Nr.40/1975, S.15
- 6) Le Monde, 21./22.9.1975
- 7) ebenda
- 8) zit.nach Der Spiegel, 20.10.1975, S.136
- 9) Le Monde, 21./22.9.1975
- 10) Der Spiegel, 20.10.1975, S.136f
- 11) Afrique Asie, 22.9.1975
- 12) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr.9/1975, S.1268
- 13) Le Monde, 30.5.1975
- 14) Jeune Afrique, 3.10.1975
- 15) Le Monde, 20.9.1975
- 16) El Moudjahid, 28./29.9.1975
- 17) El Moudjahid, 5.6.1975
- 18) L'Action, 3.7.1975
- 19) Unsere Zeit, 29.4.1975
- 20) Le Monde, 20.9.1975
- 21) Afrique Asie, 22.9.1975
- 22) El Moudjahid, 27.9.1975
- 23) Deutsche Volkszeitung, 10.7.1975
- 24) Palästina, 1/1975, S.11f

Ägypten

Wolfram Brönner

Sadats Politik der „Öffnung nach Westen“ - Abkehr vom Erbe Nassers

Nach dem Abschluß des Sinai-Separatabkommens im September 1975 krönte Anwar al Sadat Ende Oktober 1975 mit seinem Staatsbesuch in den USA seine seit dem 4. Nahostkrieg eingeleitete Politik der "Annäherung" und "Öffnung nach Westen".

Von Washington „ins Herz geschlossen“

Der ägyptische Staatspräsident, der seine Amerika-Reise mit Zwischenstationen in Paris und London verband, brachte aus den USA und Großbritannien reiche Beute mit, nämlich Übereinkünfte über die Lieferung hochmoderner Waffensysteme wie zweier amerikanischer Atomreaktoren und über eine US-Wirtschaftshilfe in Höhe von 750 Mio Dollar¹⁾.

Sadat hatte diese Reise bereits vorab als "historische Wende" hin zum "gesamten We-



sten"²⁾ aufgewertet. In den USA wußte er durch "Freundschaftsbeteuerungen gegenüber dem Gastgeber und Schmähungen an die Adresse der Sowjetunion zu gefallen, was die Zeitschrift Times am 27.10.1975 zu der Schlußfolgerung bewog:

"Sadat hat den USA von einer zweitrangigen zu einer erstrangigen Rolle in der ägyptischen Strategie verholfen und ihr das Bündnis mit der Sowjetunion geopfert... so hat die amerikanische Regierung Sadat mehr als

irgendeine andere ausländische Führungspersönlichkeit ins Herz geschlossen."

Daß der ägyptische Präsident auch aus London mit vollen Händen heimkehrte, verdankt er ähnlich 'selbstlosen' Motiven der Labour-Regierung, die verlauten ließ, daß "Sadats Abkehr von Moskau und seine Liberalisierungsbestrebungen in Ägypten Unterstützung"³⁾ verdienten.

Sadats »Judaslohn«

Wie weit Sadats Abkehr vom Kurs der Ära Nassers bereits gediehen ist, machten seine wiederholten Versicherungen während der Amerika-Reise deutlich, die ägyptische Regierung wolle künftig von "sozialistischen Experimenten" jeglicher Art absehen und insbesondere keine Verstaatlichungen mehr zulassen. Bei einem spektakulären Auftritt im New Yorker Wirtschaftsklub legte Sadat vor über 900 amerikanischen Großkapitalisten und -bankiers den Offenbarungseid ab,

"daß er eine verzweifelte Begierde nach privaten westlichen Investitionen in der ägyptischen Wirtschaft empfinde. Unter dem Eingeständnis, daß Gamal Abdel Nassers sozialistisches Experiment ein tragischer Fehlschlag gewesen sei, erklärte Sadat: 'Was wir brauchen, ist eine Bluttransfusion für unsere Wirtschaft'." 4)

So nimmt es nicht Wunder, wenn Sadat von Seiten der PLO und Syriens Kapitulation vor dem erbittertsten Feind der arabischen Befreiungsbewegung, dem US-Imperialismus, vorgeworfen oder, so von dem ägyptischen Journalisten Alem, vom "Judaslohn" für Sadat gesprochen wird⁵⁾.

Diese politische Wende der ägyptischen Regierung wiegt in der Tat umso schwerer in einer Situation, da sich durch das im Oktoberkrieg 1973 zuungunsten Israels gewandelte politisch-

militerische Kräfteverhältnis, durch die internationale Anerkennung der PLO und durch die EntschlieÙung Nr.3236 der UN-Vollversammlung im Dezember 1974 die Ausgangsbasis für eine gerechte politische Gesamtlösung in Nahost denkbar günstig entwickelt hatte.

Antiimperialismus - außenpolitisches Erbe Nassers

Einst hatte Eisenhowers Rücknahme des Assuan-Staudammprojekts (es wurde zum Symbol der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft), die Formierung des gegen die ägyptische Revolution gekehrten Bagdad-Paktes (1955), die Billigung der Suez-Aggression Englands, Frankreichs und Israels (1956) und die gegen Ägypten verhängte Wirtschaftsblockade der USA eine radikal antiimperialistische Außenpolitik Nassers und seiner Bewegung der "Freien Offiziere" (ihr gehörte auch Sadat an) geradezu herausgefordert. Nasser befestigte seinen konsequenten Kurs des Antiimperialismus und der nationalen Unabhängigkeit, indem er, nach einer - allerdings halbherzigen - Bodenreform, zwischen 1961 und 1964 mit einer Welle von Verstaatlichungsmaßnahmen im Banken- und Industriesektor einen Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung mit sozialistischer Orientierung einschlug. Und während die USA mit einer gigantischen militärisch-ökonomischen Aufrüstung Israel zum Junikrieg von 1967 trieben sowie dessen Annexion arabischen Landes stützten, verfolgte Ägypten einen Kurs des geschlossenen Handelns aller antiimperialistisch-antizionistischen arabischen Kräfte sowie eines nicht taktischen, sondern prinzipiellen, strategischen Bündnisses mit dem sozialistischen Lager, voran der Sowjetunion. Eben diese antiimperialistische Allianz war auch der Schlüssel zur militärpolitischen Re-



Nach dem Junikrieg 1967 rüstete Staatspräsident Nasser(rechts) Ägyptens Armee mit diesen hochmodernen sowjetischen Panzern und Luftabwehrraketen aus - mit Erfolg, wie der Oktoberkrieg zeigte.

habilitation des arabischen Lagers im Oktoberkrieg 1973.

»Ein paar Koffer voll Ersatzteile«

Anwar al Sadat versuchte freilich seither jenen militärpolitischen Erfolg allein auf seine Fahnen zu heften, um mit dem Prestige des überragenden Siegers sein schrittweises Ausscheren aus der arabischen Front - um eigensüchtiger, nationalistischer Augenblicksvorteile willen - zu kaschieren. Dabei waren ihm zur Rechtfertigung selbst die absurdesten Argumente gut genug: so habe Ägypten von der Sowjetunion zum Oktoberkrieg keine vollwertigen Waffen, sondern "bloß ein paar Koffer voll Ersatzteile erhalten"⁶⁾ und in Wahrheit stekke Moskau hinter der syrisch-palästinensischen Kritik an seiner politischen "Neuorientierung". Unterdessen schwenkte Sadat nach Nixons umjubelten Kairo-Besuch vom Juni 1974 zusehends auf Kissingers Strategie der "kleinen Schritte" bzw. der Teillösungen ein, sprach er sich Anfang 1975 erstmalig in aller Offenheit gegen die nun gemeinsam von Syrien, der PLO und der Sowjetunion geforderte sofortige Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz aus, da dort "eine Polarisierung" gegenüber Israel und den USA drohe⁷⁾.

Das Sinai-Separatabkommen

Nach einem vorläufigen Scheitern der Kissingermission im Frühjahr 1975 gelang es den USA im Herbst 1975, sich Sadats Zustimmung zu einem neuerlichen Teilabkommen buchstäblich zu erkaufen: mit großzügigen Zusagen amerikanischer Wirtschaftshilfe und der Rückerstattung der okkupierten Ölfelder von Abu Rhodeis an Ägypten sowie mit einer künftig erhöhten Absicherung des Suez-Kanals, der nach seiner Wiedereröffnung im Juni 1975 eine Aufbesserung der ägyptischen Staatsfinanzen verspricht.

Die Kairoer Regierung tat dies um den hohen Preis der Stationierung von 200 US-Militärs auf dem Sinai und einer Gewaltverzichtserklärung gegenüber der illegalen Besatzermacht Israel. Sie tat dies - ohne auch nur die geringsten Rücksichten auf die ebenso betroffenen Palästinenser, Syrien oder Jordanien zu nehmen - um den Preis einer noch direkteren Einflußnahme der USA in Nahost und obgleich dies eine Entlastung Israels für militärische Operationen an der syrisch-libanesischen Front nach sich zieht; zumal der von Sadat gelegentlich als Feigenblatt verwandte Dialog zwischen Kissinger und Syrien gleichzeitig eingestellt wurde.

Sadats neue Verbündete

Die derzeitige außenpolitische Linie der ägyptischen Regierung wird vervollständigt durch:

- den demonstrativen Abzug der seit dem Oktoberkrieg 1973 auf syrischem Boden stationierten ägyptischen Luftstreitkräfte im September d.J. 8);
- die mit dem Sinai-Separatabkommen verfügte Einstellung der antiisraelischen Propaganda und die Schließung des Kairoer PLO-Senders "Stimme Palästinas" ebenfalls im September d.J. 9);
- die Unterstützung der äußersten Reaktion im libanesischen Bürgerkrieg, deren Führer, Pierre Gemayel, von Sadat als "wahrer Patriot" gerühmt wurde, während er die PLO schalt, sie solle sich nicht in die "inneren Angelegenheiten des Libanon einmischen" 10);
- eine immer engere Zusammenarbeit mit dem feudalkonzerativen Saudi Arabien, die sich u.a. in der gemeinsamen Unterstützung von Schah Reza Pahlawi und dem omanischen Sultan Quabus in ihrem Kampf gegen die Befreiungsfront PFLO sowie in der gemeinsamen Befürwortung einer arabischen "Mäßigung" gegenüber den Ölmultis ausdrückt; Saudi Arabien honorierte seinerseits den Abschluß des Sinai-Abkommens mit einem zinslosen und unbefristeten Kredit von 1 Mrd Dollar 11);
- das Auftreten Sadats als Vollzugsgehilfe der USA und Israels auf der Tagung der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) im Juli/August 1975 in Kampala, wo Sadats Plädoyer gegen einen UNO-Antrag zum Ausschluß Israels für eine gemäßigtere Resolution sorgte; kein Wunder, daß das PLO-Organ Falastin al Thaura Sadats Verhalten als schändliche Verteidigung Israels anklagte und Ägypten vorwarf, seine "Verpflichtung gegenüber der palästinensischen Sache abzubauen und aufs Größte von den Entschließungen der arabischen Gipfelkonferenz und der UNO abzuweichen." 12)

Das Wesen der »Entnasserisierung«

Dieser außenpolitischen Kehrtwende gingen freilich innenpolitische Machtkämpfe ebenso voraus wie ihr schwerwiegende innere Auswirkungen nachfolgten und weiter folgen werden. Seit es im Mai 1971 dem um Sadat gescharten rechten, antisozialistischen Flügel der Regierungspartei ASU (Arabische Sozialistische Union) gelungen war, die von Ali Sabri repräsentierten linken Nasseristen und Marxisten aus nahezu allen Schlüsselpositionen in Staat, Wirtschaft und Massenmedien auszuschalten, wurde nach und nach eine wirtschaftspolitische "Liberalisierung" gegenüber dem in- und ausländischen Privatkapital in Gang gesetzt, begleitet von einer Kampagne gegen die politischen Verfechter des progressiven Erbes Nassers.

Während selbst ehemals abgeurteilte Königs-treue und CIA-Agenten wie die Gebrüder Amin wieder in Spitzenpositionen vorrückten, und Multimillionäre wie Ägyptens größter Bauunternehmer Ossman zu Ministern erhoben wurden, gab Sadat 1974 offiziell die "Person und Leistung Nassers zur Kritik frei" und stellte

damit auch den staatlichen Sektor, durch dessen vorrangigen Ausbau Ägypten unter Nasser zum führenden Agrar-Industriestaat der arabischen Welt aufstieg, zur Diskussion. Ferner wurden, nachdem Sadat 1972 weiteren Verstaatlichungen einen gesetzlichen Riegel vorgegeben hatte, Entschädigungen für unter Nasser enteignete Großgrundbesitzer, eine teilweise Reprivatisierung von Staatsbetrieben durch Verkauf von "Volksaktien" sowie eine bevorzugte staatliche Förderung des privatkapitalistischen Sektors eingeleitet. Infolgedessen wuchsen 1973/74 innerhalb eines Jahres beispielsweise 186 neue Millionäre heran und setzte eine regelrechte Überschwemmung des Landes mit Luxusgütern für eine "parasitäre Minderheit" ein¹³⁾.

Ägypten - die neue Schweiz des Nahen Ostens ?

Eine politische Führungsallianz von käuflichen Elementen der Staatsbürokratie mit der ägyptischen Handels-, Immobilien- und Landbourgeoisie drängt nun darauf, dem imperialistischen Bank- und Industriekapital wieder Tür und Tor zu öffnen. Sadats Gesetzesänderungen bezüglich der Auslandsinvestitionen im Mai 1974 stellten dazu die Weichen, veranschlagten sie doch Sondervergünstigungen (Profittransfer), Garantien gegen Verstaatlichungen und die Schaffung von "freien Zonen", d.h. zollfreien Enklaven in Alexandria, Port Said und anderen Hafengebieten¹⁴⁾. Darüber hinaus soll neuerdings durch eine "Liberalisierung" des staatlichen Außenhandels und der Devisengeschäfte dem vom Bürgerkrieg stark angeschlagenen Libanon der Rang als "Schweiz des Nahen Ostens" streitig gemacht werden:

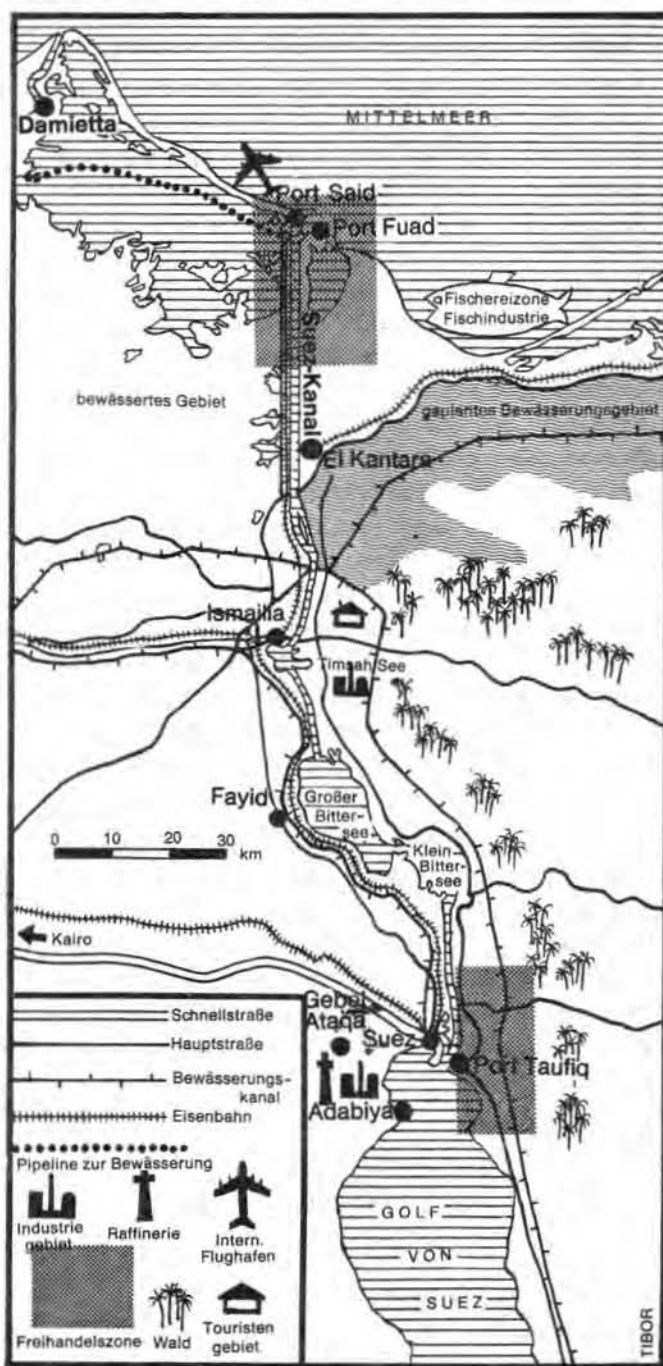
"Der ägyptische Ministerpräsident Mamduh Salem deutete ... die Absicht der Regierung an, die Hauptstadt zu einem internationalen Finanzzentrum zu machen. Bei der Vorlage des Regierungsprogramms für 1976 im Parlament kündigte Salem die Beseitigung verschiedener devisenrechtlicher und bürokratischer Hindernisse an, die diesem Ziel bislang im Wege stehen. So soll beispielsweise die Börse wiedereröffnet werden."¹⁵⁾

Kapitalschwemme der USA und der BRD

Westliche Staatsmänner und Konzernvertreter, u.a. aus Washington und Bonn, gaben sich folgerichtig seit Mitte 1974 in Kairo die Türklinke in die Hand, darunter die Regierungschefs Nixon und Brandt, die Vizepremiere Rockefeller und Genscher, sowie BDI-Präsident Sohl. Erste umfangreiche Kapitalhilfevergaben und Konzerninvestitionen wurden festgemacht:

● der von den USA beherrschte Internationale Währungsfonds sagte Ägypten für 1976 eine Anleihe von 300 Mio Dollar, die US-Regierung von 750 Mio Dollar zu; im Juli 1974 hatte

Kairo bereits an 15 multinationale Ölkonglomerate, darunter Mobil Oil, ESSO, Union Oil und AMOCO, Ausbeutungsrechte im Golf von Suez und am Roten Meer mit einem Investitionsvolumen von 500 Mio Dollar vergeben; im September 1975 gründeten amerikanische und ägyptische Privatkapitalisten das erste Gemischte Unternehmen, und zwar für Ausrüstungen der Erdölindustrie, bei einem Startkapital von 260.000 Dollar; Investitionen in Höhe von 230 Mio Dollar beschloß im Oktober 1975 der Ford-Automobilkonzern, für ein Montagewerk auf ägyptischem Boden anzulegen. 16)



● Bonn gewährte Ägypten 1974/75 zwei Kapitalhilfekredite von insgesamt 850 Mio DM - womit Ägypten hinter Indien an die 2. Stelle der BRD-Entwicklungshilfe rückte - und zusätzliche "Exportgarantien" bzw. Hermesbürgschaften in Höhe von 250 Mio DM für westdeutsche Privatinvestoren und Güterlieferungen; im Juli 1974 wurde ein bilaterales Investitionsschutzabkommen unterzeichnet; die Erdölgesellschaft DEMINEX erhielt ein 2.000 qkm großes Konzessionsgebiet im Golf von Suez zuerkannt, bei einem Investitionsvolumen von

60 Mio DM; in Kürze soll eine gemischte Ölfördergesellschaft bei Suez gegründet werden 17); von weiteren Projekten in nächster Zukunft besonders für die Elektrokonzerne AEG-Telefunken, Siemens und BBC kündete BDI-Präsident Sohl nach seinem Ägypten-Besuch im Februar 1975; als Vorzüge des Nillandes nannte er u.a. seine führende Rolle im arabischen Raum, seine gute geographische Lage, seinen aufnahmefähigen Markt, die Möglichkeit hoher Kapitalbeteiligungen ausländischer Konzerne an Industrievorhaben bzw. -betrieben (bis zu 100%) und an Banken (bis zu 49%), schließlich die vergleichsweise billigen Arbeitskräfte. 18)

Soziale Demagogie als Kehrseite der »Liberalisierung«

Ägyptens Ausverkauf an das Auslandskapital und der Wiederaufstieg der Inlandsbourgeoisie zogen seit Beginn der "Liberalisierungs"maßnahmen nach sich: flagrante Versorgungslücken bei Nahrungsmitteln, ein mit der Aufhebung von Preiskontrollen üppiges Aufblühen von Spekulantentum und Schwarzhandel, eine Inflationsrate von 30% für das Jahr 1974/75 und ein - seit den Anfängen der Ära Nasser - erstmaliges Absinken des Realverdienstes der Arbeiter und armen Bauernschaft¹⁹⁾. Angesichts dieser für die Masse des Volkes äußerst kritischen wirtschaftlichen Lage und zur Verhinderung der Reprivatisierungsmaßnahmen in staatlichen Betrieben formierten sich seit Januar 1975 mehrfach Demonstrationen und Streikämpfe von zehntausenden Metall- und Textilarbeitern, Protestaktionen seitens der Gewerkschaften und Studenten, regten sich kritische Stimmen auch innerhalb der ASU und nahm die im Sommer 1975 reorganisierte und illegale Kommunistische Partei den Kampf auf.

Mit Sadats Kapitulationspolitik gegenüber dem Imperialismus und dem beschleunigten Vormarsch der kapitalistischen Restaurateure ist auch der Kampf der progressiven Kräfte Ägyptens - für die Verteidigung der nationalen Errungenschaften und der Ziele der arabischen Befreiungsbewegung - in eine neue Phase eingetreten.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 5.11.1975, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.10., 4.11. und 10.11.1975
- 2) Neues Deutschland (ND), 17.10.1975, FAZ, 10.11.1975 und SZ, 27.10.1975
- 3) FAZ, 10.11.1975
- 4) Newsweek, USA, 10.11.1975
- 5) SZ, 8.9.1975 und afrique asie, Nr.94/20.10.1975, vgl. auch AIB Nr. 9 und 10/1975
- 6) Prawda, UdSSR, 25.10.1975
- 7) SZ, 17.9.1975
- 8) Nachrichtenagentur MENA, 19.10.1975
- 9) SZ, 13./14.9. und 30.10.1975
- 10) Berliner Extradienst, 15.7.1975
- 11) Al Kabas, Kuwait, 7.10.1975
- 12) Times, Großbritannien, 4.8.1975

- 13) Berliner Extradienst, 22.11.1974 und Al Gumhuriya, Ägypten, 1.1.1975
- 14) Vgl. Überseerundschau, Nr. 3/1975
- 15) SZ, 1./2.11.1975
- 16) Unsere Zeit (UZ), 26.7.1974, ND, 23. und 26.9.1975 und SZ, 3.10.1975
- 17) SZ, 6./7.7.1974 und 17.4.1975, FAZ, 6.7. und 4.11.1974, Horizont, Nr. 9/1974
- 18) Überseerundschau, Nr. 3/1975
- 19) The Economist, Großbritannien, 28.6.1975 und Horizont, Nr. 19/1975

Literaturhinweise:

- + G.Mirsky, Die neue Revolution in der VAR, in: AIB, Nr. 4 und 5/1971
- + J. Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt/M. 1972 (Marxistische Taschenbücher 44)
- + A. Abdel-Malek, Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Frankfurt/M. 1971 (edition suhrkamp 503)

Wissenswertes für junge Leute

Jürgen Pomorin

Rührt Euch, Kameraden!

Tagebuch eines Wehrpflichtigen.



Die Zeit des „Stillgestanden“ bei der Bundeswehr ist vorbei. Unzumutbar geringer Wehrlsold, Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und demokratischer Rechte. Was Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere denken und wollen - einer von ihnen packt aus.

192 Seiten, Paperback, 7,80 DM

Willi Schwettmann

Notstände der Jugend

Berichte zur Lage der Jugend in der BRD.



Fakten- und analysenreich, gehört dieses Buch in die Hand der Jugendlichen, die Bescheid wissen wollen über die Gründe und Hintergründe ihrer Situation. Es kann vor allem dem aktiven Teil der Jugend helfen, sich noch besser für die Forderungen der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten einzusetzen.

128 Seiten, Paperback, 5,70 DM

Autorenkollektiv

Miese Bildung - mieses System

Bessere Berufsbildung jetzt!



Auch in diesem Jahr ist für viele Schulabgänger der Start ins Leben ein Fehlstart. Lehrstellen fehlen, der Numerus clausus wird weiter verschärft. Ist das System der BRD überhaupt in der Lage, das Recht auf Bildung und Berufsausbildung, auf Arbeit und soziale Sicherheit zu garantieren?

144 Seiten, Paperback, 6,80 DM

Bubenberger/Hennecke

Wie denn? Wo denn? Was denn?

Handbuch für Lehrlinge, junge Arbeiter und Schüler.

Informationen knapp und übersichtlich zu Begriffen und Problemen, die in der praktischen Arbeit und in der Diskussion immer wieder auftauchen. In über 150 Stichworten von A bis Z. Mit ausführlichen „Gebrauchsanweisungen“ wie man ein Pressefest, eine Zeitung und Plakate macht. Mit nützlichen Literaturhinweisen und wichtigen Adressen, die man wissen sollte.

ca. 180 Seiten, Paperback, 6,80 DM.

Hiermit bestelle ich . . . Exemplare

- Rührt Euch, Kameraden!
- Notstände der Jugend
- Miese Bildung - mieses System
- Wie denn? Wo denn? Was denn?
- + 0,80 DM Porto und Versandkosten.

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlag,
45 Dortmund
Brüderweg 16

Das Urteil des Gerichtes von Allahabad vom 12. Juni 1975, in dem Indira Gandhi "korrupter Wahlpraktiken" bezichtigt und ihr der Abgeordnetensitz abgesprochen worden war, diente den Rechtskräften als Aufhänger für ihren Staatstreichversuch. Nun hat der Oberste Gerichtshof des Landes am 7. November d.J. in einem Berufungsverfahren jenes Urteil für ungültig erklärt. Die fünf Verfassungsrichter bestätigten darüber hinaus die Rechtmäßigkeit eines neueren Parlamentserlasses, der die Premierministerin rückwirkend für unschuldig befunden hatte.

Nach den von der Regierung Gandhi im Juni 1975 ergriffenen drastischen Gegenmaßnahmen stellt dieser Gerichtsentscheid eine erneute schwere Niederlage für die indische Reaktion dar. Er bedeutet zugleich eine Ermutigung für das in den letzten Monaten verstärkte Bemühen der anti-imperialistischen Bewegung des Landes, sozialökonomische Reformen in die Tat umzusetzen, eine breite Mobilisierung der Massen zu organisieren und die Basis für eine nationaldemokratische Einheitsfront auszuweiten. Mit den Erfolgen, Schwierigkeiten und Zukunftsaussichten dieser Bemühungen seit dem Juni 1975 beschäftigt sich der Beitrag Narayan Krishnans.

Narayan Krishnan

Die Verantwortung der fortschrittlichen Kräfte Indiens

(...) Um die derzeitigen Ereignisse richtig zu begreifen und zu werten, müssen sie vor dem allgemeinen Hintergrund der Entwicklung Indiens in den letzten fünf Jahren betrachtet werden.

Die Entwicklung der letzten 5 Jahre

Der kapitalistische Weg, auf den die Führung der Regierungspartei Indischer Nationalkongreß (INC) die Entwicklung des Landes gelenkt hat, führte zum Anwachsen der Industriemonopole, zu einer schweren Wirtschaftskrise und brachte den Werktätigen unbeschreibliches Leid. Verschlechterung der Wirtschaftslage, wachsende Unzufriedenheit und Widerstand der Volksmassen führten 1969 zur Spaltung des Indischen Nationalkongresses: Die reaktionärsten, proimperialistisch gesinnten Gruppen traten aus dem INC aus und gründeten die Congress Organization. Nach der Niederlage des reaktionären Flügels des INC führte die Regierung Indira Gandhi eine Reihe fortschrittlicher Maßnahmen durch: Sie verstaatlichte Banken und Kohlengruben, überführte Betriebe, die von Privatbesitzern geschlossen wurden, in die Hände des Staates, nahm radikale Veränderungen an der Verfassung vor und beseitigte die feudalen Privilegien der Fürsten. All das, aber auch die bedeutenden Siege der Partei der Ministerpräsidentin bei den Wahlen 1971 und 1972 ließen das Volk auf große Veränderungen hoffen. Gleichzeitig stießen die fortschrittlichen Maßnahmen auf den erbitterten Widerstand des Großkapitals innerhalb wie außerhalb des INC.

Anstatt kühn und offen gegen die Widersacher vorzugehen, den 1969 beschlossenen Kurs einzuhalten und radikale Maßnahmen zu treffen, um die Wahlprogramme von 1971 und 1972 zu erfüllen, begann die INC-Führung zurückzuweichen. Die Folge war eine Vertiefung der

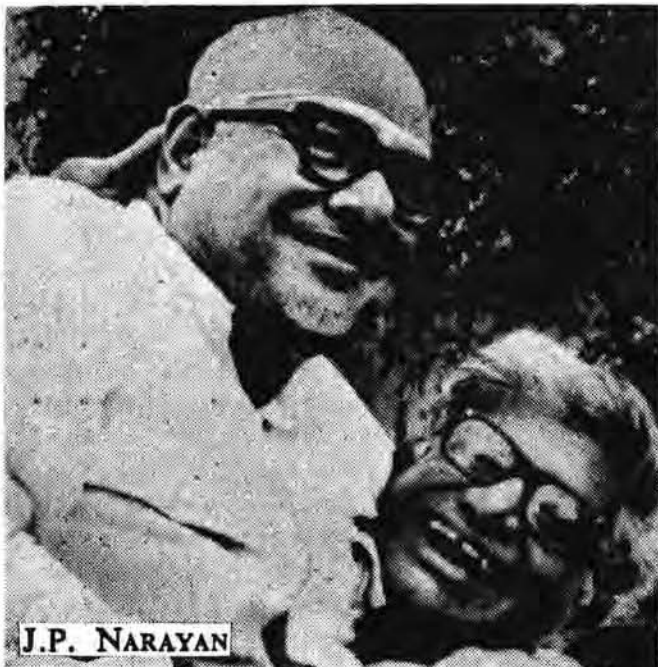
Wirtschaftskrise, Enttäuschung, Unzufriedenheit der Massen über Preissteigerungen und zunehmende Arbeitslosigkeit sowie über den durch Saboteure und Spekulanten künstlich geschaffenen Mangel an Getreide und Massenbedarfsgütern. Die Reaktion machte sich das zunutze. Anfang 1974 ging sie zum Angriff über, den diesmal ein Führer mit "linker" Vergangenheit, Jayaprakash Narayan¹⁾, leitete. Ihm gelang es, linksopportunistische Organisationen - die "Sozialistische Partei" und im gewissen Maße die parallele Kommunistische Partei - in die reaktionäre Front einzubeziehen.²⁾ Zur Hauptstoßkraft wurden die extrem rechten proimperialistischen Organisationen - die religiös-chauvinistische Partei Jan Sangh mit ihrem paramilitärischen faschistischen Flügel Raschtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und die terroristische Gruppierung Anand Marg, die eng mit der CIA liiert sind.

Die Kampagne gegen Indira Gandhi

Die Hauptziele des Angriffs, der unter den demagogischen Losungen der "totalen Revolution" und der "parteilosen Demokratie" geführt wurde, waren: zunächst die parlamentarische Demokratie beseitigen, Chaos und Anarchie in das Land hineintragen, dann die Macht ergreifen und eine faschistische Diktatur der Monopolbourgeoisie und der Gutsbesitzer errichten. Die Reaktion griff immer öfter zu Terror und politischem Mord: Durch einen Bombenanschlag wurde im Januar 1975 der fortschrittliche Minister L.N.Mishra, Mitglied des INC, getötet, überfallen wurde der Oberrichter am Obersten Gericht A.N.Ray. Zur Wirtschaftskrise kam die politische Krise hinzu. Doch den Rechten, die im Heimatstaat J.Narayans - in Bihar³⁾ - eine Niederlage erlitten hatten, war es nicht gelungen,

ihre Bewegung nennenswert auf andere Unionsstaaten auszudehnen.

Im Juni 1975 fällte das örtliche Gericht in Allahabad in der gegen Indira Gandhi erhobenen Anklage wegen angeblichen Mißbrauchs ihrer Regierungsfunktion bei den Wahlen 1971 das Urteil. Das Gericht nahm zwei nichtige Punkte technischer Art zum Vorwand, um die Ergebnisse dieser Wahlen zu annullieren. Die Ministerpräsidentin konnte jedoch gegen dieses Urteil beim Obersten Gericht Berufung einlegen.



Das Gerichtsurteil von Allahabad gab der Reaktion, der Konterrevolution und dem Neokolonialismus erneut Auftrieb. Sie entfesselten eine wütende Kampagne, forderten den Rücktritt Indira Gandhis und wollten damit den Weg für eine Diktatur faschistischen Typs frei machen. Die politische Krise hatte ihren Höhepunkt erreicht. Die Rechten unter Führung J.Narayans gingen nun noch stärker zu Methoden des individuellen und Gruppenterrors, der Diversion, Sabotage und Gewalt über. Sie riefen die Polizei und die Streitkräfte ungeniert auf, sich den Anordnungen der rechtmäßigen, demokratisch gewählten Regierung zu widersetzen. Verstärkt publiziert wurden auch regierungsfeindliche Artikel in der Monopressen. (...)

In dieser Situation wurde angesichts der ersten Bedrohung der inneren Sicherheit des Landes auf der Grundlage entsprechender Artikel der indischen Verfassung der Ausnahmezustand verhängt. Führer rechter reaktionärer Parteien, maoistischer Gruppierungen und andere Personen (darunter einige INC-Mitglieder),

die sich aktiv an der Verschwörung beteiligt hatten, wurden festgenommen und inhaftiert. Eine Reihe paramilitärischer faschistischer Organisationen sowie maoistische Gruppen wurden verboten.

Die von der Ministerpräsidentin und der Regierung getroffenen entschiedenen und strengen Maßnahmen gegen die rechtsreaktionären und faschistischen Kräfte waren notwendig und gerechtfertigt. Äußerungen von Schwäche hätten in diesem kritischen Augenblick schwerwiegende Folgen für das Land gehabt. Es war notwendig, den volksfeindlichen, antidemokratischen Kräften zuvorzukommen. Und gerade das hat Ministerpräsidentin Indira Gandhi getan.

Charakter des 20-Punkte-Programms

Die Ausarbeitung eines weitgehenden, aus 20 Punkten bestehenden Wirtschaftsprogramms war der nächste Schritt der Ministerpräsidentin. Ziel des Programms ist, den werktätigen Massen in Stadt und Land Erleichterungen zu verschaffen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu stimulieren. Die wichtigsten Punkte des Programms sind:

- unverzügliche Schaffung eines staatlichen Verteilungssystems, um die Versorgung der Volksmassen mit Getreide für Ernährungszwecke und anderen Massenbedarfsgütern zu sichern;
- effektive und rasche Verwirklichung der Gesetze über die Begrenzung des Grundbesitzes sowie die Aufteilung des überschüssigen Landes an Landlose in allen Unionsstaaten;
- Festlegung von Mindestlöhnen für Landarbeiter, unentgeltliche Übergabe von Grundstücken zum Bau von Häusern an diese Landarbeiter;
- Abschaffung noch vorhandener Formen der Fronarbeit, Beseitigung der Verschuldung der landlosen und der armen Bauern und deren Befreiung aus den Klauen der Wucherer;
- Einführung einer Höchstgrenze für Bodenstücke in den Städten, Maßnahmen zur Überführung städtischen und für den Städtebau geeigneten Landes in gesellschaftliches Eigentum, um der Spekulation einen Riegel vorzuschieben und zur Lösung des Wohnungsproblems beizutragen;
- strikte Unterbindung von Wirtschaftsvergehen: unrechtmäßiger Anhäufung von Lebensmitteln, Schmuggel, Steuerhinterziehung, Spekulation;
- Heranziehung der Arbeiter zur Entscheidung von Produktionsfragen, vor allem auf Abteilungssebene.

Das Wirtschaftsprogramm sieht für die nächste Zeit keine neuen Maßnahmen zur Verstaatlichung oder zu strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft vor. Durch die effektive Verwirklichung der genannten Vorschläge kann jedoch das Los der Werktätigen wesentlich erleichtert und der machtvollen Volksbewegung gegen das Großkapital und die rechte Reaktion, für tiefgreifendere sozialökonomische Umge-

staltungen Auftrieb gegeben werden. Bemerkenswert sei auch, daß die von der Ministerpräsidentin vorgeschlagenen Maßnahmen mit denen identisch sind, die die KP Indiens und die unter deren Einfluß stehenden Massenorganisationen in jüngster Zeit gefordert haben und für die sie in ganz Indien den Kampf führen. Linke und demokratische Kräfte im ING haben ebenfalls dazu aufgerufen, unverzüglich derartige Maßnahmen zu treffen. Die Ministerpräsidentin versicherte, daß auch andere Fragen untersucht werden und die Regierung von Zeit zu Zeit weitere Maßnahmen ankündigen wird.



Indira Gandhi

Unmittelbar nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurden in einigen Unionsstaaten Schritte unternommen, um die Vorschläge der Ministerpräsidentin zu realisieren. Neben der rigorosen Bekämpfung von Schmugglern und Spekulanten trugen diese Maßnahmen dazu bei, daß der Preisauftrieb gezügelt und in gewissem Grade das politische Klima des Landes in eine positive Richtung gelenkt wurde. Allerdings ist es noch verfrüht, von einer Stabilisierung zu sprechen.

Die Haltung der Kommunistischen Partei Indiens

Die Kommunistische Partei Indiens hat die Verhängung des Ausnahmezustandes und die consequenten Maßnahmen der Ministerpräsidentin ge-

gen die rechtsreaktionären faschistischen Kräfte gebilligt. Die Partei ist der Ansicht, daß jetzt nicht minder entschiedene und energische politische Schritte unternommen werden müssen, um die sozialökonomische Basis dieser Kräfte zu schwächen und zu untergraben. Die Partei, die das von der Ministerpräsidentin verkündete Programm für das Volk begrüßt, betont, daß neben einer wirksamen Realisierung dieses Programms noch grundsätzliche Maßnahmen gegen die neokolonialistischen Kreise, die multinationalen Gesellschaften, die einheimischen Monopole, Gutsbesitzer, Spekulanten und diejenigen getroffen werden müssen, die ungesetzlich Lebensmittel horten. Derartige Maßnahmen sind im Sofortprogramm enthalten, das auf der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees der KP Indiens (30.6. - 2.7.) ausgearbeitet worden ist. Darunter sind Vorschläge zur Nationalisierung der Zucker-, Textil-, Jute- und Autoindustrie, der ausländischen pharmazeutischen und Erdölgesellschaften; zahlreiche konkrete Maßnahmen wurden zum Schutz der Interessen der Volksmassen und der Demokratie gefordert.

Die KP Indiens erklärt: Es müssen Garantien geschaffen werden, damit die Ausnahme Gesetze nicht von den im Verwaltungsapparat tief verwurzelten Anhängern der rechten Kräfte genutzt werden, um die Rechte und Freiheiten der Werktätigen zu beschneiden und die demokratische Tätigkeit abzuwürgen. Eine Kontrolle seitens der Volkskomitees ist unerlässlich. Wer gemeinsame Sache mit den Rechten und den Imperialisten macht, muß aus den leitenden Funktionen des Staatsapparates entfernt werden.

Die Wachsamkeit verdoppeln

Es wäre der Gipfel frevelhafter Selbstzufriedenheit zu glauben, die Kräfte der Reaktion hätten eine endgültige Niederlage erlitten. Zweifellos haben die getroffenen Maßnahmen diese Kräfte zeitweilig demoralisiert, in ihrem Lager bestimmte Konflikte hervorgerufen. Was die parallele Kommunistische Partei anlangt, so wurden diese Maßnahmen zum Katalysator einer sehr tiefen, beispiellosen Krise in ihren Reihen, hervorgerufen durch die hoffnungslos opportunistische, unheilvolle Politik ihrer Führung, die auf ein Bündnis mit den proimperialistischen, rechtsreaktionären Kreisen abzielt. Tiefe Unzufriedenheit der einfachen Parteimitglieder und -anhänger mit den Aktionen ihrer Führung war die Ursache dafür, daß sie in mehreren Unionsstaaten - z.B. in Andhra Pradesh, Kerala, Tamil Nadu, Pandschab - aus dieser Partei austreten und zu uns kommen.

Die Reaktion plant die Umgruppierung ihrer Kräfte, den Übergang zur Gegenoffensive, wobei sie böswillige Gerüchte in Umlauf bringt, sich der Wirtschaftssabotage, des individuellen Terrors und der Gewalt bedient. Die Jan Sangh und die RSS - vielen ihrer Führer war es gelungen, der Verhaftung zu entgehen - bauen einen weitverzweigten illegalen Apparat auf. Dabei spekulieren die Rechten darauf, daß der Verwaltungsapparat das von der Ministerpräsidentin verkündete Programm nicht durchführen und das bei den Volksmassen Enttäuschung hervorrufen werde.

Zweifelsohne steht allen linken, demokratischen und patriotischen Kräften ein harter und langwieriger Kampf bevor. Es ist eine lebenswichtige Aufgabe des Augenblicks, heißt es in der Resolution des Zentralen Exekutivkomitees der KP Indiens, zu erreichen, daß diese Kräfte gemeinsam handeln, geschlossen und ohne Aufschub. Ihre erste und wichtigste Pflicht ist es, die Wachsamkeit zu verdoppeln, die Einheit auf allen Ebenen zu festigen und an der ganzen Front gegen die antinationalen und antidemokratischen Kräfte in Offensive zu gehen.

Neue Möglichkeiten einer nationaldemokratischen Front

Die KP Indiens mißt dem Problem der nationaldemokratischen Front größte Bedeutung bei. Der Kampf um die Schaffung einer solchen Front ist in eine neue Phase eingetreten, wird auf einer neuen Ebene geführt; denn die Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen des INC und der KP Indiens sind auf allen Gebieten und auf allen Ebenen außerordentlich gewachsen.

Die politische Differenzierung und die Gegensätze innerhalb der indischen Bourgeoisie haben sich ungewöhnlich zugespitzt: Vertreter antiimperialistischer, demokratischer Kreise der Bourgeoisie sind gezwungen, die Repressivorgane der Staatsmacht gegen die proimperialistischen und reaktionärsten, die promonopolistischen, prolatifundistischen und antikommunistischen Gruppen einzusetzen.

Diese Situation eröffnet die günstigsten Möglichkeiten für die Stärkung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der anderen Schichten der Werktätigen mit den antiimperialistischen, demokratischen Schichten der nationalen Bourgeoisie, im gemeinsamen Kampf gegen die rechte Reaktion. Es wird möglich, im Interesse des gemeinsamen Kampfes diese Schichten der Bourgeoisie zu radikaleren sozialökonomischen Positionen zu bewegen. Im Verlauf dieses Prozesses, heißt es in der Resolution des Zentralen Exekutivkomitees der KP Indiens, lassen sich schrittweise Verände-

rungen in der Staatsmacht in Richtung auf eine nationaldemokratische Entwicklung erreichen. Dazu ist jedoch eine äußerst geschickte, realistische und flexible Taktik seitens unserer Partei notwendig.

Die Zusammenarbeit von INC und KP Indiens

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes sind in der gemeinsamen Tätigkeit des INC und der KP Indiens auf verschiedenen Ebenen recht positive Veränderungen zu verzeichnen. Der INC ist sich politisch gesehen im klaren darüber, daß die Gefahr seitens der neokolonialistischen und rechtsreaktionären Kräfte nur durch gemeinsame Anstrengungen der Kongreßpartei und der anderen "Parteien mit gleichen Überzeugungen", besonders der KP Indiens, beseitigt werden kann. Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß das von der Ministerpräsidentin vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm nur auf dem Papier bleibt, wenn seine Durchführung dem Verwaltungsapparat übertragen wird, daß eine wirksame Realisierung dieses Programms aktive Zusammenarbeit und die Teilnahme des Volkes auf allen Ebenen - von ganz unten, dem Dorf, bis oben - erfordert und daß dazu die gemeinsame Arbeit der Kongreßpartei und der anderen "Parteien mit gleichen Überzeugungen", einschließlich der KP Indiens, notwendig ist.

Dieser neue politische Realismus fand seine Widerspiegelung in der Resolution eines der höchsten Organe des INC - des Arbeitskomitees. Gebildet wurde eine aus sieben Mitgliedern bestehende Unterkommission, die einen ausführlichen Plan zur Einbeziehung der Bevölkerung in die effektive Realisierung des Wirtschaftsprogramms ausarbeiten soll. Es ist zu erwarten, daß der Bericht dieser Unterkommission die Bildung von Volkskomitees auf allen Ebenen, bis hin zu den Wohngebieten, empfohlen wird, welche mit bestimmten Vollmachten, möglicherweise sogar gesetzlich verankerten, ausgestattet werden sollen. Die Empfehlungen dürften wohl zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen dem INC und der KP Indiens, zwischen den unter deren Einfluß stehenden Massenorganisationen beitragen.

Aktionen von Volkskomitees und Gewerkschaften

Bereits jetzt zeichnen sich die ersten Ergebnisse der von der KP Indiens in letzter Zeit in dieser Richtung unternommenen Schritte ab. Die Zusammenarbeit zwischen unserer Partei und der Kongreßpartei entwickelt sich in den Unionsstaaten Manipur, Assam, Westbengalen, Pandschab, Orissa, Uttar Pradesh, Bihar, Radschastan und Kerala. In einigen die-



Eine von zahlreichen Massenaktionen gegen Wucherer, Schieber und Spekulanten, die derzeit von Volkskomitees, hier in Neu Delhi, organisiert werden.

ser Unionsstaaten wurden gemeinsame Komitees beider Parteien gebildet; solche Komitees werden auf unterer Ebene geschaffen, gemeinsame politische Massenversammlungen und -meetings werden durchgeführt, um das Volk zum Kampf gegen die rechtsreaktionären Kräfte zu mobilisieren. In allen Unionsstaaten bereitet man sich auf die internationale Konferenz gegen den Faschismus vor, die Ende Oktober 1975 in Patna, der Hauptstadt Bihars, stattfinden soll. Bei der Vorbereitung der Konferenz arbeiten der INC und die KP Indiens auf nationaler wie auf örtlicher Ebene eng zusammen.

Vorgesehen sind gemeinsame Aktionen der unter dem Einfluß des INC und der KP Indiens stehenden Gewerkschaftszentren, um in den Fabriken und Werken die Wachsamkeit zu stärken, Wirtschaftssabotage zu verhüten und die Produktion bei gleichzeitigem Schutz der Interessen der Arbeiterklasse zu steigern. Der All India Trade Union Congress, der Indian National Trade Union Congress und der Hind Mazdoor Sabha (Gewerkschaftszentren, die die Verhängung des Ausnahmezustandes und das Programm der Ministerpräsidentin unterstützen) schufen gemeinsam mit den allindischen Unternehmerverbänden ein spezielles nationales Organ, um die Beziehungen in der Industrie zu regeln und die Entwicklung der Produktion zu fördern. Derartige Organe können auch in den einzelnen Unionsstaaten sowie in den Schlüsselzweigen der Industrie, in den Großbetrieben des staatlichen und des privaten Sektors geschaffen werden.

Wir glauben, daß die Zusammenarbeit und das gemeinsame Vorgehen des INC und der KP Indiens bei der Durchsetzung grundlegender ökonomischer Maßnahmen beispielgebend für die Mit-

glieder und Anhänger anderer linker und demokratischer Parteien und Gruppen, insbesondere für die Mitglieder und Anhänger der parallelen Kommunistischen Partei, sein werden.

Radikale Erneuerung der parlamentarischen Demokratie

Nach der in der Resolution des Zentralen Exekutivkomitees der KP Indiens gegebenen Einschätzung unserer Partei ist mit der Erlangung der Unabhängigkeit eine völlig neue Etappe in der Geschichte unseres Landes eingeleitet worden. Die Krise der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie in Indien - ein wichtiges Element des Fiaskos des kapitalistischen Entwicklungsweges - kann nur durch radikale Erneuerung der parlamentarischen Demokratie gelöst werden, um sie in ein effektiveres Instrument des Kampfes gegen die rechte Reaktion und für grundlegende sozialökonomische Umgestaltungen zu verwandeln. Der politische und der Klasseninhalt des demokratischen Systems müssen vertieft werden, um letzteres in den Dienst der Werktätigen zu stellen. Dieses System muß neue Qualitäten erlangen, indem es vor allem sichert, daß die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, alle Werktätigen und demokratischen Kräfte in zunehmendem Maße in die Ausarbeitung und Verwirklichung der politischen Beschlüsse einbezogen werden.

Die Erfahrungen Indiens seit Erlangung der Unabhängigkeit und besonders in jüngster Zeit haben fürwahr anschaulich gezeigt, daß das reaktionäre Großkapital und die rechten Kräfte die bürgerliche parlamentarische Demokratie ausschließlich im eigenen Interesse nutzen und damit deren eigentliche Grundlagen untergraben. Daher müssen die sogenannte "Pressefreiheit" und "Unabhängigkeit" der Ge-

richtsorgane, die angeblich die Exekutive vor Übergriffen bewahren, im Lichte der realen Fakten überprüft werden.

Die in Indien in hoher Auflage erscheinenden und von den Monopolen kontrollierten Zeitungen des Big Business nutzen die "Pressefreiheit" im Interesse der Monopolisten, Großhändler, Gutsbesitzer, Imperialisten und deren multinationalen Gesellschaften aus. Diese Presse propagiert ständig die Ideologie, Politik und Tätigkeit reaktionärer Parteien, verbreitet Verleumdungen der Imperialisten und Maoisten über die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder - über unsere zuverlässigsten Verbündeten. Den Kampf der werktätigen Massen übergeht sie mit Schweigen oder stellt ihn verzerrt dar, sät Antikommunismus.

Vordringliche Umgestaltungen

Dem Großkapital und der politischen Reaktion ist es wiederholt gelungen, durch Gerichtsverfahren die fortschrittlichen Gesetze über die Bodenreform, die Nationalisierung, die Besteuerung der Vorräte an Brotgetreide, die Aufhebung der Privilegien für ehemalige Fürsten zu hintertreiben. Einige Artikel der Verfassung, besonders jene, in denen von den "Grundrechten" die Rede ist, wurden vom Großkapital dazu genutzt, die wichtigsten sozialökonomischen Umgestaltungen zu verhindern.

In der entstandenen politischen Situation sind folgende Maßnahmen besonders notwendig: Änderung der Verfassung Indiens, um die Hindernisse für eine erfolgreiche Durchführung grundlegender ökonomischer Maßnahmen aus dem Wege zu räumen; Veränderung der Methoden und Institutionen der parlamentarischen Demokratie, um diese zu einer wirksameren Waffe im Kampf gegen die rechte Reaktion, für grundlegende sozialökonomische Umgestaltungen zu machen; Befreiung der Presse von der Abhängigkeit der Monopole. Der INC und die anderen fortschrittlichen Kräfte Indiens schenken der Lösung dieser vordringlichen Probleme größte Beachtung.⁴⁾

„Destabilisierungs“politik der USA

Unser Land steht an vorderster Front im weltweiten Kampf zwischen den Kräften des Imperialismus, des Krieges und der Reaktion einerseits und den Kräften der Freiheit der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus andererseits.

Die außergewöhnliche Aktivierung der rechtsreaktionären Kreise fiel zeitlich zusammen mit der Verstärkung der aggressiven Umtriebe des USA-Imperialismus in den Gewässern des In-



Slums in Bombay

dischen Ozeans, mit den Umtrieben der CIA und der multinationalen Gesellschaften (vorwiegend des amerikanischen Kapitals) auf unserem Subkontinent. Die Offensive der Reaktion entspricht der "Destabilisierungs"politik, die die USA-Imperialisten gegenüber den Regierungen der jungen Staaten betreiben, welche von den Positionen der Nichtpaktgebundenheit, des Friedens und der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Gemeinschaft aus gegen den Imperialismus kämpfen. Nachdem der USA-Imperialismus in Indochina eine Schlappe erlitten hat und in Europa zum Rückzug gezwungen worden ist, verstärkt er, unterstützt vom maoistischen China, die neokolonialistischen Ausfälle in Südasien.

Mit ihrer antiimperialistischen Politik und dem Kurs auf Nichtpaktgebundenheit, Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sowie den anderen sozialistischen Ländern zog sich Ministerpräsidentin Indira Gandhi den besonderen Haß der imperialistischen Reaktion und der Führung der VR China zu. Daher ist die "Destabilisierung" der Lage in Indien zu einer erstrangigen Frage für das Pentagon und die CIA sowie für Peking geworden.

Die in der Presse veröffentlichten Daten zeugen davon, welche enge Beziehungen zwischen J. Narayan und den Organisationen bestehen, die von der CIA, welche in unserem Lande ein weitverzweigtes Netz aufgebaut hat, unterstützt werden. Razzien und Haussuchungen, die nach Verhängung des Ausnahmezustandes in den Räumlichkeiten der RSS, der Anand Marg und deren, durch andere Aushängeschilder getarnten Ablegern vorgenommen wurden, halfen riesige Waffen- und Munitionslager aufdecken. Über-

zeugend wurde bewiesen, daß ausländische imperialistische Organisationen an der Verschwörung der inneren Reaktion beteiligt waren. Im Hauptquartier der Nördlichen Zone der RSS in Delhi entdeckte die Polizei beispielsweise scharfe Munition "made in USA" sowie geheime Militärkarten der Grenzgebiete, in denen die Lage gespannt ist. In dem von der Regierung im Zusammenhang mit der Verhängung des Ausnahmezustandes veröffentlichten Weißbuch wird erwähnt, daß einige führende Politiker Indiens ansehnliche Geldsummen aus ausländischen Quellen zur Vorbereitung einer rechtsreaktionären Verschwörung erhalten haben.

Loblied auf die Reaktion

Auch die unterschiedlichen ausländischen Einschätzungen der jüngsten politischen Ereignisse in Indien sind aufschlußreich. Die reaktionäre Presse der imperialistischen Mächte, besonders der USA, Großbritanniens und der BRD, können ihre Verbitterung über die Maßnahmen der Ministerpräsidentin, die die Verschwörung der Rechten vereitelt hat, nicht verhehlen. Die bürgerlichen Zeitungen dieser Länder speien Gift und Galle, beschuldigen Indira Gandhi der Errichtung der "Diktatur" und beweinen den "Tod" der Demokratie in Indien. Dafür singen sie ein Loblied auf die reaktionären Führer, die sich heute hinter

Schloß und Riegel befinden. Die maoistische Führung der VR China verwünscht noch lautstärker die Ministerpräsidentin und die fortschrittlichen Kräfte Indiens. Übrigens sind die maoistischen Gruppierungen in unserem Lande die treuesten Anhänger J.Narayans und seiner faschistischen Bewegung.

Die Sowjetunion, die Demokratische Republik Vietnam und die anderen sozialistischen Staaten, die fortschrittlichen Regimes in den Entwicklungsländern, die Weltfriedensbewegung, die internationalen demokratischen Organisationen hingegen haben die wirksamen Maßnahmen der indischen Ministerpräsidentin zur Vereitelung der Verschwörung der Reaktion entschlossen unterstützt.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) s. AIB Nr. 7-8/1975
- 2) Hat sich 1964 auf Betreiben der Maoisten von der Kommunistischen Partei Indiens abgespalten.
- 3) R.Rao, Bewußtsein der historischen Verantwortung, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 5/1975
- 4) Anfang August 1975 nahm das indische Parlament Verfassungsänderungen vor, die die Wahlgesetze in Ordnung bringen und die Kompetenzen der Gerichtsorgane, die mit diesen Gesetzen zu tun haben, exakt festlegen.

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 18. Jahrgang, Heft 10/1975)



Das sozialistische Nachrichtenmagazin



Demokratisch – sozialistisch – offensiv

Lesen

worauf es
jetzt ankommt

Qualifiziert

Fakten zählen
schonungslos
decken wir auf

ohne Tabus

Argumente
ohne Maulkorb

Wir schreiben
da weiter
wo andere
aufhören

Die „SK – Das sozialistische Nachrichtenmagazin“ berichtet umfassend aus der sozialdemokratischen Bewegung des In- und Auslandes.

SK bringt Analysen der gesellschaftlichen Zusammenhänge über die Demokratisierung der Wirtschaft, die Investitionslenkung- und Kontrolle.

SK bringt Diskussionen über Strategie und Taktik in der sozialdemokratischen Bewegung über die Perspektive sozialdemokratischer Studentenarbeit / über die „Konzentration der Kräfte“ als Instrument zur Gleichschaltung der Linken.

SK leuchtet hinter die Kulissen und enthüllt: Wie die HERMES zum Wirtschaftsboykott gegen Portugal beiträgt – Wie SPD-Landesvorsitzender und Minister die Berufsverbote zur Zerschlagung der Linken in der sozialdemokratischen Bewegung benutzen / Wie mit einer wissenschaftlich getarnten Umfrage die Gesinnung von Sozialdemokraten an Universitäten erforscht werden soll.

Die SK bringt Informationen – Berichte – Interviews zu und über aktuelle Fragen aus dem Blickwinkel unabhängiger sozialistischer Position. Die SK bringt neben eigenen Artikeln und Exklusivbeiträgen prominenter Sozialisten – Nachdrucke aus der internationalen sozialdemokratischen und sozialistischen Presse. Die SK fühlt sich unter anderem der TRIBUNE/London und LINKS/Belgien freundschaftlich verbunden.

SK-Vertrieb W. Runge Verlag

2 Hamburg 60 – Postfach 606 167

Gutscheine

Zum Kennenlernen der SK

Gegen Einsendung dieses Gutscheines erhalten Sie kostenlos und unverbindlich 2 Probeexemplare

SK – das sozialistische Nachrichtenmagazin.

Eine weitere Verpflichtung besteht nicht.

Name

Plz. Ort

Straße

Org. Unterschrift

SK-Vertrieb – W. Runge Verlag

Die internationale Solidaritätskonferenz für das chilenische Volk, an der Delegationen aus 84 Ländern vom 13. - 16. November 1975 in Athen teilnahmen, war für die Chile-Solidarität von herausragender Bedeutung. Denn sie hat nicht nur mit einem 20-Punkte umfassenden Aktionsplan neue wirksame Aufgaben und Initiativen für die Solidaritätsbewegung erarbeitet, sondern auch Maßnahmen zur weiteren internationalen Isolierung der Junta beschlossen, die die Konferenz in einem "Appell an die Völker der Welt" und einem Schreiben an den Präsidenten der XXX. UN-Vollversammlung so zusammenfaßte: "Unser Ruf geht von hier aus an die UNO, totale Sanktionen gegen Santiago zu verhängen, unser Ruf geht an alle Regierungen, die für Freiheit und Gerechtigkeit eintreten, alle Beziehungen zur faschistischen Junta, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, abzubrechen. Unser Ruf geht an alle Völker der Welt, die Hilfe für das chilenische Volk weiter zu verstärken."

Ausdruck der starken Solidarität mit dem chilenischen Volk in unserem Lande ist die nachstehende Resolution zur Chile-Solidarität der Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/Nordrhein Westfalen, verabschiedet anlässlich des 2. Jahrestages des Militärputsches. Besondere Beachtung verdient die Aufforderung dieser GEW-Resolution zur verstärkten Unterstützung des DGB für die chilenische Gewerkschaftszentrale CUT und der verschiedene Protest gegen die direkte Hilfestellung der Bundesregierung für die faschistische Junta.

Ein Beispiel für die weltweite Unterstützung des chilenischen Volkes ist die Solidaritätsaktion "Ein Schiff für die Weihnacht der chilenischen Kinder", zu der die drei internationalen Gewerkschaftsbünde und der Weltkirchenrat die Gewerkschaften und nationalen Solidaritätsbewegungen aufriefen.

Den zur Unterstützung dieser Aktion vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) verfaßten Aufruf drucken wir im folgenden ab.

„Ein Schiff für die Weihnacht der chilenischen Kinder“

Angesichts der wirtschaftlichen Not und des Elends, das die faschistische Junta über das chilenische Volk gebracht hat, ist eine Arbeitsgruppe der drei internationalen Gewerkschaftsbünde, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, des Weltgewerkschaftsbundes und des Weltbundes der Arbeit, auf der 60. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf übereingekommen, die Entsendung eines Schiffes mit Hilfsgütern nach Chile anzuregen und die Schirmherrschaft über das Projekt zu übernehmen. Dieser Initiative, "Ein Schiff für die Weihnacht der chilenischen Kinder", hat sich mittlerweile auch der Ökumenische Rat der Kirchen (Weltkirchenrat) angeschlossen. Die zentrale Organisation der Kampagne wurde dem Auslandskomitee des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT in Paris übertragen.

Das Schiff wird im Dezember den französischen Hafen Le Havre verlassen und Solidaritätsgüter aus verschiedenen europäischen Ländern mit sich führen: haltbare und konzentrierte Lebensmittel, Kindernahrung, Milchpulver, Decken, Schuhe, Bekleidung, Schulmaterial und etwas Spielzeug. Empfänger der Hilfssendung ist das kirchliche "Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden", das in Chile legal arbeitet und die Verteilung der Güter an die notleidende Bevölkerung vornehmen wird. Das Komitee, in dem seit Oktober 1973 die verschiedenen Glaubensgemeinschaften Chiles zusammenarbeiten, und an dessen Spitze bis zu seiner Ausweisung der evangelisch-lutherische Bischof Frenz stand, verfügt über umfangreiche Erfahrungen auf dem Gebiet der humanitären Unterstützung der Opfer des faschistischen



**Spendenkonto: Prof. Erich Wulff
-Sonderkonto - 5270 55-602
PschA Frankfurt am Main,
Kennwort: „Ein Schiff für Chile“**

Terrors in Chile. Wie dringend diese Solidaritätsaktion ist, verdeutlicht eine Information, die Bischof Frenz vor kurzem in der Bundesrepublik gab: Allein im Monat Juli d.J. starben in der 80.000 Einwohner zählenden Bergarbeiterstadt Lota 271 Kleinkinder an den Folgen der Unterernährung.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee ruft die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik auf, in den kommenden Wochen bis Weihnachten das Projekt "Ein Schiff für die Weihnacht der chilenischen Kinder" in den Mittelpunkt einer umfassenden Kampagne zur Verstärkung der materiellen Hilfe für das leidende und kämpfende chilenische Volk zu stellen.

Wir rufen alle Organisationen, Solidaritätskomitees und Personen auf, mitzuhelfen, daß das Solidaritätsschiff einen namhaften Beitrag der Solidaritätsbewegung unseres Landes mit an Bord nehmen kann.

Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/NRW Resolution zur Chile-Solidarität



Zwei Jahre dauert nun schon der Terror der Militärjunta über das Volk von Chile. Zugleich ist das Land in eine tiefe wirtschaftliche Krise geraten.

Für die Familien der chilenischen Arbeiter und Bauern sind Arbeitslosigkeit, Hunger und Krankheit eine tägliche Erfahrung. In Chile herrscht vollständige politische Rechtlosigkeit, der Gewerkschaftsverband CUT und die (Arbeiter-)Parteien sind verboten. Jeder Widerstand gegen das faschistische Regime wird grausam verfolgt, dennoch lebt und entwickelt sich der Widerstand.

Freie gewerkschaftliche Betätigung, Freiheit für die Einheitsgewerkschaft CUT, das sind heute wesentliche Ziele der chilenischen Arbeiterbewegung.

Für den DGB und die Einzelgewerkschaften stellt sich die Aufgabe der solidarischen und effektiven Unterstützung der chilenischen Gewerkschaften, die heute unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten müssen.

Das externe Komitee der CUT in Paris hat kürzlich für die internationale Unterstützung folgende Solidaritätsplattform vorgeschlagen:

"... Wir rufen alle Gewerkschaftsorganisationen und alle Arbeiter auf, das Jahr 1975 zum Jahr der internationalen Solidarität mit Chile und allen Völkern im Kampf gegen den Faschismus zu machen. Wir rufen auf, folgende Solidaritätsplattform zu veröffentlichen, zu erläutern und zu unterstützen:

1. Verstärkung der internationalen Isolation der Diktatur

- Widerstand allen diplomatischen Beziehungen mit der Militärjunta;
- Öffentliche Zurückweisung der Junta-Repräsentanten, wo immer sie auftreten;
- Anklage der durch die Junta verübten Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte;
- Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit administrativen, akademischen oder politischen Institutionen der Diktatur.

2. Entwicklung der ökonomischen Blockade gegen die Junta

- Ablehnung jeder Hilfe, jeden Kredits für die Diktatur vom Staat oder von Banken;
- Ablehnung jeder Umschuldungsverhandlungen mit der Junta;
- Ablehnung jeder technischen Hilfe für die Junta.

3. Entwicklung des Boykotts gegen die Junta

- Totaler Boykott der Verladung von Waffen oder Munition für Chile;

- Verweigerung der Abfertigung von Kriegsschiffen oder Flugzeugen der Junta auf allen Häfen oder Flugplätzen;

- Verweigerung der Ausführung von Reparaturverträgen an Kriegsschiffen oder Flugzeugen der Junta;

- Temporäre Boykottmaßnahmen mit konkreter Zielsetzung gegen den Außenhandel der Junta, sowohl Import wie Export, z.B. bezüglich Kupfer.

4. Ausübung direkter Solidarität mit dem Volk von Chile

- Verdoppelung materieller und wirtschaftlicher Hilfe für die chilenischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsorganisation, die an der Spitze des Widerstandes gegen die Junta steht;

- Abhaltung von Treffen, Tagungen und Diskussionen zur Erörterung und Publizierung der Ereignisse in Chile und zur Ermutigung der Verteidigung der Menschenrechte, des Gewerkschafts- und demokratischen Rechts;

- Verwendung aller Mittel, um den Kampf zur Beendigung des Belagerungszustandes und der Folter, zur Aufhebung aller Konzentrationslager und für die Freiheit aller politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen voranzutreiben."

Die Landesvertreterversammlung begrüßt diesen Beschluß ausdrücklich und fordert den Landesvorstand auf, folgende Schritte zu seiner Erfüllung zu tun:

- Veröffentlichung der CUT-Plattform in EuW (Erziehung und Wissenschaft, d.Red.)
- In Zusammenarbeit mit dem DGB die Möglichkeiten einer Organisation einer Rundreise von CUT-Vertretern durch die Bundesrepublik zu prüfen
- Aufforderung an den DGB zur Erstellung einer Dokumentation über die Handels- und

Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit Chile

- Solidarische Unterstützung des DGB bei der Erstellung eines Planes zur Erfüllung der CUT-Plattform
- Aufforderung gemeinsam mit dem DGB massiv gegen folgende Unterstützungsmaßnahmen unter Ausschöpfung aller Einflußmöglichkeiten anzugehen:

In den letzten Tagen waren in verschiedenen Tageszeitungen Meldungen zu lesen, nach denen chilenische Offiziere in der Bundeswehr ausgebildet werden. Auf Proteste und Forderungen nach Abbruch der Ausbildung und Ausweisung der Junta-Offiziere gab das Verteidigungsministerium lediglich zur Antwort: "...Die Ausbildung ausländischer Offiziere sei in der Bundeswehr ein 'übliches Verfahren'."

Wir meinen, daß sich die Bundesregierung in diesem Fall zu einem direkten Gehilfen der Militärdiktatur in Chile macht.

Wir fordern dagegen:

- Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!
- Keine Kredite für die Junta!
- Abbruch der Ausbildung der chilenischen Offiziere!
- Ausweisung der chilenischen Offiziere aus der Bundesrepublik!

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden aufgerufen zu prüfen, inwieweit den Forderungen des externen Komitees der CUT entsprochen werden kann.

(Quelle: Neue Deutsche Schule (NDS) 21, 1. Novemberheft 1975)

Appell der internationalen Chile-Konferenz in Athen

Wir, die Vertreter von politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, Friedens- und Solidaritätsbewegungen, Parlamentariern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern, Geistlichen und Juristen aus verschiedenen Ländern der Welt, die sich hier zur Internationalen Konferenz für Solidarität mit dem chilenischen Volk in Athen vom 13. bis 16. November 1975 versammelt haben, appellieren an die gesamte Menschheit, an alle Völker der Welt und rufen sie auf, ihre Anstrengungen zur Verteidigung der Freiheit, der Rechte und der Würde des mutigen Volkes von Chile zu verstärken, welches das Opfer der entsetzlichen Verbrechen, die von der chilenischen Militärjunta begangen werden, geworden ist.

Obgleich die chilenische Militärjunta zu Demagogie und Lügen Zuflucht nimmt, um ihre Verbrechen zu verschleiern, konnte sie die Weltöffentlichkeit nicht irreführen. Die Terrorpolitik der Junta hat die Empörung der Welt hervorgerufen. In der ganzen Welt entwickelte sich eine massive und immer stärker werdende Solidaritätsbewegung mit den chilenischen Demokraten.

Das faschistische Regime in Chile ist ein Produkt der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus. Das Regime in Chile steht in flagrantem Widerspruch zu den Haupttendenzen der augenblicklichen Entwicklung, die dem Geist unserer Zeit entsprechen. Der Faschismus ist unvereinbar mit dem Wunsch des Volkes nach Entspannung und Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Die weltweite Verurteilung des Faschismus in Chile ist der deutlichste Beweis dafür.

In Widerspiegelung der Gefühle der Weltöffentlichkeit haben die Vereinten Nationen und ihre verschiedenen Institutionen und Spezialorganisationen eine Anzahl von Resolutionen angenommen, in denen die Verbrechen der Militärjunta verurteilt, ihre Einstellung und die Wiederherstellung der Freiheit und Menschenrechte in Chile gefordert werden.

Die Militärjunta ignoriert jedoch zynisch die Forderungen der Vereinten Nationen und führt ihre Politik der Gewalt und des Terrors fort. Die kürzliche Welle der Massenverhaftungen hat den neuen Opfern des politischen

Terrors unter den Arbeitern, Bauern, Studenten, Universitätsprofessoren und selbst unter Geistlichen, Soldaten und Offizieren großes Leid zugefügt. Die Agenten des faschistischen Pinochet-Regimes verüben nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Ausland Verbrechen, wie den Mord an General Carlos Prats und seiner Frau und den kürzlichen Mordversuch an Bernardo Leighton und seiner Frau in Rom.

Augenblicklich bereitet die Junta eine gerichtliche Verschwörung gegen Mitglieder der Regierung Präsident Salvador Allendes und führende Persönlichkeiten der Parteien der Unidad Popular vor, wie Luis Corvalán, Anibal Palma, Pedro Felipe Ramirez, Andres Sepulvedo u. a.

Das Gewissen der Menschheit kann die offenen Verletzungen der elementaren Rechte und Freiheiten, die Beseitigung der traditionellen demokratischen Institutionen in Chile nicht tolerieren. Es ist die Pflicht jedes ehrlichen Menschen, den chilenischen Demokraten, dem chilenischen Volk im Kampf gegen Faschismus und zur Wiederherstellung der Demokratie in Chile allseitige Unterstützung zu gewähren.

Die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk muß jetzt auf eine neue Ebene gehoben werden, sie muß zu einer massiveren, entschlosseneren Kraft werden, die noch tiefer in den Völkern der Welt verwurzelt ist. Die Solidarität mit dem chilenischen Volk ist ein Teil unserer Solidarität mit allen Opfern der reaktionären Kräfte, ein Teil des allgemeinen Kampfes aller Völker der Welt für Demokratie, Freiheit, nationale Unabhängigkeit, sozialen Fortschritt und Frieden.

Wir, die Vertreter der Öffentlichkeit zahlreicher Länder der Welt, die sich hier in Athen versammelt haben, einer Stadt, die wegen ihrer heldenhaften Traditionen des antifaschistischen Kampfes bekannt ist, rufen alle Nationen der Welt auf, sofortige und wirksame Aktionen zur Verteidigung des chilenischen Volkes zu unternehmen und folgende Forderungen an die chilenischen Behörden zu richten:

- Einstellung des Terrors, der Folterungen und anderer grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Gewalttätigkeiten;

- sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischer Gefangener und Einstellung weiterer Verhaftungen und Verfolgungen;

- Schließung aller Konzentrationslager und sogenannter Verhör- und Folterzentren, Abschaffung der Geheimpolizei „DINA“, der Gestapo unserer Zeit;

- Beendigung des „Ausnahmestandes“, der als pseudo-juristischer Vorwand für politischen Terror benutzt wird;

- Einstellung aller Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wir sind davon überzeugt, daß die Zivilisation keinerlei Kompromiß mit dem Regime faschistischer Usurpatoren zulassen darf, das sich selbst als Regierung von Chile bezeichnet.

Wir rufen die Völker aller Länder auf, Aktionen zu unternehmen und auf ihre Regierungen einzuwirken, damit diese

- die politische und diplomatische Isolierung der Junta verstärken;

- keinerlei Lieferungen von Waffen und Militärausrüstungen an die Junta zulassen;

- einen Wirtschaftsboykott gegen die Junta durchführen;

- jeden Handel mit ihr einstellen;

- jegliche Unterstützung der Junta sofort zurückziehen.

Wir rufen alle Völker der Welt, alle nationalen und internationalen Organisationen, die für Frieden, Demokratie und Freiheit eintreten, auf, energiegeloste Maßnahmen zu ergreifen, um die Mächtschaften einer gerichtlichen Verschwörung gegen die Mitglieder der Regierung Präsident Salvador Allendes und führender Persönlichkeiten der Parteien der Unidad Popular, die bereits begonnen wurden, zu vereiteln.

Wir appellieren an die Völker der Welt, denn sie sind die höchste internationale Instanz, die in der Lage ist, die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten zu verteidigen.

Wir rufen die Völker der Welt auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den mutigen Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus zu unterstützen.

Puerto Rico

Vom 5. - 7. September 1975 fand in Havanna, der Hauptstadt Kubas, eine "Internationale Solidaritätskonferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos" statt. Auf Initiative des Weltfriedensrates trafen sich 325 Delegierte und Beobachter nationaler und internationaler Friedens- und Solidaritätsorganisationen aus 79 Ländern aller Kontinente und von 18 internationalen Organisationen.

In den 77 Jahren seiner kolonialen Unterdrückung ist Puerto Rico nicht nur ökonomisch und politisch nach den Interessen der US-Monopole ausgerichtet worden, sondern es wurde zugleich zu einer gigantischen militärischen Basis der USA ausgebaut. Von dort geht eine ständige Bedrohung gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes, insbesondere gegen das sozialistische Kuba aus.

Die Konferenzteilnehmer appellierten an die Weltöffentlichkeit, Druck auf die USA auszuüben, um sie zur Erfüllung der UNO-Entschlüsse von 1960 und 1973 zu zwingen, die das Recht des puertoricanischen Volkes auf Selbstbestimmung feststellten. Die auf der Solidaritätskonferenz von Havanna verabschiedete Deklaration, die wir leicht gekürzt abdrucken, gibt einen Überblick über die Geschichte der kolonialen Unterdrückung seitens der USA, analysiert die aktuelle Lage und mündet in einen Aufruf zur Entfaltung der Solidarität mit Puerto Rico.

Erklärung der internationalen Solidaritätskonferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos - September 1975 Die koloniale Unterdrückung Puerto Ricos durch die USA



(...) 1898 besetzten die US-Imperialisten dieses kleine karibische Territorium Puerto Rico militärisch und raubten dem Volk das Recht auf Selbstbestimmung, das es nach langem Kampf den Spaniern abgerungen hatte. Seit jener Zeit übt die Regierung der Vereinigten Staaten die absolute Herrschaft über jene Nation aus.

Der Schwindel vom „assozierten“ Freistaat

Die US-Regierung hat die direkte und volle Kontrolle über die koloniale Verwaltung in praktisch allen essentiellen Bereichen staatlicher Autorität einschließlich der Verteidigung- und Außenpolitik, von Fragen der Ein- und Auswanderung, des Nachrichtenwesens und internationalen Verkehrs, der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern und der Handelspolitik.

Der sogenannte "assozierte Freistaat" ist ein Schwindel, mit dem der Yankee-Imperialismus versucht hat, den typisch kolonialistischen Charakter seiner bewaffneten Interven-

tion zu vertuschen. Den Marionetten der kolonialen Verwaltung fehlt jede Machtbefugnis, ihre Funktion beschränkt sich auf die Ernennung untergeordneter Beamter und die Ausführung untergeordneter Aufgaben auf Provinz- oder Gemeindeebene.

Der Status des "assozierten Freistaates" wurde 1952 durch die US-Regierung erzwungen, die durch das Kongreßgesetz Nr. 600 das Volk Puerto Ricos vor die Wahl stellte, entweder kleine Reformen zu akzeptieren, die jedoch an die Einführung des Status "assoziierter Freistaat" gebunden waren, oder den bis dahin existierenden Status Quo beizubehalten.

Auf der Grundlage der Errichtung des "assozierten Freistaates" teilte die US-Regierung den Vereinten Nationen 1953 mit, daß sie der UNO keine weiteren Berichte über Puerto Rico vorlegen werde, wie sie Artikel 73 (c) der UN-Charta verlangt. Sie begründete ihre Weigerung mit dem Argument, daß "dieses Territorium Selbstverwaltung erlangt habe". Der Schwindel erfüllte seinen Zweck, und die Vollversammlung der UNO entband die Vereinigten Staaten mit knapper Mehrheit von der Pflicht, die obligatorischen Berichte über ihre Kolonie vorzulegen.

Puerto Rico auf der Tagesordnung des Dekolonialisierungsausschusses

Zwanzig Jahre später jedoch, im August 1973, nahm der Dekolonisierungsausschuß der Vereinten Nationen eine Resolution an, die im Dezember desselben Jahres von der Vollversammlung verabschiedet wurde und die "das unveräußerliche Recht des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit

in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960" anerkannte. Puerto Rico ist einer der offensichtlichsten Fälle von Kolonialismus - zusammen mit der Panama-Kanal-Zone, den Malwinen, Belize, Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique und anderen lateinamerikanischen Territorien.

Die Entscheidung der UN, den Fall Puerto Rico auf die Tagesordnung der Entkolonisierung zu setzen, stellt einen bedeutenden Sieg im Unabhängigkeitskampf des Volkes von Puerto Rico dar und ist Ausdruck der wachsenden Solidarität der internationalen Gemeinschaft mit dieser gerechten Sache - besonders von Seiten der sozialistischen Staaten und der Bewegung der Blockfreien.

Angesichts der Tatsache, daß der koloniale Charakter der Situation in Puerto Rico entlarvt worden ist, versuchen die US-Imperialisten in Zusammenarbeit mit ihren servilen

Marionetten in der kolonialen Verwaltung wieder einmal, das Volk von Puerto Rico und die Welt zu täuschen mit dem Vorwand, daß sie die Beziehungen zwischen Washington und dem sogenannten "assoziierten Freistaat" durch ein neues "bilaterales Abkommen" neu formulieren wollten.

Vorbereitung der Annexion der Insel

Zu diesem Zwecke wurde vor zwei Jahren eine ad hoc Kommission aus sieben US-Beamten und sieben puertoricanischen Kolonialbeamten und Kollaborateuren gebildet, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten soeben den Entwurf eines "Paktes der Permanenten Vereinigung von Puerto Rico mit den Vereinigten Staaten" vorgelegt haben, durch den die Strukturen der kolonialen Vorherrschaft der Yankees nicht nur erhalten blieben, sondern noch weiter gefestigt wurden, um damit den Weg zur Annexion der Insel als einen "territorialen Bestand-

Länderübersicht

Territorium:

Fläche: 8.897 qkm. Lage: kleinste und östlichste Insel der Großen Antillen, umfaßt außerdem die Inseln Vieques, Culebra und Mona.

Hauptstadt: San Juan 455.421 Einwohner

Bevölkerung:

2,86 Mio (1972); darüber hinaus leben mehr als 2 Mio Puertoricaner in den USA; Bevölkerungsdichte 270 Menschen pro qkm; 36% der Bevölkerung leben auf dem Lande.

Sprache:

englisch und spanisch; 16% der Einwohner sprechen beide Sprachen, 84% spanisch.

Religion:

91% Katholiken.

Geschichte:

- 1493 wird die Insel durch Kolumbus auf seiner ersten Amerikafahrt entdeckt.
- 1508 beginnt die spanische Kolonisation gegen den heftigsten Widerstand der Urbevölkerung, die im Laufe der Kolonisation völlig ausgerottet wurde.
- 1897 gesteht Spanien aufgrund immer wieder aufflackernder Widerstände und Rebellionen (z.B. Aufstand von Lara 1868) Puerto Rico eine eigene Verfassung und Autonomie zu, die einer faktischen Selbständigkeit gleichkommen.
- 1898 wird die Insel im Spanisch-Nordamerikanischen Krieg durch die USA besetzt und unter Militärverwaltung gestellt. Im Rahmen des Vertrages von Paris, der diesen Krieg offiziell beendet, wird Puerto Rico den USA zugesprochen.
- 1917 gewährt die USA den Puertoricanern die US-Staatsbürgerschaft und erklärt Puerto Rico zum Territorium der USA gehörig.
- 1952 nach der Niederschlagung bewaffneter Volkserhebungen sieht die USA sich gezwungen, eine "Volksbefragung" durchzuführen. Puerto Rico wird 1952 ein "offiziell mit den USA assoziierter Freistaat".



- 1973 wird das Recht der Puertoricaner "auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960" durch den Dekolonisierungsausschuß der UNO bestätigt. Die USA weigern sich, dieser Empfehlung nachzukommen und verschieben die Wiederaufnahme der Diskussion auf 1976.

Staatsaufbau:

Nach der Verfassung von 1952 ist Puerto Rico ein "mit den USA assoziierter Freistaat". Politisch und wirtschaftlich ist es jedoch von den USA völlig abhängig. Die Puertoricaner besitzen zwar das Staatsbürgerrecht der USA, haben aber dort kein Wahlrecht. Im Kongreß der USA sitzt ein nichtstimmberechtigter Abgesandter. Die Regierungsgewalt liegt beim Gouverneur (seit dem 1.1.1969 bei Luis A. Ferré, Neue Fortschrittspartei), der in direkter Abstimmung auf 4 Jahre gewählt wird. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Kongreß aus-

teil der Vereinigten Staaten" zu ebnen. Um diese Ziele zu unterstützen, haben die Imperialisten solange manövriert, bis es ihnen gelungen war, die Diskussion und Abstimmung über die koloniale Situation in Puerto Rico im Entkolonisierungsausschuß der Vereinten Nationen zu verschieben.

Wir verurteilen die imperialistische Propaganda der US-Regierung, die auf eine Verwirrung der öffentlichen Meinung in der Welt zielt, indem sie ihre Beziehungen der Vorherrschaft und Kontrolle über Puerto Rico als Beziehungen zwischen "freiwillig assoziierten" Ländern ausgibt. Wir stellen den Fall Puerto Rico vor die Weltöffentlichkeit; seine direkte Beherrschung durch den US-Imperialismus ist offensichtlich und wächst in allen Bereichen des Lebens der Nation.

Die ökonomische Bedeutung Puerto Ricos

Puerto Rico ist von größter ökonomischer Be-

deutung für den US-Imperialismus. US-Investitionen in der gesamten Welt, ausschließlich Puerto Rico, beliefen sich bis 1974 auf 110,24 Mrd Dollar. Die Investitionen in Industrie und Handel betragen in Puerto Rico 6,112 Mrd Dollar. Anders ausgedrückt, die Direktinvestitionen in Puerto Rico machen 5,5% aller Auslandsinvestitionen der USA aus oder 21% aller Investitionen, die die USA in den unterentwickelten Ländern tätigten oder 40% aller US-Investitionen in Lateinamerika. Die Profite aus diesen Investitionen stiegen 1974 auf 1,345 Mrd Dollar.

Die Vereinigten Staaten ziehen aus dieser winzigen Insel in der Karibik mehr Profit als aus dem Gemeinsamen Markt Europas und die Hälfte aller Profite aus Lateinamerika.

Die Profite, die die Gesellschaften erzielten, betragen in den verschiedenen Zweigen der Industrie: chemische Industrie 34% der Investi-

geübt, der sich aus dem Senat (27 Mitglieder) und dem Repräsentantenhaus (51 Mitglieder) zusammensetzt.

Politische Organisationen:

Neue Fortschrittspartei (NPP), vertritt die Interessen der Regierung der USA zur vollständigen territorialen Eingliederung als 51. Bundesstaat. Vorsitzender: Luis A. Ferré.

Volksdemokratische Partei (PDP), vertritt die Interessen der Großbourgeoisie, die mit den monopolistischen Kreisen der USA verbunden ist. Vorsitzender: L. Munoz Marin.

Beide Parteien stellen die Regierung.

Unabhängigkeitspartei (PIP), vertritt die Interessen der Kleinbourgeoisie, versucht mit parlamentarischen Methoden die volle Unabhängigkeit Puerto Ricos zu erreichen. Vorsitzender: Ruben Berrios.

Nationalistische Partei (PN), illegale Partei der Mittelschichten, die sich für die volle Unabhängigkeit Puerto Ricos einsetzt.

Kommunistische Partei (PCP), Partei des Industrie- und Landproletariats, die unter illegalen Bedingungen für die nationale Unabhängigkeit, für revolutionärdemokratische Umgestaltungen und Freundschaft zum sozialistischen Kuba eintritt. Generalsekretär: Felix Ojeda.

Puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung (MPI), antimperialistische Bewegung gegen die Militärstützpunkte, für nationale Unabhängigkeit. Sie unterstützt die kubanische Revolution. Generalsekretär: Juan Mari Bras Rivera.

Gewerkschaften:

Die offiziellen Gewerkschaften sind den Gewerkschaftszentralen der USA angeschlossen.

Wirtschaft:

Puerto Rico besitzt keine nennenswerten mineralischen oder andere Bodenschätze.

Der für die landwirtschaftliche Nutzung geeignete Boden beträgt rund 1/4 der Inselfläche. Bis Ende der 40er Jahre herrschte die Zuckerrohrmonokultur vor.

Ein von der US-Regierung entwickelter Plan zur Industrialisierung leitete das Eindringen US-amerikanischen Kapitals ein und führte

zur Industrialisierung im Interesse der US-Monopole. Der Schwerpunkt liegt auf der metallverarbeitenden, der chemischen und der petrochemischen Industrie. 40% aller Investitionen der USA in Lateinamerika entfallen alleine auf Puerto Rico. Die aus Puerto Rico herausgezogenen Profite machen alleine mehr als die Hälfte aller Profite aus, die US-amerikanische Konzerne aus Lateinamerika ziehen. Die verarbeitende Industrie liegt heute fast ausschließlich in den Händen von US-Tochtergesellschaften. Das US-Kapital kontrollierte 1974 in Puerto Rico 81% der Industrieanlagen, 85% des Einzelhandels, 65% des Bauwesens, 90% des gesamten Exports, nahezu das gesamte Luft- und Seetransportwesen sowie Nachrichtenmedien und alle Unterhaltungseinrichtungen.

Landwirtschaft:

80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche befinden sich in Händen von US-Monopolen, die Großplantagenwirtschaft betreiben. Angebaut werden überwiegend Zuckerrohr, Tabak und Kaffee. Viele Bauern mit landwirtschaftlichen Betrieben und landlose Bauern arbeiten als Tagelöhner auf den Plantagen. Die Viehwirtschaft ist von geringer Bedeutung.

Außenhandel:

Die Handelsbilanz ist seit Jahren passiv. Sogenannte Hilfslieferungen und langfristige Kredite der USA vertiefen zunehmend die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Puerto Ricos. 65% des Nahrungsmittelbedarfs müssen aus den USA importiert werden. Die USA sind zu 95% an der Ausfuhr und zu 85% an der Einfuhr von Waren nach Puerto Rico beteiligt.

Soziale Lage der Bevölkerung:

Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40%. Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters beträgt wenig mehr als 1/3 des Lohnes eines USA-Arbeiters. Die Lebenshaltungskosten liegen in Puerto Rico höher als in den USA. Ausdrück der Verelendung ist auch die starke Abwanderung aus Puerto Rico. Über 2 Mio Puertoricaner mußten bereits in die USA auswandern. Die Analphabetenrate liegt über 12%.

tionen; Ölraffinerie 25%; elektronische und Elektroindustrie 21%; Textilindustrie 24%; Metallindustrie 25%.

Die reichsten 20% der Bevölkerung Puerto Ricos absorbieren 51% des Nationaleinkommens, während auf die Armen nur 5% entfallen. Es ist kein Zufall, daß ein großer Teil der Bevölkerung von öffentlicher Unterstützung abhängig ist.

Diese Tatsachen führen dazu, daß die Wirtschaft Puerto Ricos abhängig, deformiert und inflationär ist und ohne Bezug auf die nationalen Bedürfnisse produziert. Puerto Rico produziert, was es nicht verbraucht und verbraucht, was es nicht produziert.

Die Diskriminierung der Puerto Ricaner

Mehr als 2 Millionen Puertoricaner (40% der Bevölkerung Puerto Ricos) waren gezwungen, in die Vereinigten Staaten auszuwandern, wo sie in den Ghettos der großen Städte des Ostens und des mittleren Westens konzentriert sind.

Dort stellen sie einen jener Teile der Bevölkerung der Vereinigten Staaten dar, der am härtesten unterdrückt, diskriminiert und mißbraucht wird. Sie erhalten die niedrigsten Löhne, arbeiten unter unerträglichen Bedingungen und sind - wie die Afro-Amerikaner, Mexikaner, Asiaten, amerikanischen Ureinwohner und andere Minderheitsgruppen - schändlicher politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller und rassistischer Diskriminierung innerhalb der Vereinigten Staaten unterworfen.

All dies zeigt die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen den Puertoricanern und der Arbeiterklasse und anderen fortschrittlichen und demokratischen Kräften in den Vereinigten Staaten für die Befreiung Puerto Ricos und die Entwicklung des demokratischen und revolutionären Kampfes innerhalb der USA.

Die koloniale Regierung hat ihr massives Sterilisationsprogramm von Frauen im Rahmen ihres sogenannten "Familienplanungsprogramms" beschleunigt. Etwa 5% der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter sind schon sterilisiert worden. Auf diese Weise, zusammen mit großangelegten Auswanderungsplänen und der ungehinderten Einwanderung von Ausländern, von Feinden des Volkes, versucht sie, die Bevölkerungszusammensetzung zu verändern, um die Puertoricanische Nationalität auszulöschen.

Der US-Imperialismus benutzt Puerto Rico als Versuchsfeld für Sterilisations- und Geburtenkontrolltechniken, die er später in anderen Teilen der Welt einsetzt.

Militärische Festung des US-Imperialismus

Puerto Rico ist auch eine gigantische militärische Festung des US-Imperialismus. Mehr als 10% des bebaubaren Landes dienen diesem Zweck. Die Vereinigten Staaten haben dort Atomwaffen gelagert und bedrohen damit den internationalen Frieden und die Sicherheit der Völker.

Die CIA und ihr "Peace Corps" ("Friedenskorps"), der FBI und verschiedene andere imperialistische Nachrichtendienste trainieren Agenten, unterdrücken die patriotischen Kräfte und fördern oder unterstützen konterrevolutionäre Gruppen aus anderen Ländern. Truppen, die auf Unterdrückung spezialisiert sind, werden ebenfalls in Puerto Rico ausgebildet.

Dieses gewaltige Arsenal der USA ist eine ständige Bedrohung für die nationalen Befreiungsbewegungen und für jene Länder in Lateinamerika, die für ökonomische Unabhängigkeit, volle Souveränität und die Verteidigung ihrer Naturreichtümer kämpfen. Die Invasion in die Dominikanische Republik wurde ebenso in Puerto Rico geplant wie die mißglückte Invasion in die kubanische Schweinebucht. Venezuela wurde von US-Streitkräften bedroht. Asien, Afrika und sogar Europa waren diesen Drohungen ausgesetzt.

Die Niederlage des Kolonialismus in Puerto Rico und die vollkommene Befreiung des Volkes von Puerto Rico wird ein äußerst wichtiges Ereignis sein, das dem Imperialismus eine seiner bedeutendsten militärischen Festungen entreißen und ein wertvoller Beitrag für die Sache des Weltfriedens sein wird.

Die elende Situation des Volkes

Das Volk von Puerto Rico war einem Prozeß ausgesetzt, der darauf abzielte, ihm seine Zugehörigkeit zu Lateinamerika und dessen Kultur zu bestreiten und damit seine Nationalität auszulöschen. Doch gegen diese starken Versuche einer kulturellen Entfremdung hat das Volk von Puerto Rico einen hartnäckigen Kampf aufgenommen, um seine kulturellen Werte zu bewahren. Inmitten der größten Unterdrückung halten die Puertoricaner ihre kulturellen Traditionen lebendig und unterstreichen so deren Kontinuität und Eigenständigkeit. Arbeiter, junge Menschen und Studenten übernehmen einen immer größeren Teil dieser Aufgabe.

Die Konferenz enthüllt auch die furchtbare Situation, der sich das Volk von Puerto Rico auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens gegenüber sieht, das, da gleichermaßen außerordentlich mangelhaft und sehr teuer,

den Massen des Volkes nicht zugänglich ist. Sie brandmarkt außerdem die chaotische Wohnungssituation und die sich ständig verschlechternden Umweltbedingungen, die aus der wachsenden Verschmutzung durch hochgiftige Abfälle von Fabriken und Industrien resultieren, die ohne angemessene Schutzeinrichtungen auf der Insel gebaut wurden - ein Zustand den die Metropole auf ihrem eigenen Territorium nicht duldet.

Das Volk von Puerto Rico hat seinen Kampf für nationale Befreiung während der 77 Jahre der US-Vorherrschaft fortgesetzt.

kampagne, die gegen das Volk von Puerto Rico durchgeführt wird, zu kämpfen.

Ebenso fordern sie dazu auf, die Initiativen voranzutreiben, die die US-Behörden auffordern, die Patrioten Lolita Lebrón, Oscar Collazo, Rafael Cancel Miranda, Irving Flores, Andrés Figueroa Cordero und andere puertoricanische politische Gefangene sofort und bedingungslos freizulassen.

Die Konferenz drückt die Notwendigkeit aus, das Treffen des Entkolonisierungsausschusses der Vereinten Nationen 1976 mit einer intensiven weltweiten Kampagne der Solidarität mit

(Spiegel - Anzeige , Nr. 8 / 75)

Die zollfreie Einfuhr in die Vereinigten Staaten ist nur ein Grund, warum Sie Ihr neues Zweigwerk in Puerto Rico/USA errichten sollten.



Ein Zweigwerk in Puerto Rico bedeutet das gleiche wie ein Zweigwerk in den USA. Nur kann Ihnen kein US-Staat soviel Vorteile bieten wie Puerto Rico. Lesen Sie warum.

Freier Zugang zum US-Markt

Puerto Rico ist Bestandteil der USA. Jedes Unternehmen, das sich hier niederläßt, steht unter dem Schutz der Verfassungen Puerto Ricos und der USA. Was Sie hier produzieren, trägt den Stempel „Made in the USA“. Und

Sie haben zollfreien Zugang zum amerikanischen Markt. Die Währung ist der US-Dollar. Es gibt nichts, was eine langfristige Investitionsplanung stören könnte: Alle Verträge sind für die Dauer ihrer Laufzeit unkündbar.

100% Steuerfreiheit

Puerto Rico braucht Arbeitsplätze. Darum hat es ein Programm für die industrielle Entwicklung ins Leben gerufen, das in den USA ohne Beispiel ist. Allen Unternehmen, die sich hier niederlassen, gewährt Puerto Rico 100-prozentige Befreiung von amerikanischen und puertoricanischen Körperschafts- und Grundsteuern.

Wo und was ist Puerto Rico?

Puerto Rico ist eine Insel der Großen Antillen. Sie ist 160 km lang, 55 km breit und liegt 1550 km südöstlich der Küste von Florida. Alle Puertoricaner sind amerikanischen Staatsbürger.

Hohe Arbeitsmoral — niedrige Personalkosten

In Puerto Rico gibt es genug Arbeitskräfte — jung, gelehrt und mit einer sehr hohen Arbeitsmoral. Ihre Produktivität ist der ihrer Kollegen in den USA ebenbürtig. Die Durchschnittslöhne sind jedoch niedriger als auf dem US-Festland und in der Bundesrepublik Deutschland. Puerto Rico übernimmt für Sie die Anwerbung und sogar die Kosten für die Ausbildung von Arbeitskräften.

Hohe Gewinne

Steuerfreiheit, gute Arbeitsmoral, niedrige Personalkosten und hohe Produktivität sind die wich-

tigsten Gründe für die beeindruckenden Gewinne, die Sie in Puerto Rico erzielen können. Sie sind vier- bis fünfmal höher als in den USA. Alle Gewinne können abgabefrei in die Bundesrepublik transferiert werden.

Hervorragende Grundstücke — günstige Kredite

Geeignetes Gelände für Ihr Projekt steht in Puerto Rico ausreichend zur Verfügung, auch Standorte in hochentwickelten Industriegebieten. Puerto Rico hilft Ihnen auch bei der Lösung von Finanzierungsproblemen. Durch die Vermittlung von günstigen Krediten und durch Subventionen.

Moderne Infrastruktur und Verkehrsverbindungen

Puerto Rico verfügt über ausgezeichnete Versorgungseinrichtungen, ein gut ausgebautes Straßennetz, einen modernen Containerhafen und einen internationalen Flughafen, auf dem Woche für Woche mehr als 500 Flüge zwischen Puerto Rico und den USA abgefertigt werden.

Fordern Sie weitere Informationen an

Senden Sie uns den Coupon, oder vereinbaren Sie mit einem unserer Repräsentanten ein unverbindliches Gespräch.

An Commonwealth of Puerto Rico, Economic Development Administration, Dept. A3, 6 Frankfurt/Main, Zürich-Haus, Pavillon, Am Opernplatz.

Heute sieht sich die Unabhängigkeitsbewegung einer neuen Eskalation der Unterdrückung ihrer Führer und Mitglieder und ihrer politischen, gewerkschaftlichen und studentischen Organisationen gegenüber. Die Methoden, die in diesem vergeblichen Versuch, die Massen von ihrem entschlossenen Kampf für die Befreiung abzuhalten, angewandt werden, schließen Morde, Terrorangriffe, Verschwörungen und Verleumdungskampagnen gegen die Führer und die Ideologie der patriotisch-revolutionären Kräfte ein. (...)

Forderungen der Solidaritätskonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz rufen dazu auf, die Solidaritätskampagnen, die traditionell am 23. September, dem Jahrestag des 'Rufes von Lara' (Aufstand gegen Spanien 1868, d.Red.), stattfinden, zu intensivieren; die große Gefahr, die die Existenz militärischer Enklaven der USA auf dem Gebiet Puerto Ricos mit sich bringt, stärker herauszustellen und für die Einstellung der Massensterilisations-

dem Unabhängigkeitskampf des Volkes von Puerto Rico vorzubereiten.

Die Teilnehmer halten es für unbedingt notwendig, Abschriften der Erklärung dieser internationalen Konferenz für die Solidarität mit der Unabhängigkeit des Volkes von Puerto Rico dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Vorsitzenden des Entkolonisierungsausschusses und anderen geeigneten Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen vorzulegen.

Die Teilnehmer dieser Konferenz rufen einmütig dazu auf, die Solidaritätskampagnen für die Unabhängigkeit Puerto Ricos in der ganzen Welt im Sinne dieser Erklärung zu verstärken.

Unsere Konferenz unterstützt die Anträge zu Puerto Rico, die bei dem Treffen des Koordinierungsbüros der blockfreien Staaten im März 1975 in Havanna und auf der 5. Konferenz der Außenminister der blockfreien Staaten im August 1975 in Lima angenommen wurden.

Unsere Konferenz weist entschieden die Annäherung der Kolonialverwaltung zurück, sie re-



Streikende puertoricanische Lehrer protestieren gegen die Unterdrückung durch die USA.

präsentiere das Volk von Puerto Rico. Das Volk von Puerto Rico repräsentieren die patriotischen, für die Unabhängigkeit eintretenden revolutionären Kräfte, die für die Verbreiterung ihrer Bewegung der nationalen Befreiung arbeiten.

Puerto Rico wird frei sein!

Die Einberufung, die Organisation und der Verlauf dieser Konferenz, auf der Repräsentanten der fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte aus aller Welt in großer Zahl vertreten waren, zeigt, daß die gerechte Sache des Volkes von Puerto Rico von der Weltöffentlichkeit unterstützt wird.

Die Delegierten dieser Konferenz drücken ihre tiefe Dankbarkeit aus gegenüber dem Volk von Kuba, der revolutionären Regierung und der Kommunistischen Partei Kubas und ihrem ersten Sekretär, Fidel Castro, für ihre brüderliche Gastfreundschaft, die ein Ausdruck ist für

ihre feste Solidarität mit der großen Sache der Befreiung der Völker. Wir haben gesehen, daß das Volk von Kuba enthusiastisch und einig eine neue Gesellschaftsordnung aufbaut.

Die Unabhängigkeit Puerto Ricos wird die Verwirklichung eines großen Traums von Simón Bolívar, Ramón Emeterio Betances, De Hostos, José Martí und Pedro Albizu Campos (Führer im Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Herrschaft, d.Red.) bedeuten.

Die Entschlossenheit des Volkes von Puerto Rico, frei zu sein, wird ebensowenig schwanken wie die internationale Solidarität, die auf dieser Konferenz erneut bestätigt wurde. Sie wird ausgeweitet und vertieft werden in der historischen Realität einer Welt, in der Kolonialismus ein plumper Anachronismus ist. Es lebe ein freies, unabhängiges und souveränes Puerto Rico!

Havanna, Kuba, 7. September 1975

(Quelle: Granma/Kuba, 21. September 1975)

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

In den ersten zwei Teilen seiner Analyse, erschienen in AIB Nr. 7-8 und 10/1975, beschäftigte sich Fritz Rische mit den Motiven, Charakteristika und der Strategie der westdeutschen Konzernexpansion in die "Dritte Welt", zog er eine Bilanz der ökonomischen Lage der Entwicklungsländer und ihres Ringens um die nationale Nutzung ihrer Rohstoffvorkommen.

In seinem hier wiedergegebenen dritten und abschließenden Teil setzt sich der Autor mit den entwicklungspolitischen Konzeptionen der Bundesregierung und verschiedener politischer Parteien auseinander, um sodann die Interessenlage und Forderungen der bundesdeutschen Arbeiterklasse zu skizzieren.

Welche Position der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegenüber dem Kapitalexport in Entwicklungsländer und dem Vorgehen gegen die Macht der multinationalen Konzerne einnimmt, dokumentiert die von uns wiedergegebene Resolution des diesjährigen 10. DGB-Bundeskongresses.

Fritz Rische

Die neokoloniale Expansion der westdeutschen Konzerne und die Bonner Entwicklungspolitik (3. Teil)

Die ökonomischen antimonopolistischen Maßnahmen der Entwicklungsländer wie die Nationalisierung der Ölmultis oder die Gründung von Rohstoffkartellen sind auch im Zusammenhang mit der "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten" zu sehen. Das bedeutende UNO-Dokument wurde gegen Ende der XXIX. Tagung der UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit verabschiedet. Faktisch handelt es sich dabei um eine gemeinsame Initiative solcher Entwicklungsländer wie Algerien mit den sozialistischen Ländern.

Die Bedeutung der Ökonomischen Charta

Die Charta fordert u.a. die Überwindung der Haupthindernisse auf dem Weg des wirtschaftlichen Fortschritts der Entwicklungsländer sowie die Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums, um so die ökonomische Kluft zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Ländern zu schließen.

In Artikel 5 wird das Recht aller Staaten postuliert, sich in Organisationen von Rohstoffproduzenten zusammenschließen, um ihre Volkswirtschaften so zu entwickeln, daß "sie ihre Entwicklung stabil finanzieren können".¹⁾

Die Versuche der kapitalistischen Länder, auf eben diese neue völkerrechtliche Lage Einfluß zu nehmen und sich einzustellen, zeigen sich u.a. in Plänen des französischen Staatspräsidenten für eine gemeinsame Konferenz der Ölländer und Ölabnehmer. Dies zeigt sich auch in Plänen der USA und der Bundesrepublik, die Dollarüberschüsse der Ölländer durch internationale Sonderbanken der Kapitalverwertung im Profitsinne nutzbar zu machen.

Alle diese Pläne beweisen, welche Probleme hier in der nächsten Zeit die Verhältnisse der Entwicklungsländer, insbesondere der Länder mit reichen Rohstoffvorkommen, zu den kapitalistischen Industrieländern bestimmen.

Anpassungsschwierigkeiten der USA

Die USA drängen nämlich als Antwort auf die in der Charta verankerten Rechte auf ein imperialistisches Machtkartell, um die Ölländer mit dem Monopol ihrer Industrieanlagen und ihres technischen Wissens usw. gemeinsam mit den NATO-Ländern und der Europäischen Gemeinschaft (EG) unter Druck zu setzen.

Aber diese Politik muß selbstverständlich am heute bestehenden Weltkräfteverhältnis scheitern. Die von den OPEC-Ländern kürzlich in Algier erhobene Forderung nach einer Indexklausel für Industriegüter, die ein reales Verhältnis der Öl- und Rohstoffpreise zu den Preisen für Industriegüter in den vertraglichen Abmachungen garantieren soll, hat ganz bestimmt Zukunft. Eine solche Klausel wäre ein Druckmittel gegen die Inflation, die besonders verheerend die Entwicklungsländer zugunsten der kapitalistischen Länder aussaugt.

Insgesamt zeigen sich somit neue Perspektiven des antiimperialistisch-antimonopolistischen Kampfes. Durch das Bündnis der Entwicklungsländer mit den sozialistischen Ländern konnten bedeutende Positionen des Völkerrechts zugunsten der Entwicklungsländer geschaffen werden.

Gratwanderung der SPD/FDP Koalition

Diese neue Lage hat auch in der Bundesrepublik in den etablierten Parteien eine gewisse Tendenz zur Anerkennung der Realitäten ge-

schaffen. Prinzipiell ist z.B. die SPD-geführte Koalition jedoch nur unter Druck der Kräfteverhältnisse für eine Anerkennung der Realitäten. Sie versucht vor allem eine gemeinsame Antwort gegenüber den rohstoffreichen Ländern in der EG zu finden, um eben die geschlossene Macht aller EG-Länder als politisch-ökonomisches Druckmittel gegen die starken Öl- und Rohstoffländer einzusetzen.

Damit ist auch die eigentliche Haltung der SPD-Führungsspitze charakterisiert, die bekanntlich auch ihre Sympathie für den israelischen Aggressor kaum vertuscht, obwohl sie ein neues Verhältnis zu den arabischen Ländern vortäuscht.

„Explosion in der Dritten Welt“ vermeiden

Da die ökonomischen Interessen und Abhängigkeiten die Monopole den Weg nach den arabischen Staaten suchen läßt, hat die rechte Führungsspitze der SPD sich hier bestenfalls nur angepaßt.

Das alles ist eine Gratwanderung zwischen den eigenen ökonomischen Erfordernissen und Interessen aus der Rohstoffabhängigkeit und den offenen Einmischungs-Attacken aus den USA. So hat selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 7.1.1975 die Interventionsdrohung von Kissinger und Ford mit den Worten abgelehnt:

„Ein Petroleum-Kreuzzug wäre die letzte Dummheit des Westens; Europa wäre dafür ohnehin nicht zu mobilisieren.“

Für die „Entwicklungspolitik“ hat Egon Bahr kürzlich in einem Interview eine Politik vorgeschlagen, die eine „Explosion in der Dritten Welt“ vermeiden soll. Wie die SPD-Füh-

rungsspitze vertritt auch Bahr eine Außenpolitik mit „vielen Facetten“, darunter die Idee, Entwicklungspolitik im Dreieck zu betreiben: westliche Technologie, arabisches Geld und die Arbeitskraft eines Entwicklungslandes. Und dies alles nach einem Selektionsprinzip, angewendet „auf Länder, die es nötig haben“. Bahr sagt in seinem Interview weiter,

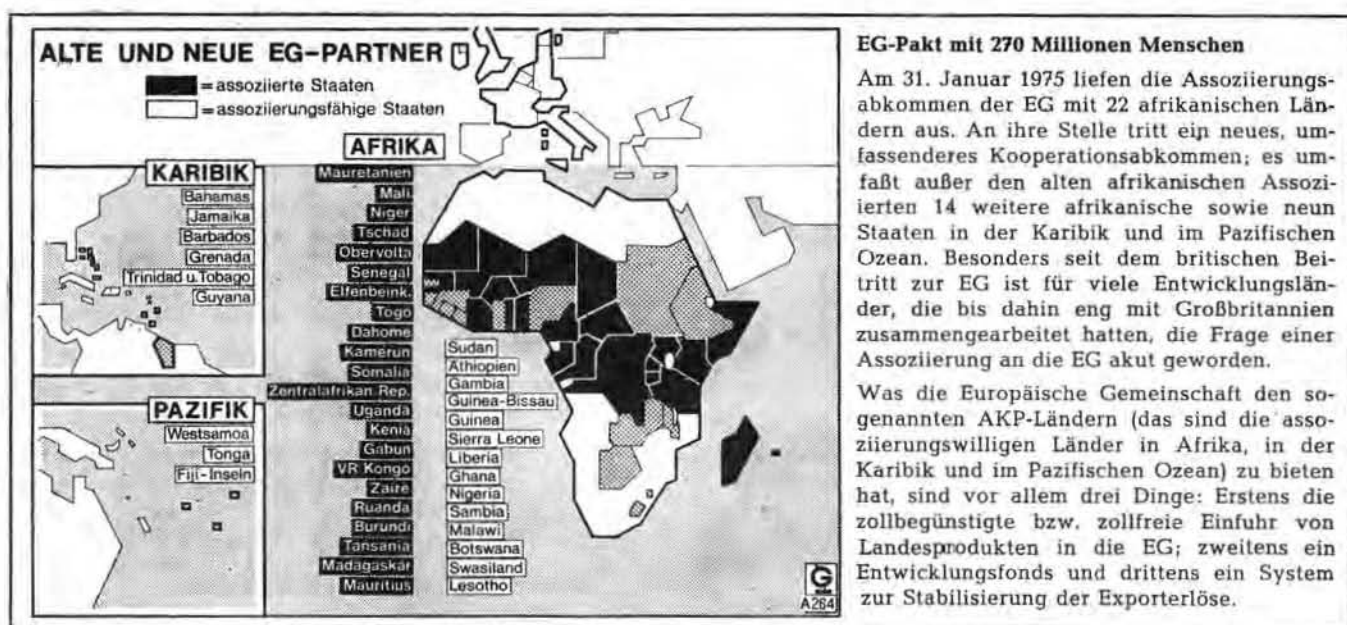
„daß wir bewußt Ja sagen müssen zur Verlagerung von Fertigteilen, die woanders rentabler und billiger hergestellt werden können.“²⁾

Also auch in dieser Konzeption hat das Kapitalverwertungsprinzip absoluten Vorrang. Verbale Äußerungen gegen multinationale Monopolsmacht sind daher auch in der offiziellen SPD-Politik immer seltener, in der Regierungspolitik der SPD-FDP-Koalition gibt es auch keinen einzigen Ansatz gegen die Preisdiktate der Ölmultis oder gegen ihre Expansion in den Entwicklungsländern vorzugehen. Das einzige, worauf sich der Bundestag hat einigen können, war das schon erwähnte Hearing über multinationale Unternehmen in Entwicklungsländern vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die „25 Thesen“ der Bundesregierung

Seither ist die Diskussion über die Praxis der regierungsamtlichen Entwicklungspolitik weitergegangen. Als Ergebnis der Klausurtagung des Bundeskabinetts vom 9. Juni 1975 auf Schloß Gymnich wurden 25 Thesen zur „Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ veröffentlicht, die von Minister Egon Bahr vorbereitet worden waren.³⁾

Eine prinzipiell neue Linie der Entwicklungs-





politik zeigen diese 25 Thesen nicht auf. Sie folgen vielmehr, wie auch in These 1 festgehalten, dem Grundsatz von "Kontinuität und Konzentration" - ein Grundsatz, der von Bundeskanzler Schmidt in dessen Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 geprägt wurde. Sie signalisieren jedoch die Abkehr von der "Reformpolitik" hin zu einer Politik des "Machbaren". Das zeigt sich in den Positionen der Thesen:

Entwicklungspolitik als Teil der Globalstrategie

1. Diese früher oft üblichen Floskeln vom humanitären Charakter der Entwicklungshilfe fehlen fast durchweg. Stattdessen wird nun herausgestellt, daß die Entwicklungspolitik Interessenpolitik als Teil der Gesamtpolitik ist (These 2). Hierin zeigt sich neben einem offeneren Einschwenken der Entwicklungspolitik in die imperialistische Globalpolitik als sie noch unter Eppeler in der Öffentlichkeit vertreten wurde vor allem ein deutliches Pochen auf die außenwirtschaftliche Macht (potenziert durch die EG).

2. In ihrer Zielsetzung versucht die Konzeption des Bundeskabinetts beiden Aspekten der außenwirtschaftlichen Verflechtung gerecht zu werden: Nach der allgemeinen Zielsetzung soll die Entwicklungspolitik "zum Abbau internationaler Konfrontation beitragen" (These 3). In den Thesen 19 und 20 wird jedoch deutlich ausgesprochen, worum es dem Bundeskabinett eigentlich geht:

- Die Entwicklungspolitik soll sozialistische Entwicklungen in den Entwicklungsländern verhindern, indem "mit Nachdruck auf die Bedeutung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ..." hingewiesen wird (These 19). Um den Monopolen die Ausbeutung der Entwicklungsländer zu ermöglichen, will sich die Bundesregierung zudem bei den Entwicklungsländern um ein "gesundes Investitionsklima" durch ihre Entwicklungspolitik bemühen (These 19).

- Die Bundesregierung strebt gleichzeitig die Sicherung von Rohstofflieferungen an. Dies soll vornehmlich dadurch geschehen, daß die Entwicklungsländer ihren Handel mit der BRD intensivieren (These 20).

Reduzierung der Ausgaben

Es wird vor allem deutlich, daß sich das Kabinett bemüht hat, die Teile der Entwicklungshilfe zu reduzieren bzw. einzufrieren, deren Wirksamkeit für gering gehalten wird oder auf die die Bundesregierung zu wenig Einfluß zu haben glaubt.

In These 4 heißt es dementsprechend, daß die Bundesregierung bis auf weiteres den Anteil der multilateralen Hilfe an der gesamten Entwicklungshilfe nicht erhöhen wird. Sie strebt jedoch gleichzeitig mehr Einfluß in den Organisationen an, die die multilaterale Hilfe organisieren (These 6).

In These 12 setzt sich die Bundesregierung für weitere Zollsenkungen ein. Der Grund dürfte in dem oben angesprochenen Ziel der Bundesregierung liegen, den Handel mit den Entwicklungsländern zu intensivieren. Zugeständnisse auf diesem Gebiet dürften auch deshalb nicht schwerfallen, weil Zollsenkungen u.ä. nicht mit direkten Geldausgaben verbunden sind und der Handelsanteil der Entwicklungsländer mit der BRD oder EG keinen so großen Wert erreicht, daß mit spürbaren Belastungen der Zolleinnahmen usw. gerechnet werden muß.

In den Thesen 14 und 15 kündigt die Bundesregierung eine Sparmaßnahme auf dem Gebiet der Entwicklungskredite an. Die Zinssätze sollen künftig nach der "Leistungsfähigkeit" der Empfängerländer gestaffelt werden.

„Dreieckskooperation“

Und in den Thesen 7 bis 10 wird das seit der "Ölkrise" eigentlich Neue in der Entwicklungspolitik umrissen. Es geht dabei um die Einbeziehung der erdölexportierenden Länder in die Entwicklungspolitik der imperialistischen Staaten als Geldgeber.

So strebt die Bundesregierung eine allgemeine Erhöhung der Entwicklungshilfe durch die OPEC-Staaten an (These 7) und fordert sie auf, sich an multilateraler Hilfe tatkräftig zu beteiligen (These 8). Den "Ölländern" wird gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit und technologische Hilfe zur Förderung privater Leistungen und der Handelspolitik angeboten.

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft dürfte jedoch die mit den OPEC-Staaten angestrebte "Dreieckskooperation" in der Entwicklungshilfe sein. Bonn strebt hierbei technologi-

sche Hilfe an Entwicklungsländer gegen Bezahlung von einem OPEC-Staat an. Die Vorteile dieser Konzeption liegen auf der Hand: Es werden Entwicklungshilfegelder gespart, wogegen der Einfluß der BRD auf die Entwicklungsländer erhalten bleibt.

„Vorteile“ der Bonner Entwicklungspolitik

Diese Charakterisierung einiger Auszüge aus den 25 Thesen läßt erkennen, daß die angestrebte Partnerschaft ganz und gar nicht frei ist von direkten und versteckten Bedingungen, unter denen Entwicklungsländern Hilfe und Zusammenarbeit angeboten wird. Wenn Bundesminister Bahr in Zusammenhang mit den 25 Thesen erklärt, das Kabinett habe damit "auf die weltwirtschaftliche Entwicklung seit dem Herbst 1973 (Ölpreis-Explosion) reagiert", so ist dies sicherlich eine Tatsache. Die Regierung muß Formen einer "Partnerschaft" suchen und zugleich Bedingungen für eine Einflußnahme auf das Geschehen in den Entwicklungsländern finden.

Wie sich diese Politik in der Praxis auswirkt, geht aus einem Offenen Brief von Minister Bahr hervor, den er an die Chefredakteure der Massenmedien verschickte.

Bahr äußerte sich darin besorgt über negative Einstellungen von mehr als zwei Dritteln der Bundesbürger über die Bonner Entwicklungspolitik. Dies führt Bahr "auf einen Mangel an Information" über die Vorteile dieser Politik zurück. Und diese "Vorteile" zeigt Bahr mit den folgenden Angaben: 80% der Kredite der BRD an die Entwicklungsländer fließen "als Aufträge an unsere Wirtschaft zurück". Für die "technische Hilfe" liege die Quote sogar bei 90%. Die Entwicklungsländer hätten bisher als "ordentliche Schuldner fast sechs Milliarden DM an Tilgungen und Zinsen für unsere Kredite zurückgestellt"⁴⁾. In solchen Feststellungen zeigt sich, wie auch unter Egon Bahr die Ertragsfrage im Interesse des Konzernkapitals das Hauptanliegen Bonner Entwicklungspolitik geblieben ist.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU/CSU

Angesichts dieser am Kapitalinteresse ausgerichteten Strategie nimmt es dann auch nicht wunder, daß die CDU/CSU nur selten Kritik an der Bahr'schen Konzeption äußert. Im Gegenteil: Triumphierend stellte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Freund der Chile-Junta, Todenhöfer, über die Entwicklungspolitik des Schmidt-Kabinetts fest: "Die sind jetzt auf CDU-Kurs gegangen."⁵⁾

Die CDU/CSU vertritt in der Entwicklungspolitik eine im wesentlichen ähnliche Position. Sie fordert jedoch stärker den Vorrang der bilateralen Entwicklungshilfe, also vor den multinationalen Leistungen über internationale Organisation. Dies müßte in einer differenzierteren Strategie erfolgen und weitgehend auf wenige Länder konzentriert werden. Diese Gedanken sind in den neuen Leitlinien enthalten, die Anfang Februar 1975 der entwicklungspolitische Sprecher der CDU, Todenhöfer, verkündet hat.

Diese Leitlinien gehen von einer Theorie der Dritten und Vierten Welt aus. In Ablehnung einer geplanten oder regulierten Form der Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik müsse die Erhaltung einer "freien Weltwirtschaft" ein "wesentliches Element deutscher Interessen sein".

Die Mittel sollen im Prinzip auf jene Staaten konzentriert werden,

"die der Bundesrepublik durch gemeinsame Ziele, Interessen oder Probleme verbunden sind oder von deren Energie- und Rohstofflieferung die Bundesrepublik besonders abhängig ist." ⁶⁾

Das alles macht klar: Die CDU/CSU will mit ihren neuen Leitlinien die Entwicklungsländer aufsplittern, um Regimes zu fördern bzw. am Leben zu erhalten, die wie z.B. Chile, Brasilien, Malaysia usw. mehr oder weniger Satelliten der imperialistischen Mächte sind und die die Volksmassen unterdrücken. Mehr oder weniger offen bereiten somit die etablierten Parteien der Expansion der Monopole den Weg.

Ausschaltung der Macht der Multis gefordert

Aber auch die Theorie sozialdemokratischer Prägung versucht, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Ich meine nicht die zumeist sicherlich ehrlich vorgetragenen Programme der Jusos zum Problem der Entwicklungsländer und der Rolle multinationaler Konzerne. In diesen Konzeptionen der Jusos gibt es viele Gemeinsamkeiten mit anderen demokratischen und sozialistischen Kräften unseres Landes.

Im Gegensatz zur Mehrheit der bürgerlichen Friedensforscher vertritt z.B. der sozialdemokratische Politologe D. Senghaas die Auffassung, daß die Unterentwicklung in "weiten Teilen der Dritten Welt" nicht "naturgegeben" und mit "kapitalistischen Mitteln grundsätzlich nicht lösbar" sei. In diesem Zusammenhang fordert er, die Friedensforschung solle "die verheerenden Folgen der Tätigkeit multinationaler Firmen in der Dritten Welt" untersuchen. Senghaas wendet sich gegen Forschungen, bei denen die "negativen Auswirkungen" dieser Tätigkeit ignoriert werden⁷⁾.

Er zieht den richtigen Schluß, daß der "entwicklungspolitische Effekt" der "Aktivitäten multinationaler Firmen in der Dritten Welt" eindeutig negativ ist.

Neben weiteren richtigen Feststellungen zur Rohstoffpolitik der Entwicklungsländer will Senghaas aber doch nicht den Kern der Sache herausarbeiten, nämlich die Ausschaltung der Macht der multinationalen Konzerne in den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten. Das aber ist die Kernfrage. Daran ist auch jede echte Alternative zu messen.



der Entwicklungshelfer

(aus: DVZ)

Was die kommunistischen Parteien angeht, konkret die Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), so haben die Dokumente der internationalen Konferenzen, und speziell für die DKP die Thesen des Düsseldorfer Parteitages, die Linie des solidarischen Bündnisses mit den Völkern, die um ihre Befreiung vom kolonialen Joch kämpfen, als Kampfaufgabe gestellt.

So heißt es in These 20 des Düsseldorfer Parteitags:

"Vom Standpunkt der Arbeiterklasse hat der antiimperialistische Kampf der jungen Nationalstaaten und der nationalen Befreiungsbewegung eine große Bedeutung. Er richtet sich gegen denselben Feind, gegen den die Arbeiterklasse auch in unserem Land kämpft, gegen den Imperialismus."

Weiter heißt es:

"Die Kommunisten der Bundesrepublik sind solidarisch mit den Völkern verbunden, die um ihre Befreiung von imperialistischer Unterdrückung und Abhängigkeit kämpfen. Die DKP hat aktiven Anteil an den Bewegungen gegen den verbrecherischen Krieg des US-Imperialismus in Indochina, gegen die israelische Aggression im Nahen Osten, gegen den Terror der kolonialen Unterdrücker in Angola, Guinea-Bissau, Moçambique, der weißen Rassisten in Südafrika und Rhodesien."

Abschließend heißt es in These 20:

"Es ist für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik eine Pflicht des proletarischen Internationalismus, Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus zu üben und die diskriminierende, neokolonialistische Politik der westdeutschen Regierung und Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika zu bekämpfen."

Dies ist eine eindeutige und klare Position, und die DKP läßt sich in ihren praktischen Solidaritätsaktionen von diesen prinzipiellen Ausführungen und Festlegungen in ihrer Politik jederzeit leiten.

Arbeiterklasse gegen neokoloniale Expansion

Die wichtigste Kraft im Kampf gegen die internationalen Konzerne und ihre neokolonialistische Expansion ist die Arbeiterklasse. Von internationalen Institutionen und Organisationen, die mehr oder weniger Verteidiger des kapitalistischen Systems im internationalen Maßstab sind, können keine wirksamen Maßnahmen gegen die internationale Monopolmacht erwartet werden. Das beweist die Politik der Weltbank, die Politik der EG und auch des internationalen Entwicklungsfonds.

Natürlich haben die Organe der UNO eine wesentlich positivere Rolle:

Es kann daher auch nicht um eine klassenneutrale "Kontrolle" der internationalen Konzerne und deren Tätigkeiten in den Entwicklungsländern gehen. Daher muß die häufig von rechtssozialdemokratischen Führern vorgeschlagene Lösung - die Verstärkung der internationalen zwischenstaatlichen staatsmonopolistischen Organe und die Einbeziehung der Entwicklungsländer in solche zwischenstaatlichen Vereinigungen - am Wesen der Sache vorbeigehen.

Die Ausbeutung der gesellschaftlichen Ressourcen zum Zwecke der Kapitalverwertung ist eben nicht eine Nebenerscheinung, sondern Prinzip des nationalen wie des internationalen kapitalistischen Konzerns. Indem die bürgerlichen und auch pseudo-marxistischen Ideologen und Politiker die Charakterisierung des Monopols lediglich auf Organisationsformen der Produktion sowie auf bestimmte Marktpraktiken reduzieren, aber das Wesen des ökonomischen Monopols als ökonomisches und monopolistisches Herrschaftsverhältnis leugnen - wie dies zum Beispiel auch die Maoisten gegenüber der EG tun - so können auch die Antworten und Kritiken an der zunehmenden Macht der Multinationalen letztendlich nicht das Wesen des Monopols in seiner internationalen Erscheinungsweise und Expansion erfassen.

Die Entwicklung hat die Lenin'sche Charakterisierung des Monopols auf der ganzen Linie

bestätigt. Lenin stellt fest:

"Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt - das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus - das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist." 8)

Verstaatlichung der Multis ...

Die Arbeiterbewegungen haben sich im Rahmen von Nationalstaaten entwickelt. Auch heute verlaufen ihre Kämpfe vorwiegend im nationalen Rahmen. Sie werden bestimmt durch die besonderen Bedingungen und die Erfahrungen der Arbeiterorganisationen des jeweiligen Landes.

Schwerpunkte des alternativen Kampfes bleiben daher die Auseinandersetzungen im nationalen Rahmen.

Die zunehmende Internationalisierung der Kapitalverhältnisse, die Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung und die kapitalistische Integration auf staatlicher Ebene erfordern jedoch dringender als früher eine Koordination der im nationalen Rahmen durchgeführten Klassenkämpfe.

Die wirkungsvollste und konkreteste Antwort auf die Expansion des Monopolkapitals nach außen und auf die Welle von Konzentrations- und Zentralisationsvorgängen in der Wirtschaft unseres Landes ist zweifelsohne ein entschiedener Kampf für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Rüstungsmonopole, der Banken und Versicherungskonzerne.

So bestünde eben die einzig richtige Antwort auf die skrupellosen Aktionen der internationalen Ölkonzerne darin, alle Bodenschätze sowie Produktion, Verarbeitung, Einfuhr und Verteilung von Energie, von Kraft- und Brennstoffen der Verfügung des in- und ausländischen Großkapitals zu entziehen. Die Gesellschaften des in- und ausländischen Ölkapitals müssen verstaatlicht und breiter demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle unterworfen werden.

... und antiimperialistische Solidarität

Der umfassende politische Charakter des Kampfes gegen die internationalen Konzerne umfaßt selbstverständlich die prinzipielle antiimperialistische Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen sowie die allgemeine Unterstützung der Entwicklungsländer. Zwar entfällt der größere Teil der Aktivitäten der internationalen Konzerne, auch der unseres Landes, auf die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten. Die internationalen Monopole haben aber für viele der Entwicklungsländer eine größere negative Bedeutung als für die



kapitalistischen Industrienationen. Denn ihre Bedeutung ist meist angesichts der ökonomischen Schwäche dieser Länder weitaus größer. Von großer Bedeutung ist für diese Länder daher die Existenz eines ökonomisch starken sozialistischen Lagers.

Allein dessen Existenz schränkt den ökonomischen und politischen Spielraum der internationalen Konzerne empfindlich ein. So wären die Maßnahmen der erdölexportierenden Länder gegen den zunehmenden Ausverkauf ihrer Rohstoffreserven kaum so erfolgreich gewesen, wenn nicht die Stärke der sozialistischen Länder jeden direkten vor allem militärischen Eingriff in deren Souveränität verboten hätte. Die tiefgreifenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern, die wir gegenwärtig erleben, sind somit untrennbar mit der Entwicklung und Stärkung des sozialistischen Lagers verbunden.

Der Kampf gegen die Monopolexpansion muß also auf allen Ebenen geführt werden. Er ist Bestandteil des weltweiten Kampfes der Arbeiterklasse und der Völker in den Entwicklungsländern für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, für Demokratie und Sozialismus.

Anmerkungen:

- 1) AIB, Nr.4/1975, S. 23
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.2.1975
- 3) s. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 75, 12.6.1975
- 4) s. Progress-Presse-Agentur. Tagesdienst, 22.10.1975
- 5) Spiegel, 26.5.1975
- 6) Handelsblatt, 14./15.2.1975
- 7) Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.12.1974
- 8) W.I. Lenin, Werke Bd. 21, Berlin 1960, S. 211

10. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB - Mai 1975

Kontrolle multinationaler Konzerne

Die ständige Ausbreitung multinationaler Unternehmen ist in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Internationalisierung des Kapitals leistet positive Beiträge zur weltweiten Wirtschaftsentwicklung. Infolge der nahezu ausschließlich nationalen Begrenzung aller relevanten Gesetzgebung erwuchs den Großunternehmen durch die Internationalisierung ihres Kapitals zugleich ein neues unkontrolliertes Machtpotential.

Den wirtschaftlichen und politischen Mißbräuchen dieses Potentials, gegen die Interessen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik von Industrie- und Entwicklungsländern, gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ist entgegenzuwirken.

Das theoretische Wissen über die vielfältigen Gefahren, die dieses Machtpotential birgt, ist so weit entwickelt, daß bereits eine große Anzahl von Maßnahmen der öffentlichen und gewerkschaftlichen Kontrolle dieser Konzerne konzeptionell erarbeitet wurde. Die laufende systematische Beobachtung des Verhaltens dieser Konzerne durch internationale und nationale Behörden, durch die Gewerkschaften und ihre übernationalen Einrichtungen ist noch nicht umfassend organisiert. Beobachtung, Information und Kommunikation sind die unabdingbare Grundlage für Einsatz und Abstimmung solcher Maßnahmen, mit denen die Konzerne in vertretbare Schranken gewiesen werden.

— Der DGB unterstützt internationale Vereinbarungen im Sinne von Mindestvorschriften, durch die Informations-, Publizitäts-, Konsultations- und sonstige Verhaltensnormen den Großkonzernen gegenüber Öffentlichkeit und Gewerkschaften auferlegt werden. Langfristig sind solche Regelungen nur sinnvoll, wenn sie in nationaler Gesetzgebung ihren Niederschlag finden. An der weiteren Vorbereitung und Erarbeitung solcher Normen und Regelungen durch internationale Institutionen (IAO, UNO, OECD etc.) sind Gewerkschaftsvertreter gleichwertig zu beteiligen. Das gilt auch für den Aufbau internationaler Institutionen zur Verhaltensprüfung von multinationalen Konzernen.

— Freiwillige Einrichtungen multinationaler Unternehmen auf internationaler Ebene zur Verbesserung ihrer Publizität sind zu begrüßen. Doch stellen sie keine dauerhafte oder gar endgültige Lösung der anstehenden Probleme dar.

— Bundesregierung, Kartellamt und Steuerbehörden werden aufgefordert, solange bindende internationale Regelungen und Institutionen fehlen, alle

bestehenden Möglichkeiten wechselseitiger Informationen, Konsultation und Zusammenarbeit mit anderen Regierungen zu nutzen, um internationale Konzentrationsvorgänge, Finanzbewegungen und Gewinnverlagerungen bei den Großkonzernen frühzeitig zu erkennen.

— Die Bundesregierung und die Parteien des Deutschen Bundestages werden darüber hinaus aufgefordert, alle gesetzgeberischen und administrativen Möglichkeiten auf nationaler Ebene auszuschöpfen, um Wettbewerbs-, Steuer-, Währungs- und sonstige Manipulationen der internationalen Konzerne zu verhindern.

— Kapitalexport und die Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, die überwiegend von den multinationalen Unternehmen getätigt werden, sind durch Lenkungsmaßnahmen auch im Zusammenhang mit gezielten Förderungs-, Wirtschafts- und Garantiemaßnahmen zu beeinflussen, um eine angemessene Abstimmung auf die Entwicklungsbedürfnisse der Aufnahmeländer zu gewährleisten. Lenkungsmaßnahmen des Herkunftslandes können nur begrenzt erfolgreich sein. Sozialklauseln als Mindestnormen zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen in Entwicklungsländern sind in dieses Lenkungsinstrumentarium aufzunehmen. Diese hätten sich u.a. an den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, am Prinzip der Nichtdiskriminierung von Arbeitnehmern und an der Aktionsfreiheit der Gewerkschaften, deren wesentlicher Bestandteil das Streikrecht ist, zu orientieren.

— Jeder Kapitalexport und jede Direktinvestition deutscher Konzerne im Ausland berührt auch die Interessen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Ein ausgewogenes Verhältnis von Kapitalexport und -import, von deutschen Direktinvestitionen im Ausland und ausländischen Investitionen im Inland muß langfristig gesichert werden. Förderungs-, Bürgschafts- und Garantiemaßnahmen zugunsten von Auslandsinvestitionen sind so zu gestalten, daß eine flexible und planmäßige Beeinflussung im Interesse der Struktur- und Beschäftigungsentwicklung in der BRD ermöglicht wird. (...)

— Die gewerkschaftliche Gegenmachtposition ist durch die Erweiterung und Verbesserung der Mitbestimmungsrechte zu stärken.

Das Machtpotential und auch die reale Politik vieler multinationaler Konzerne bedrohen bereits erkämpfte nationale Rechte und Ansprüche der Arbeitneh-

mer und ihrer Gewerkschaften in den Industrieländern. In den Entwicklungsländern behindern sie in vielen Fällen den Aufbau starker und unabhängiger Gewerkschaftsstrukturen und unterstützen solche politischen Kräfte, die den Gewerkschaften Grundrechte wie Versammlungsfreiheit und Streikrecht verweigern.

— Der DGB und seine Mitgliedsgerwerkschaften unternehmen alles in ihrer Macht Stehende, um eine systematische gewerkschaftliche Beobachtung der Konzerne auf nationaler und internationaler Ebene zu gewährleisten. Dies ist die Grundlage einer erfolgversprechenden Abstimmung von gewerkschaftlichen Maßnahmen im Geiste internationaler Solidarität.

— Solange international geregelte und institutionalisierte Informations-, Konsultations-, Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der betroffenen Gewerkschaften gegenüber den Konzernmuttergesellschaften nicht bestehen, werden die deutschen Gewerkschaften in ihrem nationalen Rahmen diese Rechte gegenüber den deutschen Muttergesellschaften in Abstimmung mit den internationalen Bündnis- und Berufssekretariaten wahrnehmen und ständig zu erweitern versuchen.

— Die DGB-Gewerkschaften verpflichten sich zur internationalen Unterstützung anderer nationaler Mitgliedsverbände im Rahmen der Koordination durch den IBFG und die internationalen Berufssekretariate. Insbesondere ist den Gewerkschaften in den Entwicklungsländern bei bestimmten Arbeitskonflikten in den Tochterunternehmen deutscher multinationaler Konzerne durch Einflußnahme auf die Konzernmutter Hilfe zu leisten.

— Die internationale Abstimmung der gewerkschaftlichen Politik gegenüber multinationalen Konzernen findet ihre Grenzen, wo eine Vereinheitlichung der Tariflaufzeiten und möglicherweise der Tarifverträge angestrebt wird. Solche Versuche würden eine Vereinheitlichung der Tarifverhandlungs- und Organisationsstrukturen voraussetzen, vernachlässigen die Bedeutung der traditionell unterschiedlichen Kampfformen und arbeitsrechtlichen Grundlagen von Arbeitskämpfen in den einzelnen Ländern und würden damit auf eine Aushöhlung der Schlagkraft der nationalen Gewerkschaften ohne gleichwertigen Ersatz auf internationaler Ebene hinauslaufen. Den multinationalen Konzernen kann nicht nur übernational begegnet werden.

Westsahara

Der letzte koloniale Restposten in Afrika ist das 266.000 km² große und ca. 60.000 Einwohner zählende Westsahara. Erst 1958 gelang es Spanien, über das gesamte Territorium der Westsahara seine Herrschaft zu errichten, die heute mit einer mehr als 50.000 Mann starken Kolonialarmee aufrechterhalten wird.

Der Reichtum des Landes sind neben Eisenerzen, Kupfer, Kalisalzen und vermutlich auch Erdöl in erster Linie die Phosphatvorkommen, die zu den größten und reichhaltigsten der Welt zählen. Der Abbau des Phosphates liegt in den Händen des spanischen Staatskonzerns Fosfabucraa, an dem u.a. auch bundesdeutsches Kapital beteiligt ist.

Um eben diesen Reichtum der Westsahara geht es in dem bereits seit Jahren schwelenden Konflikt zwischen den verschiedenen Parteien:

- Die bedeutendste und stärkste Befreiungsorganisation der Westsahara, die Frente POLISARIO, fordert die Eigenstaatlichkeit der Kolonie und die Nationalisierung der Phosphatlager.
- Algerien erklärte, "daß es in dieser Angelegenheit keinerlei Ansprüche geltend macht" und tritt in Unterstützung der Frente POLISARIO für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Sahrauin, der Bewohner Westsaharas, ein.
- Spaniens Vorstellungen laufen darauf hinaus, durch die Gründung eines "Parlamentes" und legaler Parteien die Westsahara in eine "Unabhängigkeit" zu entlassen, die die politischen und wirtschaftlichen Interessen Spaniens weiterhin gewährleistet.
- Marokko fordert die vollständige Angliederung der Westsahara an sein Gebiet.
- Mauretanien schließlich erhebt ebenfalls Anspruch auf westsaharische Gebiete.

Entgegen diesen Ansprüchen haben die Vereinten Nationen 1960 und 1973 sowie der Internationale Gerichtshof 1975 festgestellt, daß 'weder Marokko noch Mauretanien berechnigte Souveränitätsansprüche über Spanisch-Sahara haben' und den Sahrauin das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannt.

Trotz der Appelle der UNO und ihrer Bemühungen, den Konflikt im Interesse der westsaharischen Bevölkerung beizulegen, ließ König Hassan II. von Marokko Anfang November 1975 350.000 Marokkaner 11 Kilometer weit in das Gebiet der Westsahara einmarschieren, um so seinen Anspruch zu dokumentieren. Am 8. November jedoch kündigte der König an, daß der sogenannte "Friedensmarsch" sein Ziel erreicht habe, die Teilnehmer des Marsches den Rückzug angetreten hätten und Marokko "das



Problem aus neuer Sicht" mit Spanien erörtere.

Das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen zwischen Marokko und Spanien gab die spanische Regierung am 15. November bekannt: Spanien wolle die Westsahara bis zum 28. Februar 1976 räumen und das Gebiet an eine gemeinsame marokkanisch-mauretanische Verwaltung übergeben. Als Gegenleistung sicherte Marokko Spanien einen Anteil von 60% an der Phosphat-Ausbeutung, die Aufrechterhaltung der Militärbasis, Sicherung der Fischereirechte und Garantien für die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu.

Vietnam

Erneut scheiterte die UNO-Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten (RSV und DRV) am Veto der USA im Sicherheitsrat. Damit setzen die USA ihre aggressive Politik gegen das vietnamesische Volk fort und stellen sie sich zudem eindeutig gegen "den Geist der UN-Charta und gegen den Wunsch der großen Mehrheit der Länder in der Welt", wie es in einer Erklärung des Außenministeriums der DRV heißt. Die UNO-Vollversammlung hatte den Sicherheitsrat zuvor mit 123 Stimmen bei 9 Enthaltungen aufgefordert, seine ablehnende Entscheidung vom 11. August 1975 (ebenfalls bewirkt durch das Veto der USA) zu revidieren.

In Vietnam selbst werden inzwischen konkrete Schritte zur Wiedervereinigung des Nordens und des Südens eingeleitet. Zwei Delegationen aus beiden Teilen des Landes sollen allgemeine Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung eines vereinigten Vietnam vorbereiten. Die Nationalversammlung wird sodann eine Verfassung erarbeiten und über die einzusetzenden Institutionen des wiedervereinigten Landes entscheiden.

Laos

30 Jahre nachdem das laotische Volk am 12. Oktober 1945 seine politische Unabhängigkeit vom französischen Kolonialjoch erkämpft hatte, steht Laos heute an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter.

1973 war dem US-Imperialismus, der Laos 1971 mit in den Indochinakrieg gezogen hatte, und der einheimischen Reaktion mit der Unterzeichnung des Vientianer-Abkommens eine Niederlage beigebracht worden. Doch erst mit der Bildung der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit und der Annahme des revolutionären 18-Punkte-Programms im Jahre 1974 waren endgültig die Voraussetzungen geschaffen, ein wahrhaft freies, demokratisches und blühendes Land aufzubauen. Doch auch dieses Programm konnte nur im Kampf durchgesetzt werden. So wurde noch im Mai 1975 ein rechter Putschversuch unternommen, nach dessen kläglichem Scheitern die führenden Reaktionäre und Handlanger Washingtons nach Thailand flüchteten und sogenannte "Hilfsorganisationen" der USA ihre Einmischungsversuche einstellen mußten (siehe AIB Nr. 6/1975).

Getragen von einer breiten Volksbewegung, die durch die Siege der kambodschanischen und vietnamesischen Patrioten im Frühjahr 1975 zusätzliche Impulse erhielt, wurde im Herbst d.J. der militärbürokratische Verwaltungsapparat der Vientianer Zone liquidiert und überall durch revolutionäre Machtorgane des Volkes ersetzt. Ein Höhepunkt dieses Prozesses war die Schaffung von revolutionären Verwaltungsorganen des Volkes in der Provinz und der Stadt Vientiane, die von über 200.000 Menschen auf einer großen Kundgebung begeistert begrüßt wurden. Die neue Verwaltung stellte ein 10-Punkte-Programm vor, das bei Respektierung des Thrones, der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit und des Nationalen Politischen Koalitionsrates den Aufbau eines

"friedlichen, unabhängigen, demokratischen, neutralen, geeinten und wohlhabenden Laos" vorsieht.

Zweifellos ist die Entwicklung zur bewußten politischen und sozialökonomischen Umgestaltung des Landes das Verdienst der in der Patriotischen Front von Laos (Neo Lao Haksat) zusammengeschlossenen progressiven Kräfte, deren Kern die Revolutionäre Volkspartei von Laos (RVPL) ist.

Wenige Tage vor dem 30. Jahrestag der Unabhängigkeit gab die RVPL bekannt, daß nach dem Sieg der nationaldemokratischen Revolution für sie der Zeitpunkt gekommen sei, um offen die geschichtliche Verantwortung in der Etappe des friedlichen Aufbaus eines neuen Laos zu übernehmen. Mit diesem Aufruf trat die Partei erstmals an die internationale Öffentlichkeit. Als Geburtsjahr der RVPL gilt 1934, das Gründungsjahr des laotischen Regionalkomitees der Kommunistischen Partei Indochinas; am 22.3.1955 war die Partei in Revolutionäre Volkspartei von Laos umbenannt worden. Ihre historischen Verdienste im Kampf gegen den französischen Kolonialismus und die US-imperialistische Aggression weisen die RVPL auch als führende Kraft beim Eintritt des Landes in eine neue Etappe des revolutionären Prozesses aus.

Argentinien

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen haben sich in Argentinien in den letzten Wochen dramatisch zugespitzt. "In Argentinien ist alles für den Putsch bereit", meldete die Süddeutsche Zeitung (SZ) am 5.11.1975:

"Das von Wirtschaftskrise und inneren Machtkämpfen ausgehöhlte peronistische System vermag sich wohl nur deshalb auf den Beinen zu halten, weil niemand die Kraft zu der Entscheidung aufbringt, nach welcher Seite es stürzen soll - und weil die Streitkräfte noch immer kein Konzept zu entwickeln vermochten, wie es nach diesem Sturz weitergehen soll."

Unter dem Druck der in- und ausländischen Monopole, die nach dem Beispiel Chiles auf die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes hinarbeiten, um einen Militärputsch herauszufordern, hat Argentiniens Wirtschaft eine katastrophale Entwicklung genommen: Die Inflationsrate wird bis zum Jahresende 300% erreichen, die Arbeitslosigkeit die 20% Marke berühren; die Auslandsverschuldung beträgt 10 Mrd Dollar, von denen bis Jahresende ein Drittel für die Rückzahlung fällig wird; die Ausgaben der öffentlichen Hand haben das geplante Staatsbudget bereits um 80% überstiegen, und das Haushaltsdefizit wird in diesem Jahr mit 3,6 Mrd Dollar mehr als 10% des Sozialproduktes erreichen.

„Vom Glück des Friedens“,
Frieden in Vietnam heißt
eine Grafikmappe von
Jörg Scherkamp mit
8 Originallinolschnitten
mit Gedichten
von Ho Chi Minh
Preis: 80 DM
plus Porto bei
J. Scherkamp,
89 Augsburg,
Postfach
11 20 32



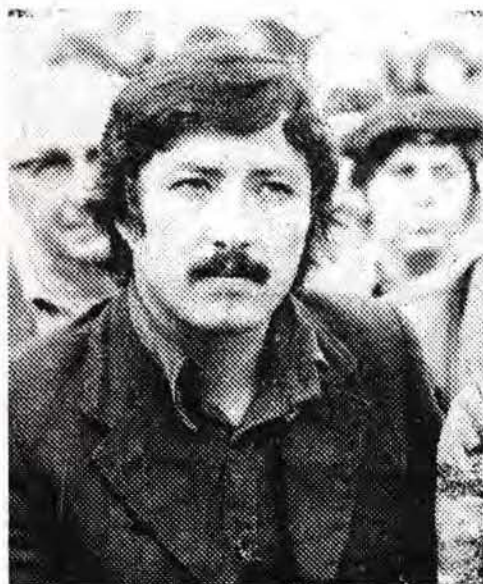
Der Peronismus ist am Ende. Sein Mythos von der "Einheit" ist im Zuge der heftigen Klassenauseinandersetzungen, die Argentinien seit Monaten erschüttern, endgültig zerstoßen. Die gegenwärtige Regierung unter Maria Estela de Peron ist außerstande, die schwere Krise Argentiniens zu bewältigen. Die mächtige peronistische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer tiefgreifenden Zerreißprobe zwischen der traditionell rechten Gewerkschaftsbürokratie einerseits und der Gewerkschaftsbasis andererseits, die in der rapide wachsenden Zahl sogenannter wilder Streiks deutlich zutage tritt. Die Militärs scheinen, nach den Eindrücken der SZ, auf dem Vormarsch:

"Die Streitkräfte haben vor diesem Hinter-

grund in der letzten Oktoberwoche ihr geheimes strategisches Hauptziel erreicht, nämlich die Beteiligung an der politischen Macht. Durch die Bildung eines 'Nationalen Sicherheitsrates', des 'Rates für innere Sicherheit', des 'Militärkomitees' und der 'Nationalen Intelligenzzentrale' (Geheimdienst) bestimmen die Generäle, welche Landesteile zur 'Kriegszone' erklärt, an welche Autoritäten Vollmachten zur Ausübung des Kriegs- und Ausnahmerechtes für die Einberufung von Standgerichten delegiert werden können. Alles in Argentinien ist bereit für den Putsch, zu dem Großgrundbesitzer und Kirchenfürsten, Industrie- und Handelsverbände immer wieder mit Hinweisen auf die 'wirtschaftliche, moralische, politische und soziale Krise', die Montoneros und das ERP aber durch den Gebrauch ihrer Waffen einladen."

Der Sturz der Präsidentin Peron scheint in greifbare Nähe gerückt.

Zum Tode Luis Alberto Corvalans



"Schmerzlich überrascht müssen wir den plötzlichen Tod unseres innig geliebten Genossen Luis Alberto Corvalan, Sohn des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chiles, bekanntgeben, der am Sonntag, den 26.10.75 in Sofia verschieden ist.

Er verkörperte eine beispielhafte kommunistische Familie, er war seit frühester Jugend ein ausgezeichnetes Mitglied der Kommunistischen Jugend Chiles. Luis Alberto Corvalan, hervorragender Agraringenieur, beteiligte sich mit aufopferungsvollem und schöpferischem Einsatz an den Aufgaben seiner Organisation und an den Arbeiten der von Salvador Allende geführten Volksregierung im agrarindustriellen Bereich.

Die Faschisten haben ihn wütend verfolgt. Er wurde am 13. September 1973 gefangen genommen und im Nationalstadion grausamen Folterungen unterworfen, die seinem Organismus irreparable Schäden zufügten. Er trotzte ihnen mit heroischer Standhaftigkeit, mit Würde und Mut, die seinem revolutionären Charakter eigen waren.

Danach wurde er in das KZ Chacabuco gebracht, und dort zeigte er sich als unermüdlicher und

brüderlicher Organisator der Tätigkeit der politischen Gefangenen. Nach einer Periode der Haft - KZ Tres Alamos, wo heute sein Vater gefangengehalten wird - wurde er von den faschistischen Usurpatoren aus seinem Vaterland ausgewiesen. In Mexiko und dann in Bulgarien, wo er sich auf Empfehlung seines Vaters niedergelassen hatte, um sich beruflich weiterzuqualifizieren, entfaltete er immer seine sprichwörtliche sympathische Persönlichkeit und Dynamik im Dienste der Sache des chilenischen Volkes. Auf vielen internationalen Tribünen bezeugte er durch seine wahren und dokumentarischen Aussagen die systematischen Folterungen, die in Chile durch das Pinochet Regime verübt werden. Auf der Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile im letzten Februar in Mexiko übergab er Fotokopien von ärztlichen Berichten, die deutlich machten, wie ernst die Folterungen seinen Gesundheitszustand angegriffen haben. So legte er auch vor kurzem in Genf der Sondergruppe Chile der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ein vollständiges Zeugnis über die von ihm erlittenen Mißhandlungen vor.

Der plötzliche Tod ist eine letzte Folgeerscheinung, die von den Geislungen und Grausamkeiten herrührte, die die Spitzel Pinochets an dem jungen Corvalan verübt haben, vor allem wegen des "Verbrechens", Sohn des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, zu sein.

Die Auslandskoordinatoren der Kommunistischen Partei Chiles und der Kommunistischen Jugend Chiles senken ihre Fahnen als Zeichen der Trauer angesichts des Ablebens dieses edlen und unvergeßlichen Kämpfers. Sie übermitteln dem Genossen Luis Corvalan und seiner Lebensgefährtin Lili ihr tiefes Mitgefühl. Sie drücken ihren Kummer gegenüber seiner Frau Ruth und Familie und all den Seinen aus.

Sein Name wird denen unserer großen Kämpfer beigelegt werden. Er lebt jetzt wie eine Fahne im Kampf für die Freiheit von Chile, für die Ideale des Sozialismus und des Kommunismus. Der Genosse Luis Alberto Corvalan wird jetzt und immer bei uns sein!"

(Erklärung des Auslandskoordinators der Kommunistischen Partei Chiles und der Kommunistischen Jugend Chiles)